



Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2006

Federführend ist das Innenministerium

Inhalt

I. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	5
1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle	5
2 Organisation, Personal, Haushalt.....	7
3 Akkreditierungsverfahren anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006	7
4 Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum des Bundes und der Länder	8
5 Beratung der Wirtschaft	11
II. RECHTSEXTREMISMUS.....	12
1 Überblick	12
2 Schwerpunkte.....	15
2.1 Rechtsextremisten propagieren den „nationalen Sozialismus“	15
2.2 Verschleierung extremistischer Zielsetzungen.....	18
2.3 Rechtsextremisten agitieren gegen „staatliche Repression“.....	23
2.4 Entwicklungen in der Subkultur-Szene.....	26
3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen.....	29
3.1 Neo-nationalsozialistische Personenzusammenschlüsse	31
3.1.1 Regionale Schwerpunkte	33
3.2 Parteien.....	39
3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	39
3.2.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU).....	44
3.3 Sonstige rechtsextremistische Organisationen	45
3.3.1 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)	45
3.3.2 „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“	46
4 Rechtsextremistisches Schrifttum und Verlagswesen.....	47
5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2004 bis 2006.....	48
III. LINKSEXTREMISMUS.....	49
1 Überblick	49
2 Schwerpunkt: Vorbereitung von Gegenmaßnahmen zum G-8-Gipfel in Heiligendamm	50
2.1 Entstehung und Ziele der Kampagne	50
2.2 Mobilisierungsströmungen.....	52
2.2.1 Die „Interventionistische Linke“ (IL)	52
2.2.2 „Dissent!“	54
2.3 Blockadebemühungen	55
2.4 Beteiligung schleswig-holsteinischer Linksextremisten	56
2.5 Internationale Mobilisierung	57
2.6 „Warm-up“-Phase	58
2.7 Gewaltbereitschaft und Militanz	58

3 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums	60
3.1 Undogmatischer Linksextremismus	60
3.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte	60
3.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt	61
3.1.3 Autonome Strukturen mit terroristischen Ansätzen	63
3.2 Dogmatischer Linksextremismus	63
3.3 „Rote Hilfe e. V.“	65
4 Aktionsfelder	66
4.1 „Anti-Globalisierung“	66
4.2 „Anti-Faschismus“	68
4.3 „Anti-Atomkraft“	70
4.4 „Anti-Militarismus“	70
4.5 Alternative/autonome Zentren	71
4.6 Sozialproteste	73
5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2004 bis 2006.....	74
IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN	75
1 Übersicht.....	75
2 Islamismus	77
2.1 Wesensmerkmale des Islamismus	79
2.1.1 Antisemitismus	80
2.1.2 Antiwestliche Zerrbilder	81
2.2 Islamistischer Terrorismus	83
2.2.1 Internationale Entwicklung im Jahr 2006.....	83
2.2.2 Festnahme von Terrorverdächtigen in Schleswig-Holstein.....	87
2.2.3 Mohammed-Karikaturen provozieren Islamisten	92
2.2.4 Auswirkungen des Libanon-Krieges	94
2.3 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht gewaltbereite islamistische Organisation	96
3 „Volkskongress Kurdistan“ (KONGRA-GEL)	100
3.1 KONGRA-GEL in schwieriger Lage	100
3.2 Öcalans Waffenstillstandsangebot bleibt ohne Resonanz	100
3.3 Organisatorische und ideologische Entwicklungen	103
3.4 Entwicklung in Deutschland	104
3.5 Medien	105
3.6 Exekutivmaßnahmen und Strafverfahren	106
4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2004 bis 2006.....	107

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht erwähnt nicht alle Beobachtungsobjekte der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde und auch nicht alle Ereignisse des Jahres 2006, sondern nur die bedeutenderen Organisationen und Gruppierungen sowie Geschehnisse.

Hinweise auf Vorkommnisse außerhalb des Landes Schleswig-Holstein wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind.

I. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle

Verfassungsschutz ist, so Artikel 73 des Grundgesetzes, gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“ vom 20. Dezember 1990 beschreibt den gemeinsamen Handlungsrahmen, den die Länder für ihre Verfassungsschutzgesetze übernommen haben. In Schleswig-Holstein ist dies das „Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein“ vom 23. März 1991.

Daneben hat der Verfassungsschutz die in verschiedenen anderen Gesetzen (unter anderem Personalausweisgesetz, Passgesetz, Datenschutzgesetz) normierten Rechtsvorschriften zu beachten. Enge Grenzen setzt z. B. das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses für Eingriffe in diese Grundrechte.

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder zu unterrichten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist er befugt, sach- und personenbezogene Informationen zu sammeln und auszuwerten über

- Bestrebungen, die gegen diese Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Unter Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind politisch motivierte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen oder Betätigungen von Organisationen, unorganisierten Gruppen, aber auch von einzelnen Personen zu verstehen, die sich gegen Grundprinzipien der Verfassungsordnung richten. Hinzukommen muss eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber diesem Grundbestand von Werten und Rechten unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung. Derartige Bestrebungen werden als „extremistisch“ oder „verfassungsfeindlich“ bezeichnet.

Zur Informationsgewinnung ist der Verfassungsschutzbehörde der Einsatz so genannter nachrichtendienstlicher Mittel erlaubt. Hierzu gehören z. B. der Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute), die heimliche Beobachtung (Observation) und das Anfertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen. Mit den Informationen können die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder im Einzelfall Maßnahmen treffen und die Gefahrenschwelle bestimmen, jenseits derer Verbotsmaßnahmen zum Schutze der Verfassungsordnung erforderlich sind. Die Erkenntnisse können die Grundlage sein für Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien, Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z. B. für Sammlungen, Informationsstände).

Der Verfassungsschutz ist ausschließlich zur Erhebung und Verarbeitung von Informationen befugt; er ist strikt von der polizeilichen Exekutive getrennt. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben keinerlei polizeilich-exekutive Befugnisse.

Eine mitwirkende Funktion hat die Verfassungsschutzbehörde im Bereich des Geheimschutzes. Sie unterstützt Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung von Geheimnisträgern und Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind und gibt Empfehlungen, wie vertraulich zu behandelnde Unterlagen durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

Die Verfassungsschutzbehörde unterliegt Kontrollen, die sicherstellen, dass die Aufgaben nur in dem gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen wahrgenommen werden. Diese Kontrolle wird in erster Linie vom Parlament durch die Parlamentarische Kontrollkommission, im Einzelfall durch eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den

Verfassungsschutz, aber auch von den Gerichten, dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz, dem Landesrechnungshof und der Öffentlichkeit wahrgenommen.

2 Organisation, Personal, Haushalt

Der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein ist als eine Abteilung des Innenministeriums organisiert, die sich in folgende Referate gliedert:

- Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz,
- Nachrichtenbeschaffung,
- Auswertung Rechts- und Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit,
- Auswertung Ausländerextremismus, Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz.

Der Personalbestand der Verfassungsschutzabteilung lag bei 76 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Für Sachmittel und Investitionen des Verfassungsschutzes standen im Jahr 2006 insgesamt 832.000 Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Die Personalkosten werden bei den entsprechenden Personalkostentiteln des Ministeriums ausgewiesen.

3 Akkreditierungsverfahren anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006

Ein höchst mögliches Maß an Sicherheit bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 war von herausragender Bedeutung und bedurfte der Anstrengung aller hierfür zuständigen Stellen in Deutschland. Die Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder hatte daher auf Initiative des Organisationskomitees (OK) der Veranstalter beschlossen, neben anderen Sicherheitsbehörden auch die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder in das Akkreditierungsverfahren zur Fußballweltmeisterschaft 2006 einzubinden.

Dem OK oblag unter anderem die Aufgabe, einen störungsfreien und für die Bevölkerung sicheren Verlauf der Veranstaltungen in seinem Hausbereich zu gewährleisten. Zu diesem Geschäftszweck hatte allein das OK zu entscheiden, welchen Personen

es auf Antrag zu welchen Abschnitten in seinem Hausbereich freien Zutritt gewährte. Im Rahmen dieser Entscheidung wurden neben anderen Erwägungen auch die Voten der Sicherheitsbehörden einbezogen. Die Datenverarbeitung beim OK stützte sich auf § 28 des Bundesdatenschutzgesetzes. Mit dem Akkreditierungsantrag erklärte sich der Antragsteller mit dieser Datenverarbeitung einverstanden. Darüber hinaus willigte jeder Antragsteller in einer Datenschutzerklärung zum Akkreditierungsantrag darin ein, dass seine Grunddaten unter anderem dem Verfassungsschutz für eine Erkenntnisanfrage übermittelt wurden und dort ein Abgleich mit dem „Nachrichtendienstlichen Informationssystem“ (NADIS) stattfand. Begrifflich wurde zwar von „Zuverlässigkeitsüberprüfungen“ gesprochen, eigentlich handelte es sich aber um reine Erkenntnisanfragen an den Verfassungsschutz. Die Erkenntnismitteilung reduzierte sich dabei darauf, dass keine Bedenken oder Bedenken gegen eine Akkreditierung bestanden. Datenspeicherungen bei der Verfassungsschutzbehörde fanden in diesem Zusammenhang nicht statt.

Soweit die Verfassungsschutzbehörde des Landes Schleswig-Holstein von dem Verfahren betroffen war, wurde von hier in keinem Fall ein ablehnendes Votum abgegeben.

4 *Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum des Bundes und der Länder*

Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin-Treptow ist ein Zusammenschluss aller relevanten Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Das GTAZ setzt sich aus folgenden Behörden zusammen:

- Bundesamt für Verfassungsschutz,
- Landesbehörden für Verfassungsschutz,
- Bundeskriminalamt,
- Landeskriminalämter,
- Bundesinnenministerium,
- Bundesnachrichtendienst,
- Militärischer Abschirmdienst,
- Bundespolizei,
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,

- Generalbundesanwalt sowie
- Zollkriminalamt.

Ziel dieser Einrichtung ist die Intensivierung des Informationsaustausches zwischen den Sicherheitsbehörden, die schnelle und zielgerichtete Analyse aktueller Gefährdungshinweise und die Abstimmung operativer Maßnahmen, um den Gefahren durch den islamistischen Terrorismus wirksam begegnen zu können.

Um das Trennungsgebot zwischen den Nachrichtendiensten und der Polizei zu wahren, ist das GTAZ in zwei Zentren unterteilt: die Nachrichtendienstliche Informations- und Analysestelle (NIAS) und die Polizeiliche Informations- und Analysestelle (PIAS). Die jeweiligen Erkenntnisse werden in gemeinsamen Koordinierungsforen ausgetauscht.

Das GTAZ als ein modernes und hoch spezialisiertes Instrument zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus trifft auch im Ausland auf großes Interesse und fachliche Anerkennung. Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Schleswig-Holstein ist damit fester Bestandteil und verlässlicher Partner einer Einrichtung, die im internationalen Vergleich eine Spitzenposition einnimmt.

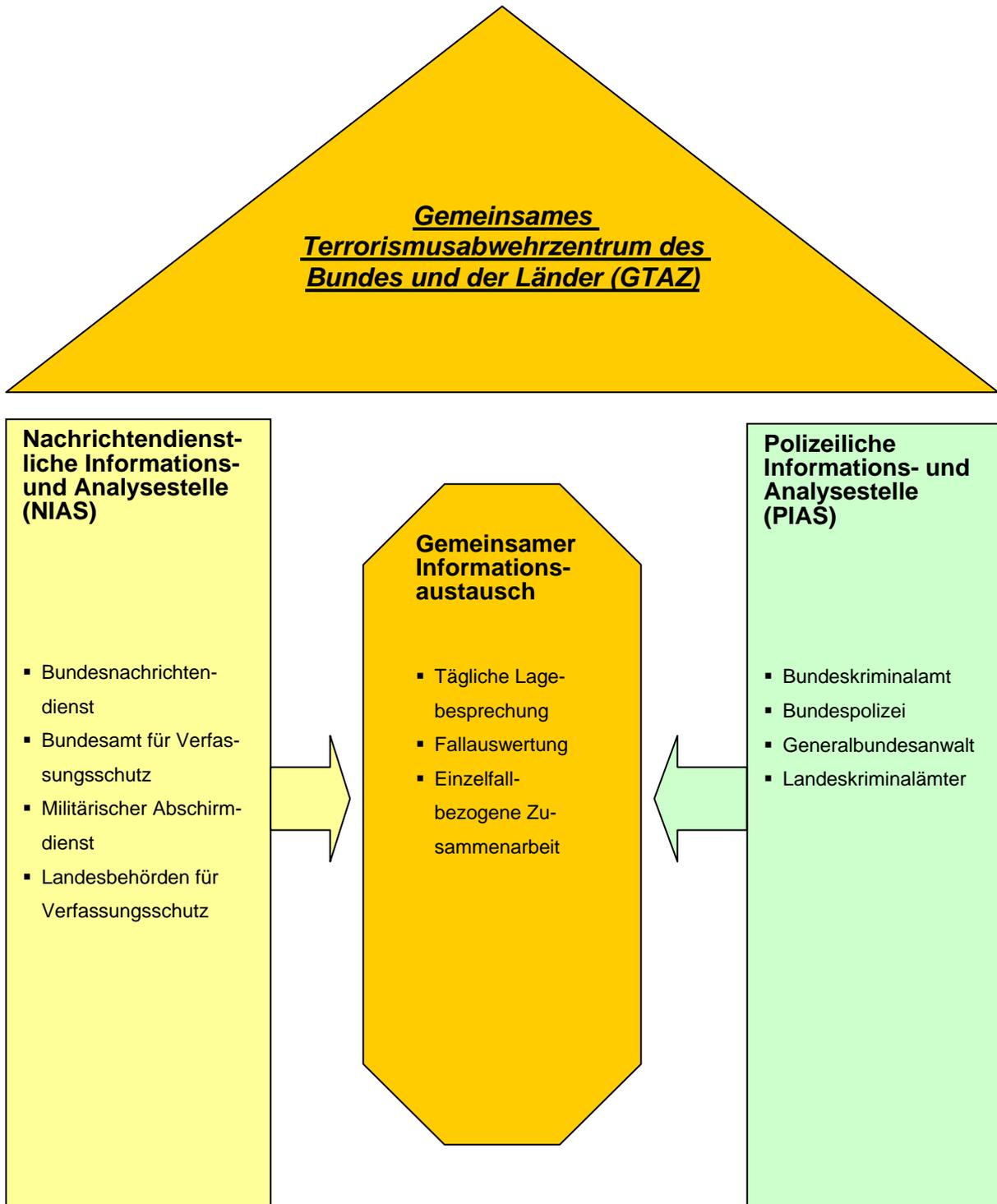


Schaubild: Übersicht über die Organisationsstruktur des GTAZ

5 Beratung der Wirtschaft

Im Rahmen des Geheimschutzes berät die Verfassungsschutzbehörde des Landes Schleswig-Holstein auch Wirtschaftsunternehmen.

Angesichts eines weltweit verschärften Wettbewerbs gewinnt für die Wirtschaft die Notwendigkeit Bedeutung, sich gegen die Folgen illegaler Nutzung des eigenen Wissens durch Konkurrenten oder fremde Staaten zu wehren. Freundschaftliche bilaterale Beziehungen auf politischer Ebene sind in diesem Zusammenhang kaum Hinderungsgründe. Bei einigen Unternehmen führen zudem wirtschaftlicher Druck oder fehlendes Unrechtsbewusstsein gelegentlich zur Fehleinschätzung von Risiken oder Missachtung gesetzlicher Schranken.

Die Verfassungsschutzbehörde bietet dazu Aufklärung, aber auch Hilfestellung an, um Risiken für Unternehmen zu erkennen und sie durch unternehmensbezogene Schutzkonzepte zu verhindern oder wenigstens zu minimieren.

Als zusätzliches Angebot besteht die Möglichkeit, einen etwa zwei- bis dreimal jährlich erscheinenden elektronischen Newsletter per E-Mail zu abonnieren. Er kann von Unternehmen in Schleswig-Holstein unter der Mail-Adresse

„wirtschaftsinfo@im.landsh.de“

angefordert werden.

II. Rechtsextremismus

1 Überblick

Die auch im Jahr 2006 anhaltenden Wahlerfolge der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) haben mittlerweile Einfluss auf Selbstsicherheit und Auftreten deutscher Rechtsextremisten genommen. Ihre Erfolge, aber auch Wahlanalysen und Extremismusstudien verdeutlichen, dass rechtsextremistische Positionen keinesfalls mehr ein Nischendasein im Umfeld subkultureller Jugendlicher oder unverbesserlicher Alt-Nazis führen. Insbesondere die NPD hat es geschickt verstanden, soziale Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit für eigene Zwecke zu nutzen. Dort, wo früher eher zurückhaltend agiert wurde, gibt sich die Partei mit einer „Strategie der Wortergreifung“ neuerdings offensiv: Extremistische Positionen werden aus taktischen Gründen in der Öffentlichkeit zumeist verschleiert, allgemein-politische, überwiegend „soziale Themen“ gezielt wie auch spontan aufgegriffen und Kontakte zum bürgerlichen Spektrum auf allen Ebenen gesucht und gepflegt. Dies hindert Rechtsextremisten allerdings nicht, rechtsstaatliche Maßnahmen und ihre Entscheidungsträger öffentlich zu diskreditieren und in den Medien als „staatliche Repression“ anzugreifen. Die Konsequenz dieser Strategie ergibt sich aus dem verfolgten Ziel: Rechtsextremisten versuchen, mit den Mitteln des freiheitlichen demokratischen Staates diesen Staat zu überwinden und eine Änderung des Systems herbeizuführen.

Die Zahl der Rechtsextremisten in Deutschland liegt mit knapp 39.000 auf dem Niveau des Jahres 2005. Auch in Schleswig-Holstein entspricht die Zahl von 1.350 Personen der des Jahres 2005. Die Statistik zeigt außerdem, dass der seit Jahren bestehende Trend einer Kräfteverschiebung zugunsten des aktionistischen Potentials weiter angehalten hat. Spektakuläre Ereignisse hat es im schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus im Berichtsjahr jedoch nicht gegeben. Von Bedeutung waren eine von Neo-Nationalsozialisten initiierte Demonstration am 31. März in Lübeck und verschiedene kleinere Aktionen aus Anlass der „Rudolf-Heß-Aktionswoche“ im August.

Bestimmend für die Entwicklung der Szene sind immer noch die Folgen von Umstrukturierungsprozessen, deren Beginn schon einige Jahre zurückliegt. Eine ent-

scheidende Rolle spielt hierbei bereits seit Mitte der 1990er-Jahre der NPD-Partei-vorsitzende Udo Voigt. Durch seine Taktik gelang es, die sich als „Freie Nationalisten“ bezeichnenden aktionsbereiten Neo-Nationalsozialisten in eigene Strategien einzubinden und zugleich Absprachen mit der konkurrierenden „Deutschen Volksunion“ (DVU) zu treffen.

Das so entstandene, auch als „Volksfront von rechts“ bezeichnete Konstrukt, hat sich - entgegen vieler Erwartungen - bislang als erstaunlich stabil erwiesen. Wegen seiner ideologischen Spannbreite, die von den aggressiv in der Öffentlichkeit agierenden Neo-Nationalsozialisten bis zu den eher bürgerlichen Anhängern des Dr. Gerhard Frey (DVU) reicht, bestanden und bestehen auch auf Seiten der Rechtsextremisten Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Bündnisses. Durch Wahlerfolge, zuletzt bei der Landtagswahl im September in Mecklenburg-Vorpommern (7,3 % für die NPD), wurden bestehende Differenzen aber bislang überdeckt. Der Gewinner des Bündnisses ist eindeutig die NPD. Sie allein ist gegenwärtig in der Lage, sich auch außerhalb des rechtsextremistischen Spektrums Gehör zu verschaffen. Auf Bundesebene ist diese Entwicklung zwar nicht einheitlich, in Schleswig-Holstein lässt die Anziehungskraft der „Freien Nationalisten“, aus deren Kreisen gerade in Norddeutschland die größten Kritiker der „Volksfront“-Idee stammen, aber nach. Die meisten Protagonisten haben sich mit der NPD arrangiert. In Anbetracht der weitgehenden ideologischen Übereinstimmung zwischen Neo-Nationalsozialisten und der NPD eine folgerichtige Entwicklung.

Die durch „Kameradschaften“ geprägte neo-nationalsozialistische Szene hat dadurch an Bedeutung verloren. In ihren einstigen Hochburgen im Randgebiet zu Hamburg ist sie seit einigen Jahren nur noch durch Einzelpersonen vertreten. Als „Kameradschaften“ zu bezeichnende Personenzusammenschlüsse sind derzeit nur in Dithmarschen, Neumünster und dem Raum Lübeck/Kreis Herzogtum Lauenburg zu erkennen. Zu Aktionen mit Außenwirkung, die für den Zulauf neuer Kräfte unabdingbar wären, sind die Neo-Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein derzeit nur selten und mit erheblicher Kraftanstrengung in der Lage. Das Personenpotenzial dieser Szene umfasst etwa 110 Personen. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NPD werden sie in der Statistik unter Nr. II 5 allerdings teilweise dieser Partei zugeschlagen. Den größten Anteil der als latent gewaltbereit eingeschätzten Szene bildet aber nach wie vor mit 660

Personen die rechtsextremistisch orientierte Subkultur-Szene. Die Skinhead-Szene bildet hiervon eine Teilmenge. Aufgrund der Scharnierfunktion der Subkultur-Szene, die vom „harten“ Skinhead-Musiker über orientierungslose, aber rechtsextremistisch steuerbare Jugendliche bis hin zu jungen Erwachsenen reicht, die sich aus Lust an der Provokation rechtsextremistischer Phrasen bedienen, ist es wahrscheinlich, dass aufgrund der nicht flächendeckenden Erkenntnisgewinnung der Verfassungsschutzbehörde die tatsächliche Zahl der „Subkulturellen“ höher ist. Nach wie vor spielt die Musik in dieser Szene die herausragende Rolle, sowohl als Identifikationsfaktor als auch zur eingängigen Beschreibung klassischer Feindbilder. Auf Bundesebene wurden 163 Konzerte gezählt. In Schleswig-Holstein gab es lediglich zwei Konzerte. Gerade die Konzertveranstaltungen sorgen dafür, dass die regionalen Skinhead-Szenen stabilisiert und die länderübergreifenden Kontakte vertieft werden.

Nach der vorläufigen polizeilichen Straftatenstatistik hat sich die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten in Schleswig-Holstein deutlich erhöht. Danach lässt sich ein Anstieg im Bereich „Rechts“ von 337 im Jahr 2005 auf 510 im Jahr 2006 feststellen. Dies entspricht einer Steigerung um rund 51 %. Die in der Gesamtzahl enthaltenen Gewaltdelikte belaufen sich auf 65 Taten. Im Jahr 2005 waren 56 Gewaltdelikte zu verzeichnen. Somit erhöhte sich diese Zahl um rund 14 %. Ohne die Gewaltdelikte stiegen die Zahlen im Bereich der politisch motivierten Kriminalität „Rechts“ (in erster Linie so genannte Propagandadelikte) von 281 (2005) auf 445 Taten (2006). Dieser Bereich erfuhr somit sogar eine Steigerung um rund 58 %. Die Ursachen der Steigerung sind vielfältig und nicht abschließend zu beschreiben. Erfahrungsgemäß sind die Täter eher im subkulturellen Bereich zu finden. Die Anziehungskraft dieser Szene ist in Schleswig-Holstein vergleichsweise hoch. Anders als in früheren Jahren fehlt nach dem Niedergang der „Kameradschaften“, in die die besonders aktiven Teile der Subkultur-Szene eingebunden waren, aber eine organisierte Disziplinierung und Bündelung der Kräfte in eher politische Aktivitäten. Einhergehend mit dem gestiegenen neuen Selbstbewusstsein der Szene konnte diese Entwicklung den Nährboden für meist spontane, in kleinen Gruppen und nicht selten unter Alkoholeinfluss begangene Straftaten bereiten.

2 Schwerpunkte

2.1 Rechtsextremisten propagieren den „nationalen Sozialismus“

Seit Mitte der 1990er-Jahre bemühen sich Rechtsextremisten, durch das Aufgreifen so genannter sozialer Themen einen gegenwartsbezogenen Agitationsschwerpunkt zu schaffen. Der in diesem Zusammenhang besonders öffentlichkeitswirksam von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) in den ostdeutschen Bundesländern propagierte „nationale Sozialismus“ hat aber nichts mit sozialistischem Klassenkampf im herkömmlichen Sinn zu tun. Vielmehr soll er Einbindung und Unterordnung des Einzelnen in eine nationale Volksgemeinschaft bedeuten. Ziel ist also nicht die „Diktatur des Proletariats“, sondern eine „Diktatur der Volksgenossen“ mit der Beschränkung von Freiheitsrechten zum Wohl einer Volksgemeinschaft. Der Ruf nach einem „nationalen Sozialismus“ dient den Rechtsextremisten dazu, sich bei Unzufriedenen Gehör zu verschaffen und so den Zulauf zu ihren Organisationen zu erhöhen.

Auch in Schleswig-Holstein konnten entsprechende Versuche beobachtet werden. Beispielhaft war eine Aktion des Kreisverbandes Kiel/Plön der NPD, über die öffentlichkeitswirksam auf dessen Internet-Seite berichtet wurde. Danach seien am 9. Januar in Büdelsdorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) auf dem Gelände eines Telekommunikations-Betreibers Flugblätter verteilt worden, in denen die angeblich geplante Entlassung von 200 Mitarbeitern und ein möglicher Einstieg eines US-Finanzinvestors als Ursache für die Maßnahme thematisiert worden seien. Letzteres führe dazu, dass über deutsche Arbeitsplätze nicht mehr in Deutschland, sondern in diesem konkreten Fall in den USA entschieden werde. Unter dem Vorwand der Globalisierung werde Kapitalismus immer hemmungsloser ausgelebt.

Auch der NPD-Kreisverband Lübeck/Ostholstein griff „soziale Themen“ auf. So nutzte er statistische Zahlen zu Langzeitarbeitslosen, um sich in einem in linker Diktion verfassten Kommentar im Internet als Beschützer von Arbeitslosen und Geringverdienern anzubieten:

„Genau hier liegt das Grundübel des kapitalistischen Systems. Das Kapital braucht ein Millionenheer an Arbeitslosen als Druckmittel, um mit Niedriglöhnen die werktätige Bevölkerung auszubeuten.“
(Schreibweise wie im Original)

Die NPD versucht zudem fortwährend den Eindruck zu erwecken, dass Deutsche gegenüber Ausländern im eigenen Land sozial benachteiligt werden. Beispielhaft ist auch hierfür eine Internet-Veröffentlichung des Kreisverbandes Kiel/Plön:

„Überschüsse werden für fremde Interessen genutzt. Für Deutsche ist häufig nicht einmal mehr eine Wohnung und kaum Geld vorhanden. Allein die Tatsache, dass es sich bei den Obdachlosen fast ausschließlich um Deutsche handelt, beweist, dass die Alteingesessenen im eigenen Land weniger Rechte haben als die sog. Migranten. Dabei heißt es in Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 unseres Grundgesetzes: ‚Niemand darf wegen ..., seiner Abstammung, ... benachteiligt oder bevorzugt werden.‘
(Schreibweise wie im Original)

Die „Freien Nationalisten“ eröffneten im Februar auf den Internet-Seiten von „widerstandnord“ eine neue Kampagne zum Thema „nationaler Sozialismus“, nachdem der Betreiber des „Aktionsbüro Norddeutschland“ bereits im Oktober 2005 und im Januar 2006 zwei „Infoblätter“ mit dem Titel „frei sozial national“ veröffentlicht hatte:

„Ein Ruf geht durch den nationalen Widerstand: frei, sozial, national! Das ist politische Forderung und Selbstbekenntnis zugleich. Besonders für junge radikale Aktivisten (...) haben sich diese drei ausdrucksstarken Schlagworte (...) zu einem echten Lebensgefühl manifestiert!“

In der Erklärung zu der Bedeutung der drei Begriffe wird Freiheit einer angeblichen Fremdbestimmung durch vorhandene „Zwangsbündnisse NATO, UNO und EU“ gegenübergestellt („frei statt fremdgesteuert“), werden die Reformen des Sozialwesens als sozialfeindliche Verelendungsprogramme beschrieben („Deshalb wollen wir dieses asoziale System nicht reformieren, sondern abschaffen und durch ein nationales und soziales Deutschland ersetzen.“) und Nationalismus als einziger Schutz vor „verbrecherischer Globalisierungspolitik“ bezeichnet („Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national!“):

„Für uns steht deshalb unumstößlich fest, daß dieses System mit allen Mitteln bekämpft werden muß, wenn wir unser Volk aus den Fesseln des Kapitals befreien und unseren Kindern eine gesunde Zukunft in einem nationalen und sozialen Deutschland bieten wollen.“
(Schreibweise wie im Original)

Noch deutlicher als bei den „Freien Nationalisten“ und den schleswig-holsteinischen NPD-Untergliederungen ist die „soziale Frage“ auf Bundesebene in den Mittelpunkt der Agitation der NPD gerückt. Dadurch ist es ihr vor allem in den ostdeutschen Bundesländern gelungen, sich als politische Alternative zu den traditionellen, nach ihrer Ansicht für die wirtschaftlichen und daraus resultierenden sozialen Probleme verantwortlichen Parteien darzustellen. Bereits zur Landtagswahl 2004 in Sachsen hatte die NPD erfolgreich auf die so genannten sozialen Themen gesetzt. Der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel hat in einem Artikel in der Ausgabe vom Dezember 2005 der NPD-Publikation „Deutsche Stimme“ diese Strategie unter der Überschrift „Der Abschied der Linken von der sozialen Frage - Der Nationalismus wird die Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘“ beschrieben. Gansel prophezeit darin einen Aufschwung des Nationalismus, da die Linke „die soziale Frage de facto aufgegeben“ habe. Antworten vermöge sie nur noch auf die Randgruppenfragen zu geben: „Was kann für Ausländer, Homosexuelle, Kiffer und Antifaschisten getan werden?“ Die soziale Frage, an der sich die Linke historisch abarbeitete und die für sie einmal identitätsstiftend war, werde heute zugunsten eines inhaltsleeren Machtopportunismus und eines manischen Minderheitenkultes fallen gelassen. Ferner wirft er der Linken (Anmerkung: Hierzu zählt er die SPD, Grüne, WASG und Linkspartei.) vor, sie könne gar keine Verfechterin des Sozialstaates sein, weil sie seine zwingenden wirtschaftlichen und ideellen Voraussetzungen ignoriere. Ein Sozialstaat müsse den Kreis seiner Teilhabeberechtigten strikt begrenzen und brauche Zusammengehörigkeitsgefühle, ohne die es keinen Umverteilungskonsens gebe. In einer Zeit immer knapper werdender Sozialressourcen müsse man sich zwischen Sozialstaat und Einwanderungsstaat entscheiden - einen Mittelweg gebe es nicht. Der Sozialstaat werde volksgemeinschaftlich organisiert sein oder er werde gar nicht sein.

Gansels Artikel umschreibt wortreich die auf das antiegalitäre Dogma der Rechtsextremisten zurückzuführende Forderung, dass staatlicher Schutz nur denjenigen zugute kommen soll, die der „Volksgemeinschaft“ zugerechnet werden. Unter einer

„Volksgemeinschaft“ im Sinne seiner Ausführungen sind nicht etwa alle deutschen Staatsbürger auf der Grundlage geltenden Verfassungsrechts zu verstehen, sondern nur ein von den Machthabern zu bestimmender Personenkreis. Ausgeschlossen hiervon seien demnach neben den Ausländern „Homosexuelle, Kiffer und Antifaschisten“ - offenkundig unabhängig von ihrer Nationalität. Hier offenbart sich die Unvereinbarkeit dieser Ziele mit dem im Grundgesetz manifestierten allgemeinen Gleichheitsgrundsatz. So ist es wenig verwunderlich, dass der Verfasser zur Untermauerung seiner Thesen auf den wegen seiner Parlamentarismus- und Pluralismuskritik umstrittenen Staatsrechtler der Weimarer Zeit und des Dritten Reiches, Carl Schmitt, zurückgreift:

„Die Ethnisierung des Sozialen (wir Deutschen oder die Fremden) ist eine Aktualisierung und sozialpolitische Durchformung von Carl Schmitts Freund-Feind-Unterscheidung als Essenz des Politischen -und eben auch als Essenz des Sozialstaatsprinzips.“

Vor dem Hintergrund eines solchen Sozialstaatsverständnisses innerhalb der NPD erweist sich die Forderung des NPD-Kreisverbandes Kiel/Plön im Zusammenhang mit der Büdelsdorfer Flugblattverteilung („Wir fordern deshalb die stärkere Beachtung unseres Grundgesetzes!“) als inhaltsloses, kaum ernst zu nehmendes Bekenntnis. Die Lösung „sozialer Fragen“ durch Umverteilung finanzieller Ressourcen auf nach ethnischen Gesichtspunkten ausgewählte Bevölkerungsteile steht in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den Leitideen unserer Verfassung. So formulierte das Bundesverfassungsgericht schon frühzeitig: „Das Grundgesetz hat nicht eine virtuell allumfassende Staatsgewalt verfasst, sondern den Zweck des Staates materialiter auf die Wahrung des Gemeinwohls beschränkt, in dessen Mitte Freiheit und soziale Gerechtigkeit stehen.“ Hierzu gehört die grundsätzliche „Begrenztheit aller öffentlichen Gewalt in ihrer Einwirkungsmöglichkeit auf das freie Individuum“. Die so durch soziale Gerechtigkeit beschriebene Grenze staatlicher Gewalt kann nicht durch ihr wesensfremde, ethnische oder völkische Gesichtspunkte durchbrochen werden. Dies wäre ein - von Rechtsextremisten immer wieder geforderter - Systemwechsel.

2.2 Verschleierung extremistischer Zielsetzungen

Die aktuelle Politik der NPD ist darauf ausgerichtet, sich für die Bevölkerung als wählbare Alternative darzustellen. Aus diesem Grund vermeidet die Partei in der Öff-

fentlichkeit, öfter als in der Vergangenheit, Äußerungen, die offenkundig auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielen. Auf ihrem „Marsch in die Mitte des Volkes“, so die Aussage eines Bundesvorstandsmitgliedes, versucht die Partei stattdessen, mit unverfänglichen allgemein-politischen Themen Aufmerksamkeit zu erlangen. Sie bestreitet entweder eine verfassungsfeindliche Zielsetzung oder behauptet, wie der Kreisverband Kiel/Plön auf seiner Internet-Seite, die Bundesrepublik Deutschland habe keine Verfassung, sondern „lediglich ein Grundgesetz, welches von den Siegermächten nach dem Zweiten Weltkrieg dem deutschen Volk genehmigt wurde“. Entsprechende Aussagen sind ein Beleg dafür, dass die Politik der NPD die öffentliche Auseinandersetzung mit dem im Grundgesetz niedergelegten Wertesystem aller westlichen Demokratien schon im Ansatz scheut. Dessen ungeachtet wird in verschiedenen Äußerungen die unüberbrückbare Distanz zur Verfassungsordnung deutlich. Insbesondere die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und damit eines primären Verfassungsgrundsatzes widerspricht den Vorstellungen der NPD. Stattdessen wird im Internet-Lexikon der NPD die „Lehre der Menschenrechte“ als „wichtiger Hebel des Internationalismus zur Schaffung der ‚One World‘, unter Zerstörung gewachsener kultureller und ökonomischer Strukturen“ bezeichnet. Dem auf dem Gleichheitsgrundsatz beruhenden Menschenbild des Grundgesetzes stellt die Partei ebenfalls in ihrem Internet-Lexikon ihre rassistisch geprägte Weltanschauung gegenüber:

„Das wirkliche Menschenbild trägt der biologischen Grundlage, der Gemeinschaftsgebundenheit und der Überlieferung der Menschen und ihrer natürlichen Ordnungsform, sowie den Völkern, Rechnung.“
(Schreibweise wie im Original)

Daraus erklärt sich auch, wie die Aussage, „im Mittelpunkt nationaldemokratischer Politik steht der Mensch“, in dem vom Parteivorstand herausgegebenen „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ zu interpretieren ist. Schützenswerter „Mensch“ im Sinne dieses rechtsextremistischen Menschenbildes kann demnach nur der sein, der den biologischen und damit rassistischen Anforderungen entspricht. Noch deutlicher ist dies in der vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüre „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger - Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“ zur Frage, wer denn für die NPD ein Deutscher ist, formuliert:

„Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. (...) Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen.“

Alle Gewalt geht vom Volke aus! Der unabänderliche Verfassungsgrundsatz der Volkssouveränität wird vordergründig nicht einmal von der NPD in Frage gestellt. Ihre Interpretation des Volksbegriffes, gepaart mit der Ablehnung der verfassungsrechtlich garantierten Individualrechte, ist jedoch wiederum nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Einklang zu bringen. Im Gegensatz zur bestehenden Rechtsordnung, die durch Abstammung oder den Rechtsakt der Einbürgerung die Teilhabe an der Volkssouveränität garantiert, versteht die NPD nach ihrem Parteiprogramm das Volk als „Träger der Kulturen“:

„Völker unterscheiden sich durch Sprache, Herkunft, geschichtliche Erfahrung, Religion, Wertvorstellungen und ihr Bewusstsein. (...) Bloße Gesellschaften entwickeln keine Kultur, sondern bestenfalls eine Zivilisation, deren höchster Wert materiell ist.“

Deutlicher wird die Partei in der Broschüre „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger“:

„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. Eine Volkszugehörigkeit kann man sich genauso wenig aussuchen wie die eigene Mutter. In ein Volk wird man schicksalhaft hineingepflanzt. In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren.“

Die Interpretation des Souveränitätsbegriffes im Europaprogramm zeigt, dass die NPD, wie Extremisten aller Schattierungen, eine Ausübung der Volkssouveränität nur in einem begrenzten Rahmen zulassen will:

„Die Souveränität im politischen Bereich können wir als französisches Lehnwort ins Deutsche mit ‚Herrschaft‘ und noch zutreffender mit ‚oberster Befehlsgewalt‘ übersetzen. Der französische Philosoph Jean Bodin (1529 - 1596) meint, daß die staatliche Souveränität ‚unteilbar‘

sei. Einzuschränken ist diese Wertung insofern, daß in einer gemischten Verfassung Souveränitätsrechte auf mehrere Institutionen verteilt werden können. (...) Im Ausnahmezustand (Krieg, Bürgerkrieg und auch allgemein in Notzeiten) muß sich erweisen, welche sogenannte Teil-Souveränität ihren Willen durchzusetzen weiß. Um mit dem Staatsrechtler Carl Schmitt zu sprechen: ‚Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.‘
(Schreibweise wie im Original)

Die häufige Berufung auf den Parlamentarismuskritiker Carl Schmitt ist entlarvend (siehe dazu unter Nr. II 2.1). Folgerichtig wird er auch in der schon genannten Broschüre „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger“ zum Thema der Machtausübung zitiert:

„Wir wollen das liberale Parteienregime - ganz demokratisch! - durch ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation ablösen. Ein solches plebiszitäres Präsidialsystem würde die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreien. Es entstünde eine wirkliche Volksherrschaft mit einer ‚Identität von Regierten und Regierenden‘ (Carl Schmitt).“

Über die dargestellten, im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehenden Standpunkte hinaus dokumentiert auch das Verhältnis zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft den Standort der NPD. Einen eher verschleiern den Charakter haben in diesem Fall die Handlungsanweisungen in der Broschüre „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger“:

„Auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus sollte sich mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD niemand festnageln lassen. (...) Bei entsprechenden Fragen zum NS sollte immer nur gesagt werden: ‚Adolf Hitler ist tot und die NSDAP aufgelöst, was soll also die Frage. (...) Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV, Globalisierung und Verausländierung aber bittere Gegenwart.‘“

Die Äußerungen von NPD-Funktionären lassen aber immer wieder die Sympathie für den Nationalsozialismus erkennen. So erklärte der Parteivorsitzende Udo Voigt auf einer Demonstration am 14. Oktober in Nürnberg:

„1945 standen nicht nur ein paar Männer vor einem Pseudotribunal, sondern ein einzigartiger europäischer Lebensentwurf wurde vom Bolschewismus und von den liberalistischen USA unterjocht und abgeurteilt.“

„Abgerundet“ wurden derartige Äußerungen noch durch den Fraktionsvorsitzenden der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, der im Rahmen eines Zeitschriften-Interviews äußerte:

„Vorgegeben hat das natürlich der Führer. Er hat ja wahnsinnige Pflöcke eingerammt, auf fast allen Gebieten, er ist ja ein Phänomen gewesen, dieser Mann, militärisch, sozial, ökonomisch. Ich bewerte das jetzt nicht, ich stelle das nur fest.“

Die Bewertung der Äußerung eines damaligen NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag in einer Fernsehsendung am 11. November erübrigt sich wegen ihrer Eindeutigkeit:

„Zum Führer stehe ich nach wie vor. Da gibt es kein Partout. Da hat sich nichts geändert.“

Schließlich wird auch daran, dass der Führungsanspruch der Partei einer praktischen Umsetzung bedarf, kein Zweifel gelassen. Als geeignetes Instrument erscheinen die Streitkräfte. In dem von der NPD herausgegebenen „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ heißt es:

„Der Wehrdienst ist für uns Nationaldemokraten Ehrendienst am deutschen Volk und die deutschen Streitkräfte haben zusätzlich als ‚Schule der Nation‘ die heranwachsenden jungen Menschen zu prägen und die Werte einer völkischen Neuordnung souveräner Nationalstaaten zu vermitteln.“

Prägnanter kann der Gegensatz zu einer freiheitlichen Willens- und Überzeugungsbildung innerhalb einer demokratisch und pluralistisch verfassten Gesellschaft kaum formuliert werden.

2.3 Rechtsextremisten agitieren gegen „staatliche Repression“

Seit jeher ist die Agitation gegen die parlamentarische Demokratie und rechtsstaatliche Exekutivorgane ein Themenschwerpunkt für Rechtsextremisten. Sie verfolgen damit das Ziel, die Legitimität des parlamentarischen Systems in Frage zu stellen. Aus rechtsextremistischer Sicht folgerichtig, wird rechtsstaatliches Handeln als Repression gegenüber der Bevölkerung dargestellt. Insbesondere wird aber die angebliche Unterdrückung von Rechtsextremisten durch staatliche Organe beklagt. Sie bildet nach wie vor auch einen Schwerpunkt der Themen bei Demonstrationsaktivitäten. Dabei wird oft die Forderung gestellt, grundgesetzlich verbrieft Rechte müssten auch für Nationalisten gelten. Tatsächlich geht es um die Nichteinhaltung der mit den gewährten Rechten verbundenen Pflichten. Deren staatliche Sanktionierung wird nicht akzeptiert. Die Berufung auf das Grundgesetz belegt aber auch hier die Doppelzüngigkeit derartiger Forderungen. Denn gerade die Legitimität des Grundgesetzes wird von Rechtsextremisten bestritten. Ein Beispiel hierfür (siehe dazu unter Nr. II 2.2) findet sich in der im Jahr 2006 herausgegebenen Broschüre des NPD-Parteivorstandes „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger“. Es wird nicht nur das Grundgesetz und damit dessen Werteordnung als deutsche Verfassung abgelehnt, sondern gewissermaßen gleichzeitig ein Regierungssystem mit Anklängen an das Führerprinzip entworfen:

„Zuerst einmal ist festzuhalten, dass das Grundgesetz ein Diktat der westlichen Siegermächte ist, da der Parlamentarische Rat mit kleinen Einschränkungen nur die Vorgaben der westalliierten Militärgouverneure umsetzte. (...) Die Deutschen sind also aufgefordert, sich endlich selbst eine Verfassung zu geben, in der Volksabstimmungen verankert, ein volksgewählter Bundespräsident mit starken Vollmachten institutionalisiert und schädlicher Parteieneinfluß beschnitten zu sein hätten. (...) die Grundrechtsbestimmungen tiefen vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleich, und das Grundgesetz hat einem gemeinwohl-schädigenden Individualismus und Parteienregime den Weg geebnet.“
(Schreibweise wie im Original)

Auch schleswig-holsteinische Rechtsextremisten suchen nach Anlässen, den staatlichen Umgang mit Rechtsextremisten als Willkürmaßnahme der Sicherheitsbehörden darzustellen. So wurde nach einer am 1. April in Lübeck durchgeführten Demonstration zum Thema „Bomben für den Frieden? Im Gedenken an den alliierten Bombenter-

ror vom 28./29. März 1942“, an der sich Neo-Nationalsozialisten und NPD-Mitglieder beteiligten, massive Kritik am Verhalten der Polizei geäußert. Auf der Internet-Seite des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein hieß es hierzu:

„Wenn die in Lübeck zusammengezogenen Polizeikräfte schon nicht in der Lage - oder besser gesagt willens - sind, eine angemeldete und genehmigte Demonstration in ihrem geplanten Ablauf zu gewährleisten, dann sollte man doch annehmen, dass eine Einsatzleitung in der Lage ist, zu erkennen, dass man in Züge mit rechten Personen nicht linksradikale, gewaltbereite Kräfte hineinverfrachtet. (Anmerkung: Hier wird offensichtlich auf Zusammenstöße von Links- und Rechtsextremisten auf den Bahnhöfen Lübeck und Ratzeburg Bezug genommen.) Es entsteht insgesamt der Eindruck, dass die Polizeiführung ganz bewusst eine Eskalation mit den nationalen Demonstrationsteilnehmern herbeiführen wollte.“

Die Einlassungen der NPD sind insbesondere von Bedeutung, weil es sich bei der Demonstration nicht um eine NPD-Veranstaltung handelte. Die Einstellung des Beitrages geht offensichtlich auf den stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden zurück, der seine Kritik auch in einem „Offenen Brief“ im Internet verbreitete. Er war im Übrigen auch einer der Redner auf der Veranstaltung.

Auch das „Aktionsbüro Norddeutschland“ nutzte in seiner Berichterstattung über die Demonstration den vermutlich einkalkulierten Konflikt mit der Polizei zur Agitation: „Aufgrund von offenkundiger polizeilicher Kumpanei mit dem üblichen Gutmenschenpopanz aus etablierten Politikreisen und kriminellen Antifa-Banden“ sei die „angemeldete und von der Versammlungsbehörde bestätigte Marschroute durch die Innenstadt willkürlich verweigert“ worden. Die Aktion eines Polizeibeamten, der im Rahmen des Polizeieinsatzes ein Lautsprecherkabel der Rechtsextremisten durchschnitt, wurde unter der Überschrift „Messer-Bulle griff Lautsprecherfahrzeug an“ reißerisch dargestellt.

Für das „Aktionsbüro Norddeutschland“ stellt die Agitation gegen angeblich ungerechtfertigte staatliche Verfolgung schon länger einen Schwerpunkt dar. Ein von seinem Leiter im Januar herausgegebenes „Infoblatt“ enthält umfangreiche Ausführungen zu Protestaktionen des „Nationalen Widerstands“ gegen „Verbote und Repression“. Am Beispiel der verbotenen Demonstration in Wunsiedel (Bayern) im August

2005 aus Anlass des Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß berichtete der Herausgeber über die zahlreichen Ersatzveranstaltungen, ein vermeintliches Fehlverhalten der Behörden gegenüber den „Freien Kräften“ und rief zum Widerstand auf:

„Wir haben dem System bereits im Vorfeld deutlich zu verstehen gegeben, dass Verbote nicht widerstandslos hingenommen werden (...) dass eine Einschränkung des durch Artikel 8 des GG verbrieften Rechts auf Versammlungsfreiheit nicht hingenommen wird. Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“

Angehörige des NPD-Kreisverbandes Kiel/Plön nahmen das Verbot einer für den 3. Juni in Kiel angemeldeten Demonstration zum Anlass, in der Kieler Innenstadt für den 9. Juni eine Kundgebung zum Thema „Rechtsstaat oder Willkür“ anzumelden. Gleichzeitig wurde der Leiter der Polizeidirektion Kiel auf den Internet-Seiten des NPD-Kreisverbandes („Rechtsbruch lohnt sich ...“) und des neo-nationalsozialistischen „Holsteiner Widerstand“ („Staat und Antifa vereint“) wegen der von ihm in einer Pressekonferenz genannten Entscheidungsgründe massiv kritisiert.

Auch eine Demonstration des Hamburger Neo-Nationalsozialisten Christian Worch am 28. Januar in Lüneburg unter dem Motto „Keine Demonstrationsverbote – Meinungsfreiheit erkämpfen“ richtete sich gegen die als nicht gerechtfertigt empfundene „staatliche Repression“ gegenüber den Rechtsextremisten. Das „Aktionsbüro Norddeutschland“ unterstützte diese Demonstration mit folgendem Aufruf:

„Alle Kräfte aus Nord- und Mitteldeutschland werden gebeten, für den 28.01. nach Lüneburg zu mobilisieren. (...). Wir wollen an diesem Tag auch in Lüneburg - zeitgleich mit den Demos in Dortmund und Karlsruhe - ein sichtbares Zeichen gegen staatliche Repression setzen! Hinaus auf die Straße gegen politische Verfolgung! Den § 130 kippen!“

Bereits im Juli 2005 hatte Worch nach dem Verbot eines von ihm in Lübeck geplanten Skinhead-Konzertes gleich zwei Demonstrationen „gegen behördliche Repression“ angemeldet. Eine Kundgebung wurde am 16. Juli mit rund 50 Rechtsextremisten in Lübeck durchgeführt, die zweite abgesagt.

Art und Umfang dieser Agitation gegen „staatliche Repression“ erwecken den Eindruck der Übertragung und Weiterentwicklung früherer so genannter Anti-Antifa-Aktivitäten auf die politische Ebene. Während klassische „Anti-Antifa“-Kampagnen das Ziel verfolgten, Einzelpersonen als Gegner angreifbar zu machen, gehen die aufgezeigten Agitationsmuster einen neuen Weg: Rechtsstaatliches Handeln und argumentative Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus werden als „Repression“ einseitig diffamiert. Verschiedenen Bevölkerungsteilen wird die Opferrolle zugewiesen und gleichzeitig der politische Gegner als vermeintlicher Verursacher und zu bekämpfender Feind angeboten. Selbst persönliche Herabwürdigungen werden dabei in Kauf genommen oder sogar gezielt eingesetzt.

2.4 Entwicklungen in der Subkultur-Szene

2006 blieb die Anzahl gewaltbereiter Rechtsextremisten bundesweit auf Vorjahres-Niveau (10.400). Als gewaltbereit stuft der Verfassungsschutz nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen ein, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind. Im Berichtsjahr konnte - wie auch schon in den Vorjahren - eine fortgesetzte strukturelle Veränderung in der Zusammensetzung dieses Personenpotenzials festgestellt werden. Musste vor Jahren der überwiegende Teil gewaltbereiter Rechtsextremisten mit der rechtsextremistischen Skinhead-Szene gleichgesetzt werden, so ist in der Zeit nach dem im September 2000 verfügten Verbot der rechtsextremistischen Skinhead-Gruppierung „Blood & Honour“ (B & H) eine wahrnehmbare Verlagerung innerhalb des gewaltbereiten Spektrums eingetreten. Die absoluten Zahlen stagnieren im Bund seit Jahren im Bereich von rund 10.000 gewaltbereiten Rechtsextremisten, jedoch traten in der jüngeren Vergangenheit zunehmend Neo-Nationalsozialisten, parteigebundene Rechtsextremisten sowie rechtsextremistische Einzelpersonen als Gewalttäter in Erscheinung. Insofern scheint das B-&-H-Verbot - möglicherweise mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung - eine spürbare Wirkung auf die rechtsextremistische Skinhead-Szene in Deutschland erzielt zu haben.

Die im Bundesdurchschnitt festzustellende Verlagerung innerhalb des gewaltbereiten Rechtsextremismus ist auf Schleswig-Holstein allerdings nicht übertragbar. Auch 2006 waren rund 95 % der 660 schleswig-holsteinischen gewaltbereiten Rechtsextremisten als subkulturell zu bewerten. Dieser statistische Wert ist damit in Schles-

wig-Holstein auch nach dem B-&-H-Verbot konstant geblieben. Insofern ist die rechtsextremistische Skinhead-Szene in Schleswig-Holstein nach wie vor virulent und bislang keinesfalls als „Auslaufmodell“ zu bewerten. Ob entsprechende Tendenzen in anderen Bundesländern auch die Szene in Schleswig-Holstein erreichen, bleibt abzuwarten.

Zeitgleich mit der anteiligen Verlagerung innerhalb des gewaltbereiten Spektrums hat sich innerhalb der Skinhead-Szene ein weiterer Wandel vollzogen, der sich auf das äußere Erscheinungsbild der rechtsextremistischen Subkultur fokussiert. Waren vor Jahren Kleidungs- und Frisurrituale (Springerstiefel, Bomberjacken, Glatzen etc.) ein deutliches Abgrenzungskriterium zum „Rest der Gesellschaft“, so werden heutzutage auch modische Elemente anderer Jugend-Szenen angenommen. Einhergehend mit dieser Entwicklung wurden 2006 neben „klassischen“ rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten auch zahlreiche Hard- und Hatecore- sowie politische Black-Metal-Konzerte veranstaltet. Diese im Bundesgebiet festgestellten Entwicklungen hinsichtlich Kleidung und Musikstile sind auch auf Schleswig-Holstein übertragbar.

Die rechtsextremistische Musik spielt für die gesamte Szene eine wichtige Rolle. Einerseits ist sie Identifikationsfaktor und vermittelt die szenetypischen Feindbilder; zum anderen wird sie von der NPD und Neo-Nationalsozialisten eingesetzt, um Szene-Angehörige zu mobilisieren und weitere Jugendliche zu interessieren und an sich zu binden.

So mobilisierte die NPD beispielsweise für eine Musikveranstaltung am 15. Juli in Gera (Thüringen) unter dem Motto „Rock für Deutschland“ auf der eigens hierfür eingerichteten Internet-Präsenz mit folgendem Textzusatz:

„Jede Note eine Waffe, jedes Lied ein Dolchstoß, (...) im morschen
Gebälk der BRD.’
Kommt am 15.07.2006 zum nationalen Open Air ‚Rock für Deutschland’
nach Gera, leistet Widerstand gegen staatliche Willkür und
Repression.“
(Schreibweise wie im Original)

Untermuert wird dieser Stellenwert der Musik auch durch ein Anfang 2006 bekannt gewordenes Interview des Band-Leaders der schleswig-holsteinischen rechtsextremistischen Skinhead-Musikgruppe „Words of Anger“. In dem Fanzine „Der Erzgebirg-

ler“ (Ausgabe 1) äußert er sich zur Frage der Bedeutung der Musik innerhalb der Szene wie folgt:

„Also ich sehe die Musik wirklich als unberechenbare Waffe und als die beste Propaganda die es gibt.“
(Schreibweise wie im Original)

Bundesweit fanden 2006 163 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte statt (2005: 193). In Schleswig-Holstein wurden davon zwei Konzerte durchgeführt (2005: zwei). Eine Veranstaltung fand am 11. März mit der Ostholsteiner Musikgruppe „Words of Anger“ in der Nähe von Cismar (Kreis Ostholstein) vor rund 70 Teilnehmern statt. Das zweite Konzert besuchten rund 120 Rechtsextremisten am 9. Dezember in Neufeld (Kreis Dithmarschen), bei dem drei Bands auftraten.

Rechtsextremistische Liedermacher traten bundesweit bei 29 Liederabenden auf (2005: 52). In Schleswig-Holstein wurden 2006 drei Liederabende bekannt (2005: neun), allesamt im „Club 88“ in Neumünster.

Bei den sonstigen Musikveranstaltungen, bei denen nach der Intention der Organisatoren nicht die musikalische Darbietung, sondern die übergeordnete Rahmenveranstaltung im Vordergrund steht, sind bundesweit im Berichtsjahr 75 Darbietungen bekannt geworden (2005: 47). Ursächlich für diese Entwicklung sind insbesondere die zahlreichen Auftritte rechtsextremistischer Musikgruppen und Liedermacher bei (Wahlkampf-) Veranstaltungen der NPD. In Schleswig-Holstein konnten 2006 zwei derartige Veranstaltungen verzeichnet werden:

- 26. August, Bünsdorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde), NPD-Sommerfest mit zwei Liedermachern,
- 30. September, Neumünster, Feier anlässlich des 10. Geburtstages des „Club 88“ mit einem Liedermacher-Duo.

		2002	2003	2004	2005	2006
Rechtsextremistische Skinhead- Konzerte	Bund	112	119	137	193	163
	Land	1	2	4	2	2
Rechtsextremistische Liederabende	Bund	33	33	42	52	29
	Land	9	0	12	9	3
Skinhead-Bands und Liedermacher bei sonstigen Veranstaltungen	Bund	15	24	38	47	75
	Land	0	0	2	8	2

Die Zahl der rechtsextremistischen Musikgruppen und Liedermacher entspricht etwa dem Vorjahres-Niveau. Bundesweit sind mehr als 120 Bands und 20 bis 25 Liedermacher aktiv.

Hierzu zählten 2006 drei rechtsextremistische Skinhead-Musikgruppen aus Schleswig-Holstein. Neben „Einherjer“ aus Lübeck ist die Ostholsteiner Gruppe „Words of Anger“ die aktivste Band. Seit ihrer Gründung vor rund drei Jahren ist die Popularität des Trios szeneeintern stetig gestiegen, insbesondere durch zahlreiche Auftritte im Ausland. Die dritte schleswig-holsteinische Band, die auch aus einem südlichen Landesteil stammt, wurde erstmalig anlässlich des Konzertes am 9. Dezember in Neufeld durch einen Kurzauftritt bekannt. Dort trat sie unter der Bezeichnung „Das letzte Aufgebot“ auf.

Unter den aktiven rechtsextremistischen Liedermachern befinden sich zwei Schleswig-Holsteiner; einer stammt aus dem Kreis Ostholstein, der andere ist im Kreis Steinburg wohnhaft.

Der bundesweite Anstieg der aktiven rechtsextremistischen Skinhead-Vertriebe in 2006 auf mehr als 80 Unternehmen (2005: 75) ist für Schleswig-Holstein nicht nachzuziehen. Etliche Vertriebe verlagerten in jüngster Zeit ihren Sitz von Schleswig-Holstein nach Mecklenburg-Vorpommern. Verblieben ist lediglich ein Internet-Vertrieb in Kiel.

3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen

Während bis Mitte der 1990er-Jahre die Mitglieder der legalistischen Parteien - damals war die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) diesem Spektrum zuzurechnen - den größten Teil der Rechtsextremisten stellten, hat sich das Verhält-

nis inzwischen eindeutig zugunsten der aktionistischen Kräfte verschoben, die nunmehr über zwei Drittel des von den Verfassungsschutzbehörden erfassten Personenkreises stellen. Ihnen gegenüber stehen „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Republikaner“. Beim schleswig-holsteinischen Landesverband der „Republikaner“ wurden im Berichtsjahr keine verfassungsfeindlichen Aktivitäten beobachtet. Die DVU bleibt zwar mit bundesweit etwa 8.500 Mitgliedern die größte Organisation, hat aber noch weiter an Bedeutung verloren.

Die Kräfteverschiebung zugunsten der aktionistischen Kräfte steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem 1996 unter Leitung ihres Bundesvorsitzenden Udo Voigt vollzogenen radikalen Kurswechsel der NPD. Durch seine Strategie gelang es, die aktionsbereiten neo-nationalsozialistischen Kräfte („Freie Nationalisten“) einzubinden und dadurch den Zulauf der Partei aus diesen Kreisen zu vergrößern. Daneben schaffte Voigt es, vor der sächsischen Landtagswahl 2004 ein Abkommen mit seinem Konkurrenten, dem DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey, zu schließen, aufgrund dessen beide Parteien bei Wahlen nicht mehr gegeneinander antreten. Das so entstandene, unter dem selbst gewählten Namen „Volksfront von rechts“ bekannt gewordene Bündnis hat sich als erstaunlich stabil erwiesen. Bemerkenswert ist auch die Unterstützung aus dem Bereich des intellektuellen Rechtsextremismus. Hervorzuheben ist insbesondere die wohlwollende Berichterstattung in der monatlich erscheinenden Publikation „Nation & Europa“. Die ideologische Spannweite des Bündnisses hat sich in der Praxis bislang nicht störend ausgewirkt. Der zunehmende Einfluss offensichtlicher Neo-Nationalsozialisten, die inzwischen auf Bundes- und Länderebene in den Vorständen der NPD vertreten sind, stellte für die Organisations- und Aktionsfähigkeit der Partei kein Problem dar. Das ist auch wenig verwunderlich, da die NPD und die auch als „Freie Nationalisten“ auftretenden Neo-Nationalsozialisten im Wesentlichen in ihren Zielen übereinstimmen. Gelegentlich bekannt werdende Differenzen zwischen den Bündnispartnern sind meist auf verletzte Eitelkeiten der Protagonisten der „Freien Nationalisten“ zurückzuführen. Der Beitrag, den der verglichen mit den anderen Partnern eher gemäßigte Dr. Frey im Bündnis leistet, beschränkt sich im Ergebnis darauf, den in offensichtlicher Systemüberwindungsabsicht handelnden Mitstreitern nicht im Wege zu stehen. Der Hauptgrund für die Stabilität der „Volksfront“ dürfte aber sowohl in den Wahlerfolgen in Ostdeutschland als auch

an fehlenden Alternativen liegen. Durch weitere Wahlerfolge könnte sich die schon jetzt vielfach zu beobachtende Dominanz der NPD noch weiter vergrößern.

3.1 Neo-nationalsozialistische Personenzusammenschlüsse

Die Bedeutung des Neo-Nationalsozialismus als eigenständige Strömung im Spektrum des Rechtsextremismus hat sich im Laufe der letzten Jahre verringert. In Schleswig-Holstein verfügt sie gegenwärtig über höchstens 110 aktive Anhänger. Als Reaktion auf die in den 1990er-Jahren erfolgten Vereinsverbote wurde mit maßgeblicher Unterstützung des Hamburger Neo-Nationalsozialisten Christian Worch das Organisationsmodell der „Freien Nationalisten“ ins Leben gerufen. Dahinter stand die Idee, für Neo-Nationalsozialisten eine verbotsresistente einheitliche „Bewegung“ zu schaffen. Die Protagonisten der Szene trieben die informelle Vernetzung des vorhandenen Personenpotenzials voran, förderten die Gründung so genannter Kameradschaften und legten durch überwiegend publizistische Steuerungsinstrumente inhaltliche Schwerpunkte und Kampagnen fest. Kampagnenschwerpunkte waren Jahr für Jahr die Demonstrationen gegen die so genannte Wehrmachtsausstellung, „Rudolf-Heß-Aktionswochen“ und verschiedene Aktionen zu dem als „Heldengedenktag“ glorifizierten Volkstrauertag. Einen wesentlichen Anteil an der Steuerung dieser Szene hatte und hat in Norddeutschland nach wie vor die Internet-Seite „widerstand-nord“. Das hierauf als „Projekt“ betriebene „Aktionsbüro Norddeutschland“ übt auch weiterhin maßgeblichen Einfluss auf die „Freien Nationalisten“ in Schleswig-Holstein aus. Mit erheblicher Unterstützung des damals in Hamburg, heute in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Thomas Wulff bildeten sich in Schleswig-Holstein zahlreiche „Kameradschaften“. Begünstigt durch den zeitgleich von der NPD betriebenen „Kampf um die Straße“ ergaben sich zahlreiche Kontakte zur NPD. Nach einigen Querelen wurde, wiederum unter maßgeblichem Einfluss von Thomas Wulff, das „Volksfront“-Bündnis zwischen den konkurrierenden „Freien Nationalisten“ und der NPD geschlossen. Wulffs Einsatz zahlte sich inzwischen mit einem Sitz im Parteivorstand der NPD für ihn aus. Die „Freien Nationalisten“ betonen dennoch, auch wenn sie teilweise Funktionäre der NPD geworden sind, ihre Eigenständigkeit. Die in der Öffentlichkeit gezeigten Aktivitäten der „Freien Nationalisten“ gingen allerdings, auch als Folge der Doppelbelastung vieler Protagonisten, zurück. Die Zahl der „Kameradschaften“, die zu dauerhafter planmäßiger politischer Arbeit fähig und bereit sind,

verringerte sich. Die Kontakte zur Subkultur-Szene, für deren Angehörige die in Schleswig-Holstein eher undogmatischen „Kameradschaften“ jahrelang eine Einstiegsplattform in den ideologisch unterlegten Rechtsextremismus bildeten, verschlechterten sich anhaltend.

Nach dem Kalkül der „Freien Nationalisten“ sollten durch die Aktions- und Demonstrationsaktivitäten Jugendliche, insbesondere aus dem Bereich der Subkultur, an die Szene herangeführt werden. Sowohl bei eigenen Demonstrationen als auch für die Teilnahme an Veranstaltungen außerhalb des Landes Schleswig-Holstein hat sich demgegenüber im Verlaufe der vergangenen Jahre die Mobilisierungsfähigkeit verringert. So gab es im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein lediglich eine den „Freien Nationalisten“ zuzuschreibende Demonstration. In Lübeck demonstrierten am 1. April etwa 200 Personen aus mehreren Bundesländern zum Thema „Bomben für den Frieden? Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“. Auch diese Teilnehmerzahl verdeutlicht in Anbetracht erheblicher Mobilisierungsanstrengungen in ganz Norddeutschland, dass die „Freien Nationalisten“ in Schleswig-Holstein an Bedeutung verloren haben. Weiterhin nahmen aber hier lebende Aktivisten auch an Demonstrationen außerhalb des Landes teil. Anlass hierfür waren oft Protestmärsche gegen die angebliche Unterdrückung von Rechtsextremisten durch staatliche Organe oder auch Veranstaltungen mit revisionistischem Hintergrund. Bei letzteren handelte es sich wie in den Vorjahren um Demonstrationen in Verbindung mit dem Soldatenfriedhof im brandenburgischen Halbe oder Aktionen im Zusammenhang mit der „Rudolf-Heß-Aktionswoche“. Aufgrund des Verbotes der Zentralveranstaltung in Wunsiedel (Bayern) gab es auch in Schleswig-Holstein zahlreiche dezentrale, zumeist nicht angemeldete Aktionen. So hatten sich am 19. August in Lauenburg und Schwarzenbek (Kreis Herzogtum Lauenburg) 100 den „Freien Nationalisten“ zuzurechnende Personen aus mehreren Bundesländern versammelt. Der Schwerpunkt regionaler Aktionen lag aber wiederum bei der Durchführung von Gedenkveranstaltungen oder Kranzniederlegungen, insbesondere am Volkstrauertag.

Ein wichtiges Steuerungsinstrument bildet nach wie vor die oben erwähnte Internet-Plattform „widerstandnord“. Darüber hinaus geben schleswig-holsteinische Neo-Nationalsozialisten weiterhin die Zeitschrift „Durchblick“ heraus. Im Jahr 2006 erschienen vier Ausgaben. Die nur szeneeintern verbreitete Schrift versucht, allgemein-

politische Themen aus rechtsextremistischer Sicht zu beschreiben. Revisionistische Themen bilden dessen ungeachtet in den Aktivitäten der Szene weiterhin einen inhaltlichen Schwerpunkt. Hieran zeigt sich eine gewisse ideologische Rückständigkeit der „Freien Nationalisten“ gegenüber der NPD, in deren Agitation zunehmend Themen der Tagespolitik an Gewicht gewinnen. Für Kampagnen, deren Wirkung über die eigene Anhängerschaft hinausgeht, fehlt den „Freien Nationalisten“ inzwischen offenkundig die personelle Substanz. Die wenigen zu planmäßiger politischer Arbeit bereiten „Kameradschaften“ sind gegenwärtig zu schwach. Auch die seit längerem erkennbare enge Zusammenarbeit norddeutscher Rechtsextremisten kann daran nichts ändern. Auffällig ist darüber hinaus, dass das einstige Schwerpunktthema „Anti-Antifa“-Arbeit, also die Ausspähung politischer Gegner, allenfalls eine eher untergeordnete Rolle zu spielen scheint.

3.1.1 Regionale Schwerpunkte

Während die „Kameradschaften“ in einigen Landesteilen nach wie vor erkennbare Einflüsse auch auf die ideologisch nicht gefestigte Subkultur-Szene ausüben, sind in einstigen regionalen Hochburgen der Szene nur noch Fragmente zu erkennen. Beispielhaft ist die Situation im Raum Kiel. Die dortige „Kameradschaft“ hat sich längst aufgelöst. Die Szene besteht nunmehr einerseits aus einem größtenteils bei der Polizei bekannten Kreis gewaltbereiter subkulturell geprägter Jugendlicher und andererseits einer ideologisch gefestigten Gruppe, die dem Kreisverband Kiel/Plön der NPD zugerechnet werden kann. Aufgrund unterschiedlicher sozialer Hintergründe und Politikvorstellungen gibt es zwischen diesen Strömungen aber kaum Berührungspunkte.

Auch im Raum Rendsburg gibt es derzeit nur rudimentäre neo-nationalsozialistische Strukturen. Den nach wie vor dort lebenden gewaltbereiten Aktivisten mangelt es sowohl an entsprechender Anleitung, aber offensichtlich auch am Willen zu zielgerichteter politischer Arbeit. Freizeitgestaltung im Kreise Gleichgesinnter genießt derzeit einen höheren Stellenwert.

Die weiterhin amorphe Situation der Szene zeigte sich auch im südöstlichen Schleswig-Holstein. Dort hatte sich für einige Monate eine Art „Kameradschaft“ etabliert. Gegen Ende des Jahres zeigten sich allerdings schon wieder Auflösungstendenzen.

Kreis Dithmarschen

Die „Nationale Aktionsfront Dithmarschen“ (NAD) hat ihre besondere Rolle in der schleswig-holsteinischen Kameradschafts-Szene behauptet. Die seit Jahren in Dithmarschen vorhandene rechtsextremistisch orientierte Subkultur-Szene konnte seit dem Frühjahr 2005 durch eine Initiative aus der Region stammender Aktivisten des neo-nationalsozialistischen „Aktionsbüro Norddeutschland“ zu planmäßiger politischer Arbeit veranlasst werden. Die Mitte 2006 unter der Bezeichnung „Nationale Aktionsfront Dithmarschen“ zusammengeschlossenen Gruppierungen aus Brunsbüttel (ehemals „Nationaler Widerstand Brunsbüttel“) und dem Raum Heide (ehemals „Freier Widerstand Dithmarschen“) trafen sich im Berichtsjahr regelmäßig und wurden, unter anderem durch das Aufgreifen „sozialer Themen“, auch öffentlich aktiv. Es gab Hinweise darauf, dass die Dithmarscher „Kameradschaft“ beabsichtigte, sich aktiv in die dortige Bewegung gegen die Kreisgebietsreform einzubringen. Der größte Teil der NAD-Aktivisten ist der Polizei seit Jahren bekannt. Durch ihren langen Vorlauf in der Szene verfügen die Kameradschafts-Mitglieder über eine gefestigte rechtsextremistische Weltanschauung, die sie in die Lage versetzt, selbstbewusst auch nach außen gerichtete Aktivitäten zu betreiben. Dabei kam den Protagonisten der NAD zu Hilfe, dass erst gegen Ende des Jahres 2006 nennenswerter öffentlicher Widerstand festzustellen war. Politisch ist die „Kameradschaft“ offen gegenüber allen Facetten des Rechtsextremismus und ist ideologisch nicht auf bestimmte rechtsextremistische Strömungen fixiert. Auch wenn der Gründungsimpuls von „Freien Nationalisten“ ausgegangen ist und Neo-Nationalsozialisten den Zusammenschluss dominieren, arbeitet sie vorbehaltlos mit dem NPD-Bezirksverband Westküste (Dithmarschen/Steinburg/Pinneberg) zusammen. Außerdem bietet sie der Subkultur die Möglichkeit, im Kreise Gleichgesinnter rechtsextremistische Musik zu hören und sich auszutauschen. Diese Offenheit für alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus propagiert die NAD offensiv auf ihrer seit Ende September betriebenen Internetseite. In einem am 22. Dezember eingestellten Beitrag mit der Überschrift „Werde aktiv in Deiner Stadt“ heißt es hierzu:

„(...) unterstütze unseren nationalen Kampf. (...) Nationalist sein heißt (...) mittels div. politischer Aktivitäten unsere Alternativen zum jetzigen

abgewirtschafteten System dem Volk nahe zu bringen. Es gibt viele Möglichkeiten, mit uns zusammen politisch aktiv zu werden, (...)
Also melde Dich!!!“
(Schreibweise wie im Original)

Durch eine zum 1. November angemietete ehemalige Gaststätte in Neufeld bietet die NAD der Szene inzwischen auch die Möglichkeit, an rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten teilzunehmen. Am 9. Dezember wurde das erste von NAD-Aktivisten geplante rechtsextremistische Skinhead-Konzert durchgeführt. Drei rechtsextremistische Musikgruppen spielten vor rund 120 Rechtsextremisten aus dem gesamten norddeutschen Raum. Die „Kameradschaft“ feierte die Durchführung der Musikveranstaltung, die in der überregionalen Medienberichterstattung breiten Raum einnahm, als Erfolg und organisierte in der Folge bereits im Januar 2007 zwei weitere Konzerte. Neben der Stabilisierung der vorhandenen Szene besteht mit der Durchführung der Konzerte die Gefahr, dass politisch noch nicht gefestigte Jugendliche an den Rechtsextremismus herangeführt werden könnten. Die Szene in Dithmarschen wird ein Beobachtungsschwerpunkt des Verfassungsschutzes bleiben.

Lübeck

Wie auch schon im Jahr 2005 gehörte der Großraum Lübeck im Berichtsjahr zu einem der regionalen Schwerpunkte in Schleswig-Holstein. Verantwortlich für diese Entwicklung war in erster Linie der Mitte 2005 gegründete NPD-Kreisverband Lübeck/Ostholstein unter der Führung des Neo-Nationalsozialisten Jörn Lemke. Diesem gelang es, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen mit einer gewissen Regelmäßigkeit stattfinden zu lassen. So erfolgte bereits am 30. Januar eine durch „nationale Aktivisten mit Unterstützung der NPD Lübeck“ organisierte Gedenkveranstaltung auf dem Lübecker Ehrenfriedhof zum Untergang der „Wilhelm Gustloff“. Am 18. März fand dann in der Lübecker Innenstadt mit 40 bis 50 Teilnehmern eine Auftaktveranstaltung zur „Kampagne gegen den alliierten Bombenterror“ statt. Aufgerufen wurde zur Teilnahme an einer für den 1. April angemeldeten Demonstration. Unter dem Motto „Blumen für die Bombenopfer - Abscheu für die Täter“ folgte am 28. März ein „Arbeitseinsatz auf dem Lübecker Ehrenfriedhof“, in dessen Verlauf „eine Gruppe nationaler Aktivisten“ unter anderem die Gedenkstätte säuberte.

An dem am 1. April unter dem Motto „Bomben für den Frieden? Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ durchgeführten Gedenkmarsch nahmen etwa 200 Angehörige des rechtsextremistischen Spektrums teil. Es war nicht nur für die Lübecker Szene die bedeutendste rechtsextremistische Veranstaltung des Jahres in Schleswig-Holstein. Aufgrund der zum Teil massiven Behinderungen durch bis zu 3.000 Gegendemonstranten, darunter mehrere hundert Personen aus dem linksextremistischen Spektrum, konnte sie nur teilweise auf der angemeldeten Marschroute durchgeführt werden. Neben schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten waren auch Teilnehmer aus anderen Bundesländern, so aus Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen, angereist. In mehreren Veröffentlichungen im Internet wurde der Marsch trotz der hinzunehmenden Einschränkungen als Erfolg gewertet. Noch auf der Abschlussveranstaltung kündigte der Veranstalter an, künftig in jedem Jahr einen Gedenkmarsch in Lübeck durchzuführen. Massive Kritik wurde dagegen am Verhalten der Polizei geäußert (siehe dazu unter Nr. II 2.3).

Am 17. Juni veranstalteten etwa 30 Personen, die in einem Kommentar auf einer neo-nationalsozialistischen Internet-Seite als „Aktivisten des nationalen Widerstandes“ bezeichnet wurden, „an der ehemaligen Zonengrenze“ eine zweistündige Mahnwache zum Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, in deren Verlauf verschiedene Redner auftraten und Flugblätter verteilt wurden. In einem Redebeitrag wurde unter anderem festgestellt:

„Der Weg zur Freiheit und Selbstbestimmung ist der Volksaufstand!
Der Weg zur Freiheit und Selbstbestimmung ist der Nationalismus!
Denn nur der Nationalismus ist das einzige natürliche Bollwerk gegen
jede Form der internationalen Ausbeutung und Fremdherrschaft!“

Die nachfolgende Zeit stand dann ganz im Zeichen der bevorstehenden Landtagswahl am 17. September in Mecklenburg-Vorpommern und war von einer erhöhten Betriebsamkeit innerhalb der rechten Szene geprägt. Mit teilweise hohem persönlichem Engagement unterstützte insbesondere der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Lübeck/Ostholstein den NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Neben diversen Informationsständen vor allem im nordwestlichen Mecklenburg suchte man am 4. September auch eine Wahlkampfveranstaltung in Grevesmühlen auf,

an der der bayerische Innenminister teilnahm. Nach mehreren Störungen und Zwischenrufen wurde den NPD-Aktivisten Hausverbot erteilt. Der NPD-Kreisvorsitzende kommentierte die unterstützenden Aktivitäten seines Kreisverbandes in der NPD-Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“ unter der Überschrift „Wahlkampfhilfe und Spaß dabei“. Er schloss seinen Artikel mit den Worten: „Dem Einzug in den Landtag scheint nichts mehr im Wege zu stehen; und wir werden den Wahlkampf auch weiterhin mit Arbeitseinsätzen unterstützen.“

Daneben fand am 17. August das alljährliche Gedenken an Rudolf Heß statt, bei dem sich etwa 30 Rechtsextremisten zu einer Kranzniederlegung zusammenfanden. Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine kurze Spontandemonstration, mit der die Teilnehmer gegen das Verbot der zentralen Gedenkveranstaltung in Wunsiedel (Bayern) protestieren wollten.

Eine weitere erwähnenswerte Aktion wurde am 19. November auf dem Lübecker Ehrenfriedhof durchgeführt. Etwa 15 NPD-Angehörige und „Freie Nationalisten“ aus Lübeck beteiligten sich an der schon obligatorischen Kranzniederlegung zu Ehren der Gefallenen der beiden Weltkriege.

Neumünster

Der „Club 88“ in Neumünster ist seit mittlerweile mehr als zehn Jahren ein über die Landesgrenzen hinaus bekannter Treffpunkt für Angehörige der rechtsextremistisch orientierten Subkultur-Szene und Neo-Nationalsozialisten. Die Zusammensetzung des Besucherkreises hat sich in den letzten Jahren auffallend verändert. Häufig wird der Club nun von jüngeren Personen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren aus der subkulturellen Skinhead-Szene aufgesucht. Die Zahl ideologisch gefestigter Stammgäste scheint dagegen rückläufig zu sein. Bei den älteren Neo-Nationalsozialisten und auswärtigen Besuchern ist, wie schon in den vergangenen Jahren, ein anhaltender Abwärtstrend erkennbar. Um der damit verbundenen Gefahr zu begegnen, den Club wegen ausbleibender Gäste und Einnahmen schließen zu müssen, gibt es seit längerer Zeit einen „Unterstützerkreis“. Dieser bemüht sich, durch die Sammlung von Spenden und die Werbung weiterer Mitglieder das Bestehen des „Club 88“ sicherzustellen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass dem „Club 88“ mit einer anderen Gaststätte in Neumünster inzwischen Konkurrenz erwachsen ist. Für eine hohe Anzie-

hungskraft scheint dort die Nähe zu einem von politischen Gegnern besuchten Jugendzentrum zu sorgen. In den Jahren 2005 und 2006 ist es regelmäßig zu meist politisch motivierten körperlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gästen beider Einrichtungen gekommen. Aufgrund dieser Entwicklung wurden im Jahr 2006 insgesamt nur wenige Aktionen im „Club 88“ durchgeführt, die zudem von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden. Zu nennen sind hier die Liederabende am 14. April mit der Gruppe „Fylgjen“ aus Berlin und am 19. August mit dem Wilhelmshavener Liedermacher-Duo „Frei & Stolz“. Die Besucherzahlen lagen jeweils deutlich unter 100 Personen.

Herausragendes Ereignis war wiederum die alljährlich stattfindende „Geburtstagsfeier“ des „Club 88“ am 30. September. Diese Veranstaltung wurde im Vorwege ausgiebig beworben, so dass im Laufe des Abends mehr als 500 Gäste aus der gesamten Bundesrepublik und zum Teil sogar aus Dänemark anreisten. Die Veranstaltung verlief störungsfrei. Im Vorwege im Internet angekündigte Gegenveranstaltungen aus dem Kreis der örtlichen linken Szene fanden nicht statt. Im Vergleich zum Jahr 2005 konnte die Zahl der Besucher um mehr als 100 Personen gesteigert werden. Demgegenüber ist die Zahl der in Neumünster selbst aktiven Rechtsextremisten seit Anfang 2006 deutlich zurückgegangen. Das Mobilisierungspotenzial für die Teilnahme an politischen Veranstaltungen und Aktionen lag unter Einbeziehung der Angehörigen des NPD-Kreisverbandes bei nicht mehr als 40 bis 50 Personen.

Kreis Ostholstein

Nach wie vor sind in einigen Teilen des Kreises Ostholstein aktionistisch geprägte Rechtsextremisten aktiv. Der harte Kern dieser Gruppe scheint derzeit allerdings nur aus zehn Personen zu bestehen. Wie in den Vorjahren bildete der Großraum Neustadt/Pelzerhaken den örtlichen Schwerpunkt. Hier kam es zu mehreren Verteil- und Klebeaktionen, bei denen jeweils Propagandamaterial verteilt bzw. an Straßenschilder und Laternenmasten geklebt wurde. Beispielhaft ist hier ein im April verteiltes Flugblatt der NSDAP/AO mit der Aufschrift „Die Juden sind unser Unglück“ und „Nieder mit dem Bolschewismus“.

3.2 Parteien

3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Seit der im Jahr 1996 erfolgten Wahl des Politologen Udo Voigt zum Bundesvorsitzenden, der sich eine stetige Öffnung gegenüber Neo-Nationalsozialisten anschloss, ist die NPD wieder zur dominierenden Kraft im deutschen Rechtsextremismus geworden. Das gilt nicht nur wegen des in dieser Zeit von 3.500 auf 7.000 erhöhten Mitgliederbestandes, sondern insbesondere durch die herausragende Position der NPD in dem so genannten Volksfront-Bündnis, das sie gemeinsam mit führenden Neo-Nationalsozialisten und der „Deutschen Volksunion“ betreibt. Eine entsprechende Dominanz ist im schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus erkennbar. Auch hier hat sich die Mitgliederzahl in etwa verdoppelt und liegt nun bei 240 Personen.

Die Politik der NPD ist nach wie vor durch die bereits 1997 von Udo Voigt proklamierte Drei-Säulen-Strategie geprägt. Hierbei handelt es sich um den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Wähler“ und den „Kampf um die Köpfe“. Da der an Kampfformen des historischen Nationalsozialismus angelehnte „Kampf um die Straße“ als wesentlicher Grund für das später abgebrochene Parteiverbotsverfahren gegen die NPD galt, ist es nachvollziehbar, dass zur Vermeidung eines neuerlichen Verfahrens der „Kampf um die Wähler“ derzeit die Priorität für die Parteiführung hat. Dass die Teilnahme an Wahlen allerdings für die NPD nur eine Übergangsphase auf ihrem angestrebten Weg in die Parlamente ist, wird an einer Äußerung des inzwischen zum Fraktionsvorsitzenden der NPD im mecklenburg-vorpommerschen Landtag gewählten Udo Pastörs deutlich. Er erklärte in einem vor der dortigen Landtagswahl geführten Interview in einer bedeutenden Illustrierten:

„Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten, wach werden, dann sehen die, dass die Axt kommt, dass man das bis aufs Gesunde herausseziert. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen.“

Pastörs' Einlassungen erwecken Assoziationen zu einem oft zitierten Beitrag, in dem Joseph Goebbels im Jahr 1928 ohne Umschweife die Ziele der Nationalsozialisten nannte:

„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahm zu legen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache. (...) Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren. Wenn es uns gelingt, bei diesen Wahlen sechzig bis siebzig Agitatoren und Organisatoren unserer Partei in die verschiedenen Parlamente hineinzustecken, so wird der Staat selbst in Zukunft unseren Kampfapparat ausstatten und besolden. (...) Auch Mussolini ging ins Parlament. Trotzdem marschierte er nicht lange darauf mit seinen Schwarzhemden nach Rom. (...) Man soll nicht glauben, der Parlamentarismus sei unser Damaskus. (...) Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir. Jetzt seid Ihr nicht mehr unter Euch! Und so werdet Ihr keine reine Freude an uns haben!“

Pastörs' Äußerung kann nicht als einmalige Entgleisung verharmlost werden, denn auch andere Funktionäre lassen regelmäßig erkennen, dass die NPD beabsichtigt, den freiheitlichen Rechtsstaat durch eine völkisch geprägte Diktatur zu ersetzen. Udo Voigt hatte schon nach der sächsischen Landtagswahl im Jahr 2004 in einem Zeitungsinterview verkündet:

„Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat.“

Seine Einlassung nach der Landtagswahl im September in Mecklenburg-Vorpommern, der Parlamentarismus der Bundesrepublik könne nicht das Endstadium sein, konnte daher nicht überraschen. Sie wurde durch Pastörs noch ergänzt. Nach Presseberichten erklärte dieser auf die Frage, ob er auf der Grundlage der Verfassung stehe oder das bestehende System überwinden wolle, dies sei eine Frage der Rahmenbedingungen, die eine Verfassung dem Volk auferlege. Wenn das Überleben des Volkes bedroht sei, wäre es unvernünftig, die Verfassung als „heilige Kuh“ zu betrachten. Auf die Frage, wie die Verfassung denn überwunden werden könne, habe Pastörs geantwortet, dies sei nur möglich, wenn man Mehrheiten finde. Es gebe aber auch unvorhergesehene Ereignisse, die dann keiner Mehrheitsbeschlüsse mehr bedürften. Derartige Einlassungen zeigen, dass die NPD an einer legalen, verfassungskonformen Ausübung einer parlamentarischen Opposition allenfalls mittelbares

Interesse hat, daneben aber auf das Eintreten instabiler politischer Verhältnisse in Deutschland setzt, um in jedem Fall die Macht zu ergreifen.

Die NPD ist gegenwärtig in zwei Landesparlamenten vertreten. Nach dem 2004 in Sachsen erzielten Wahlerfolg errang sie bei der Landtagswahl am 17. September in Mecklenburg-Vorpommern 7,3 % der Stimmen und sechs Mandate. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl verbesserte sie sich um 6,5 und im Vergleich zur Bundestagswahl um 3,8 Prozentpunkte.

Bei der Landtagswahl am 26. März in Baden-Württemberg erzielte die Partei 0,7 %. Obwohl sie ihr Ergebnis gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl nahezu vervierfachte, verfehlte sie ihr Hauptziel, mindestens 1 % der Stimmen und damit Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung zu erhalten. Ursächlich für das aus Sicht der Partei enttäuschende Ergebnis dürften landesspezifische Querelen um den früheren Landes- und ehemaligen Parteivorsitzenden Günter Deckert gewesen sein. In Rheinland-Pfalz erreichte die NPD bei den ebenfalls am 26. März durchgeführten Landtagswahlen 1,2 % und konnte das Ergebnis gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl (0,5 %) mehr als verdoppeln.

Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. September erzielte die Partei 2,6 %. Damit verbesserte sie sich gegenüber der vorangegangenen Wahl um 1,7 Prozentpunkte. Bemerkenswert sind die Unterschiede in den Wahlbezirken: Im Osten erreichte sie 4,0 % und im Westen nur 1,7 %. Auch in Berlin kam die NPD in den Genuss der staatlichen Teilfinanzierung. Außerdem zog sie dort in vier Bezirksverordnetenversammlungen ein.

Aufgrund der relativen Wahlerfolge der Partei und der Beständigkeit seines „Volksfront“-Kurses war es nicht verwunderlich, dass Udo Voigt am 11./12. November in Berlin mit rund 95 % der Stimmen als Parteivorsitzender bestätigt wurde. Durch die Wahl weiterer dem neo-nationalsozialistischen Lager zuzurechnender Personen ist deren Einfluss im Bundesvorstand gestiegen. Von besonderer Bedeutung für Norddeutschland ist dabei, dass der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger und Thomas Wulff (früher Hamburg, jetzt Mecklenburg-Vorpommern), seit vielen Jahren eine Schlüsselfigur der neo-nationalsozialistischen Szene, nunmehr als Beisitzer dem Bundesvorstand angehören.

Bereits am 29. Januar wurde in Schleswig-Holstein ein neuer Landesvorstand gewählt. Auch hier verfestigte sich der neo-nationalsozialistische Einfluss. Die 240 Mitglieder sind in sechs Kreisverbänden organisiert.

In der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit war die NPD trotz ihrer steigenden Bedeutung kaum wahrzunehmen. Dass derartige Auftritte die personellen Kapazitäten der Partei zurzeit überfordern, zeigte sich bei einer am 9. Juni vom Kreisverband Kiel/Plön angemeldeten Kundgebung mit dem Thema „Rechtsstaat oder Willkür“ in Kiel: Es konnten lediglich sechs Teilnehmer gezählt werden. Auch bei anderen öffentlichen Auftritten der Partei wurde deutlich, dass diese allein kaum mehr als 30 Personen mobilisieren kann. Lediglich an geschlossenen Veranstaltungen nahmen bis zu 100 Personen teil.

Insofern erscheint es konsequent, dass sich die NPD in Schleswig-Holstein zur Darstellung in der Öffentlichkeit vorwiegend ihrer eigenen Medien bedient. Im Berichtsjahr erschienen fünf Ausgaben der „Schleswig-Holstein-Stimme“. Hier erscheinen in gedruckter Form Artikel, die häufig vorher auf einer der Internet-Seiten der Partei veröffentlicht wurden. Neben der Seite des Landesverbandes unterhalten auch die Kreisverbände eigene Internet-Auftritte. Öffentlich bestreitet die schleswig-holsteinische NPD vehement eine verfassungsfeindliche Zielsetzung. Demgemäß ist sie bemüht, allzu offensichtlich gegen die Verfassung gerichtete Aussagen in ihrer durch landespolitische Themen geprägten Agitation zu vermeiden. Der Abdruck eines Hakenkreuzes in der Mai-Ausgabe der „Schleswig-Holstein-Stimme“ bildete eine Ausnahme. Die Nähe der NPD zu den Neo-Nationalsozialisten wird aber nicht nur durch die unter Nr. II 2.1. bis 2.3 beschriebenen Bestrebungen, sondern auch durch sonstiges Verhalten innerhalb des Landesverbandes belegt. Exemplarisch hierfür ist die Internet-Seite des Kreisverbandes Kiel/Plön. Neben Propagandamaterialien der NPD werden auch solche des neo-nationalsozialistischen „Aktionsbüro Norddeutschland“ (siehe dazu unter Nr. II 3.1) zum Herunterladen angeboten. In der Erläuterung heißt es dazu:

„Alle Vorlagen sind bestens geeignet, in kleinen Auflagen am heimischen PC ausgedruckt zu werden, wenn beispielsweise zu wenig Infomaterial für einen geplanten Infostand vorhanden ist.“

Bedeutsam erscheint dieses Angebot insbesondere dadurch, dass neo-national-sozialistische Propagandamaterialien ausdrücklich für die öffentliche Darstellung der NPD verwendet werden sollen. Unter der Rubrik „Termine“ enthält die Internet-Seite schließlich den Hinweis, „weitere nationale Termine und Veranstaltungen finden Sie auf der Seite des Aktionsbüros Norddeutschland“.

Darunter findet sich ein durch eine Grafik besonders hervorgehobener Verweis auf die Internet-Seite „widerstandnord“, die als Seite des „Aktionsbüro Norddeutschland“ bezeichnet wird.

Im Übrigen ist die Partei bemüht, sich als eine Art Anwalt der kleinen Leute darzustellen. Aufgegriffen werden aktuelle Themen, mit denen die aus rechtsextremistischer Sicht unfähigen Politiker der etablierten Parteien diffamiert werden. Beispielhaft hierfür sind die in Ausgabe 5 der „Schleswig-Holstein-Stimme“ angekündigten Flugblätter zu den Themen Ladenschluss, Mehrwertsteuer und Gebietsreform. Insbesondere an der Westküste hoffte die NPD offenbar, die dortigen Proteste gegen die geplante Gebietsreform zur Verbreiterung ihrer Basis nutzen zu können. Eine Erklärung des Pressesprechers des Landesverbandes, Ingo Stawitz, wurde sogar umfangreich im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ kommentiert. Die Ausführungen lassen allerdings erkennen, dass es der NPD offensichtlich weniger um die Gebietsreform als um die Verbreitung klassischer rechtsextremistischer Stereotypen geht:

„Ingo Stawitz, Pressesprecher des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, nimmt die Gebietsreform zum Anlaß, um auf die undemokratische und letztlich volksfeindliche Politik der Lizenzparteien und ihrer schleswig-holsteinischen Ableger hinzuweisen. Ob nun D-Mark-Preisgabe, Umwandlung Deutschlands in ein unberechenbares Multi-Kulti-Land, Entsendung von Bundeswehr-Angehörigen in alle Welt oder im nördlichen Bundesland das ausgebreitete, weil erfolgreiche Volksbegehren gegen die ‚Rechtschreibreform‘ (...). Jetzt hole das Systemkartell ‚erneut zum Rundschlag aus und zwar in zweierlei Hinsicht‘: zum einen, was die Befürwortung der EU-Mitgliedschaft der asiatischen Türkei betreffe, zum anderen bei der für Schleswig-Holstein geplanten Kreisgebietsreform. ‚Ob es sich um Bundespolitiker handelt oder wie im zweiten Fall um Landespolitiker, macht dabei keinen Unterschied. Das beiden Gemeinsame ist die undemokratische Gesinnung‘, erklärte Stawitz. (...) Stawitz trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er bemerkt, daß viele erst aufwachen, wenn der Feind sozusagen schon auf der Türschwelle steht. Die Bürgerinitiativen, seien sie nun gegen Mülldeponien, Moschee-Bauvorhaben oder Forensische Kliniken in der Nähe von Wohngebieten gerichtet, schossen in den vergangenen 20 Jahren in

deutschen Landen wie Pilze aus dem Boden. (...) Die Bächen ähnelnden lokalen Widerstandsbewegungen könnten dereinst zu einem Strom anschwellen, der das System nicht nur ins Wanken, sondern zum Einsturz bringt.“

(Schreibweise wie im Original)

Stawitz bringt es in seiner Erklärung fertig, fast die ganze Palette hinlänglich bekannter Agitationsschwerpunkte von Rechtsextremisten unterzubringen. Es ist erstaunlich, dass es ihm hierbei scheinbar mühelos gelingt, die beabsichtigte Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein, die Rechtschreibreform und die Diskussion über den EU-Beitritt der Türkei miteinander zu verknüpfen. Auf die Themenauswahl kommt es auch nicht an. Es geht grundsätzlich nur darum, das bestehende politische System zu diffamieren.

3.2.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Der seit Jahren feststellbare Abwärtstrend bei den Mitgliederzahlen setzte sich auch im Jahr 2006 fort. Auf Bundesebene liegen sie mittlerweile nur noch bei 8.500 Personen. Damit verlor die Partei innerhalb von zwei Jahren über 20 % ihrer Mitglieder. Dieser Rückgang korrespondierte auch mit der Entwicklung in Schleswig-Holstein. Hier umfasst der Mitgliederbestand nunmehr etwa 300 Personen. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl damit halbiert. Dieser Rückgang spiegelt auch die - zumindest in Schleswig-Holstein - zurückgehende politische Bedeutung der DVU wider. Ursächlich hierfür dürften die Folgen der autokratischen Amtsführung des Parteigründers und Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey (München) sein. Eine Einbindung der Landesverbände in die politischen Entscheidungsprozesse der Partei war nicht auszumachen. Den DVU-Mitgliedern vor Ort wird nach wie vor nur wenig Möglichkeit geboten, sich in die Parteiarbeit einzubringen. Den meisten Parteimitgliedern bleibt einzig die Teilnahme an den wenigen von der Bundespartei initiierten Großveranstaltungen.

Im Jahr 2006 nahm die DVU als Ergebnis des mit der NPD geschlossenen „Volksfront“-Bündnisses, das auch als „Deutschlandpakt“ bezeichnet wird, nur an den Landtagswahlen am 26. März in Sachsen-Anhalt teil. Unter anderem wegen des hierbei erreichten Wahlergebnisses von lediglich 3,0 % forderte der stellvertretende NPD-Vorsitzende Peter Marx im August, den „Deutschlandpakt“ neu zu verhandeln. Da die NPD für die Landtagswahlen am 17. September in Mecklenburg-Vorpommern ein

gutes Wahlergebnis erwarte, müsse anschließend mit der DVU darüber verhandelt werden, ob nicht die NPD anstelle der DVU auch in Thüringen zur Landtagswahl 2009 antreten solle, zitierte die „Berliner Zeitung“ den NPD-Funktionär. Die Aussagen verdeutlichen, dass die anhaltenden Wahlerfolge der NPD ihre Position im Bündnis stärken und sie an Selbstsicherheit gewinnen lassen. Gewissermaßen folgerichtig ist ein damit einhergehender Verlust an Gewicht und Einflussmöglichkeiten der DVU festzustellen.

In Schleswig-Holstein tendierten die DVU-Aktivitäten gegen Null. Weder trat der im Jahr 2005 neu gewählte Landesvorstand an die Öffentlichkeit noch fanden regelmäßige Treffen auf Kreisebene statt. Einzig im Innenstadtbereich von Neumünster erfolgte im November eine räumlich begrenzte Verteilung von DVU-Informationsmaterial („National-Zeitung“ sowie Flugblätter). Ansonsten wurde die DVU im Berichtszeitraum in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.

3.3 Sonstige rechtsextremistische Organisationen

3.3.1 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Nach den überwiegend in den Jahren 1992 bis 1995 ausgesprochenen Vereinsverboten gegenüber neo-nationalsozialistischen Vereinen wurde die im Jahr 1979 gegründete, bundesweit tätige HNG zur zahlenmäßig größten Vereinigung in diesem Spektrum. Nach wie vor zählt die Organisation auf Bundesebene etwa 600 Mitglieder, darunter rund 35 Personen aus Schleswig-Holstein. Diese gehören etwa zu gleichen Teilen der NPD oder organisationsunabhängigen Rechtsextremisten, den Neo-Nationalsozialisten sowie den Skinheads an. Nach außen gerichtete Aktivitäten der Mitglieder waren auch im Jahr 2006 nicht zu verzeichnen. Aktivitäten gehen offenbar ausschließlich von der Vorsitzenden und einem kleinen Kreis ihrer engsten Vertrauten aus. Trotzdem hat die HNG innerhalb der auseinander driftenden neo-nationalsozialistischen Szene eine nicht zu unterschätzende integrative Funktion. Diese Feststellung ist umso beachtlicher, als die HNG den überwiegenden Teil der inhaftierten Rechtsextremisten nur ideell unterstützt. Dies geschieht unter anderem durch die monatlich erscheinende Vereinspublikation „Nachrichten der HNG“, die in der Hauptsache dazu dient, inhaftierte Rechtsextremisten ideologisch zu festigen und zu verhindern, dass sie sich während der Haftzeit aus der rechtsextremistischen Szene

lösen. Dadurch soll nach einer Haftentlassung eine unmittelbare und nahtlose Integration in die rechte Szene ermöglicht werden. Auch die Veröffentlichung der Namen von „nationalen Gefangenen“, die regelmäßigen Briefkontakt wünschen, dient in erster Linie diesem Zweck.

3.3.2 „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“

Unter dem Namen „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“ firmieren in Süddeutschland seit Jahren zwei eigenständige rechtsextremistische Gruppierungen, die jedoch regen Kontakt und Austausch untereinander pflegen. Eine dieser Gruppen wurde 1989 als „Vorfeldorganisation der NPD“ gegründet. Die an sich durchaus nicht rechtsextremistische Losung „Ein Herz für Deutschland“ wird seit Jahren von der NPD für propagandistische Zwecke verwendet. Die Partei hat nach eigenen Bekundungen „zehntausende“ derartige Aufkleber anlässlich der Fußballweltmeisterschaft verteilt. Nicht nur aufgrund der namentlichen Übereinstimmung werden Parallelen mit einem im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein gegründeten Verein gesehen. Nach der Vereinssatzung des hiesigen „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“ soll Zweck des Vereins sein, Spendenaufrufe zu veranstalten und Spenden zu sammeln. Die so gesammelten Mittel sollen an Verbände, Vereine und politische Parteien verteilt werden. Die Satzung lässt auch den zu erwartenden Nutznießerkreis des Vereins erahnen. Während die dort als Zweck genannte „Förderung des heimischen Kulturguts“ und „die Pflege der deutschen Sprache“ nicht zu beanstanden sind, weist der Vereinszweck im Übrigen deutliche Übereinstimmungen mit rechtsextremistischen Forderungen auf. Zu nennen ist hier die Forderung nach einer „direkten“ Demokratie. Sie steht nicht im Einklang mit dem Parlamentarismus, der einen tragenden Grundsatz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstellt. Im Zusammenhang damit erscheint auch die Forderung nach dem „Erhalt rechtsstaatlicher Grundsätze“ oder der „Abwehr verfassungsfeindlicher Tendenzen“ als rechtsextremistisch motiviert. Für sich gesehen sind auch diese Forderungen durchaus nicht extremistisch. In der Gesamtbetrachtung ergeben sich hier aber Parallelen zur Agitation anderer rechtsextremistischer Gruppen, die dem parlamentarisch verfassten Rechtsstaat regelmäßig Unredlichkeit unterstellen. Die Vereinssatzung beschränkt den Empfängerkreis der vom Verein gesammelten Mittel faktisch auf Organisationen mit identischer Zielsetzung. Ein eingetragener Verein hätte die Möglichkeit, unter Nutzung der aus der Ge-

meinnützigkeit resultierenden Steuervorteile rechtsextremistische Organisationen zu unterstützen.

4 Rechtsextremistisches Schrifttum und Verlagswesen

Zu den Verlagen, die in Schleswig-Holstein auch oder überwiegend rechtsextremistische Publikationen anbieten, gehören der „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur“ (Viöl, Kreis Nordfriesland) und die „Versandbuchhandlung Gisela Stiller“ (Stafstedt, Kreis Rendsburg-Eckernförde).

Die mit Abstand größte, auch bundesweite Bedeutung hat der in Martensrade (Kreis Plön) ansässige „Arndt-Verlag“. Das Verlagsprogramm ist durch revisionistische Literatur geprägt. Angeboten werden unter anderem Bücher des britischen Holocaust-Leugners David Irving über „Geheimwaffen“ des Dritten Reiches und den Untergang Dresdens. In einem in 2006 veröffentlichten Prospekt des dem Verlag angeschlossenen Buchdienstes „Lesen & Schenken“ wird für die Bücher des seit 2005 für längere Zeit inhaftierten Irving kämpferisch geworben: „Irving in Haft - jetzt erst recht seine Bücher verbreiten!“. Bücher wie „Der Mann des Jahrhunderts - Meinungsstreit um Adolf Hitler“ und die Bildbände „Hitlers Neue Reichskanzlei“ und „Reichsparteitag 1938 - Großdeutschland“ zeigen eine ausgesprochen unkritische Haltung gegenüber der Zeit des Nationalsozialismus. Offenkundig soll hierdurch versucht werden, den Lesern ein positives Bild über den Terror der Nationalsozialisten zu vermitteln. Des Weiteren werden über den Buchdienst neben Büchern, CDs der Gegenwart (z. B. Produktionen der rechtsextremistischen Skinhead-Gruppen „Sturmwehr“ und „Kraftschlag“) sowie Geschenkartikel mit Bezug zum Dritten Reich angeboten. Zu dem Unternehmenkomplex gehören der „Bonus-Verlag“, der „Orion-Heimreiter-Verlag“ und der „Pour-le-Mérite-Verlag“, bei denen auch nicht rechtsextremistische Autoren veröffentlichen, sowie neuerdings die „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ). Die DMZ, in der zunehmend revisionistische Artikel veröffentlicht werden, wurde unter anderem für die Verbreitung des Verlagsprospektes von „Lesen & Schenken“ verwendet. Außerdem werden regelmäßig Werbeanzeigen für Druckerzeugnisse des „Arndt-Verlages“ und anderer rechtsextremistischer Verlage veröffentlicht.

Auch der in Burg (Kreis Dithmarschen) ansässige Buchhändler Tim Schatowitz, der sich seit etwa zehn Jahren verlegerisch betätigt, setzte seine Geschäfte fort. Seit Dezember 2005 betreibt er hierzu die „Faktum Verlag GmbH“.

5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2004 bis 2006

	2004	2005	2006
NPD/JN	140	220	240
DVU	450	400	300
„Die Republikaner“	50	40	keine Erkenntnisse
Sonstige			
• nicht neo-nationalsozialistische Rechtsextremisten	60	60	60
• überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten	90	90	90
Gewaltbereite, insbesondere Skinheads	660	660	660
Gesamt Land *	1.430	1.350	1.350
Gesamt Bund **	40.700	39.000	38.600

* Nach Abzug so genannter Doppelmitgliedschaften

** Hierin sind auch die „Republikaner“ enthalten

III. Linksextremismus

1 Überblick

Die Lage im linksextremistischen Bereich wurde im Berichtsjahr zunehmend durch die Vorbereitung von Protestaktionen der Szene gegen den G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) bestimmt. Das Thema begann als Hauptagitations-, aber auch Hauptaktionsfeld eine Dynamik zu entwickeln, die alle anderen „klassischen“ linksextremistischen Aktionsfelder zwar nicht verdrängte, aber immer mehr vereinnahmte. Bereits im Jahr 2005 hatten verschiedene Gruppen der linksextremistischen Szene erste Planungen für Aktionen, wie z. B. Demonstrationen und Blockaden, begonnen. Daneben entwickelte sich eine so genannte militante Kampagne, die bereits 2006 zu einer Vielzahl von Straftaten führte. Allein 13 Brandanschläge, davon zwei in Schleswig-Holstein, standen in einem Begründungszusammenhang mit dem G-8-Gipfel. Schwerpunkte dieser Aktionen waren die Großräume Hamburg und Berlin.

Linksextremisten sind erklärte Gegner der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland, die sie als von Rassismus und Faschismus geprägten Kapitalismus diffamieren. Je nach ideologisch-politischer Orientierung - revolutionär-marxistisch oder anarchistisch - haben sie sich als Ziel ein totalitäres kommunistisches System oder eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ (Anarchie) gesetzt. Folgerichtig sollen politische Aktivitäten und Kampagnen dazu geeignet sein, diesen Zielen schrittweise näher zu kommen. In den Bereichen des dogmatischen sowie des eher organisierten undogmatischen Linksextremismus wird mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen zudem die Hoffnung verbunden, eine Stärkung der systemkritischen Szene, insbesondere der eigenen Organisation, zu erzielen. Vor diesem Hintergrund sind die teils erheblichen Anstrengungen zu verstehen, die zur Vorbereitung und Planung von Aktionen gegen den G-8-Gipfel unternommen werden.

Im traditionellen Aktionsfeld von Linksextremisten, dem „Anti-Faschismus“, kam es bundesweit wiederum zur Bekämpfung rechtsextremistischer Veranstaltungen, insbesondere zur Verhinderung oder massiven Behinderung von Demonstrationen und Aufmärschen. Dabei wurde nicht selten Gewalt angewendet. Nach wie vor wird diese

Art der Vorgehensweise in weiten Teilen des linksextremistischen Lagers als durchaus legitimes und geeignetes Mittel angesehen.

Zum Ende des Berichtsjahres kam es im „Kampf um befreite Räume“ zu neuen Aktivitäten. Es entwickelte sich eine bundesweite Solidaritätskampagne für das von einer Räumung bedrohte autonome Jugendzentrum „Ungdomshuset“ in Kopenhagen (Dänemark). Im September und Dezember nahmen dort an gewalttätigen Demonstrationen auch etliche Angehörige der schleswig-holsteinischen Szene teil. Darüber hinaus fanden Solidaritätsbekundungen unter anderem in Kiel und Flensburg statt.

Andere Aktionsfelder - wie z. B. „Anti-Rassismus“ oder „Anti-Militarismus“ - spielten 2006 im linksextremistischen Bereich nur eine untergeordnete Rolle. Gelegentlich wurde versucht, eine Verknüpfung zum Hauptthema „Anti-Globalisierung“ herzustellen.

Auf Bundesebene hat sich die Anhängerschaft der Linksextremisten mit 30.700 Personen (2005: 30.600) nur sehr geringfügig erhöht. In Schleswig-Holstein liegt die Zahl seit einigen Jahren unverändert bei rund 820. Dabei entfallen auf den dogmatisch geprägten Linksextremismus im Lande etwa 500. Der „Deutschen Kommunistischen Partei“ sind davon rund 200 Personen zuzurechnen. Die gewaltbereite undogmatisch-linksextremistische Szene verfügt - wie im Vorjahr - landesweit über rund 320 Anhänger.

Im Jahr 2006 sind für Schleswig-Holstein 118 Straftaten (2005: 273), davon 41 Gewaltdelikte (2005: 86), im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität registriert worden. Dieser erhebliche Rückgang dürfte insbesondere darauf zurückzuführen sein, dass Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten nach der Landtagswahl 2005 deutlich abgenommen haben.

2 Schwerpunkt: Vorbereitung von Gegenmaßnahmen zum G-8-Gipfel in Heiligendamm

2.1 Entstehung und Ziele der Kampagne

In der Zeit vom 6. bis 8. Juni 2007 wird in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) das Treffen der Regierungschefs der acht wichtigsten Industriestaaten (G-8-Staaten)

stattfinden. Wie schon bei früheren Gipfeltreffen beabsichtigen Linksextremisten des gesamten Spektrums, gegen den Gipfel zu protestieren und ihn möglichst weitgehend zu behindern. Organisiert wird die Gesamtmobilisierung gegen das Gipfeltreffen von langjährig erfahrenen Aktivisten.

Bereits im Jahr 2004 bekundeten Linksextremisten verschiedener Ausrichtungen Interesse an der Planung anlassbezogener Proteste. So wurde im Rahmen einer Reihe von Informationsveranstaltungen im Vorfeld des G-8-Gipfeltreffens in Schottland im Sommer 2005 zunächst perspektivisch über den Aufbau regionaler Mobilisierungsstrukturen gegen das G-8-Treffen in Heiligendamm diskutiert.

Ziel war und ist es, das Gipfeltreffen nachhaltig zu stören, den Gipfel „zum Desaster“ zu machen. Den am Gipfeltreffen teilnehmenden Staaten wird seitens der linksextremistischen Szene die „Legitimität“ abgesprochen, Beschlüsse mit globalen Auswirkungen zu fassen. Der Protest der linksextremistischen Gipfelgegner ist als Teil ihres Kampfes für eine revolutionäre Überwindung unseres Gesellschaftssystems zu verstehen. In der „G8XTRA - Zeitung für eine Interventionistische Linke“ (Nr. 3) heißt es dazu auf den Seiten 1 und 3:

„In der Radikalisierung und Ausweitung all dieser Initiativen wird sich letztendlich auch die Frage nach einem Bruch mit dem klassenherrschaftlichen, patriarchalen, rassistischen und imperial(istisch)en System und die Eigentumsfrage stellen. (...) Ob und inwieweit der G8-Gipfel zum Bezugs- oder gar zum Kristallisationspunkt der Klassenauseinandersetzungen hier zu Lande gemacht werden kann, ist auch ein Maßstab für die momentane tatsächliche sozialrevolutionäre Bedeutung der radikalen Linken.“

Dabei wurde von Beginn an die Teilnahme und Einbindung nicht-extremistischer Gruppen und Initiativen zur Unterstützung der eigenen Ziele angestrebt. Eine möglichst breit gefächerte Mobilisierung stellt für Teile der Szene einen Ansatzpunkt dar, langfristig die Isolation innerhalb der Gesellschaft zu überwinden und neue Strukturen aufzubauen:

„Die Hoffnung ist, dass die Kampagne Effekte für eine aktionsfähige Linke in Deutschland zeigt, die also nicht nur auf den Sommer 2007 beschränkt sind, sondern darüber hinaus wirksam bleiben.“

2.2 Mobilisierungsströmungen

Das Spektrum der linksextremistischen Gipfelgegner reicht von trotzkistischen Gruppierungen wie „Linksruck“ über antiimperialistische Gruppen bis hin zur militanten autonomen Szene. Dementsprechend vielfältig sind die festzustellenden Mobilisierungsaktivitäten. Die Mobilisierung erfolgt bundesweit, aber auch international.

Es gibt zwei maßgebliche Mobilisierungsströmungen, die „Interventionistische Linke“ (IL) und „Dissent!“. Beide verfolgen unterschiedliche Bündnisstrategien. Einig sind sie sich zum einen darin, dass der Gipfel so weitgehend wie möglich gestört werden soll, zum anderen in dem Ziel einer eindeutigen „Delegitimierung“ der teilnehmenden Staaten.

Die IL fordert ein breites gesellschaftliches Bündnis, in das z. B. auch Gewerkschaften und Kirchenorganisationen einbezogen werden sollen.

„Dissent!“ strebt ebenfalls ein bundesweites, möglichst europäisches Bündnis an, das allerdings in der geforderten Anerkennung der „Eckpunkte“ des anarcho-sozialrevolutionären „globalen Netzwerkes Peoples' Global Action“ („PGA-Hallmarks“) seine Grenzen finden soll. Diese enthalten unter anderem die Ablehnung „aller Formen und Systeme von Herrschaft“ sowie den Aufruf „zu direkter Aktion und zivilem Ungehorsam“. „Dissent!“-Mitglieder haben Vorbehalte gegen das Mobilisierungsbündnis der IL gegen den G-8-Gipfel, da sie in einem breiten Protestansatz kein Mittel zur Systemüberwindung sehen.

2.2.1 Die „Interventionistische Linke“ (IL)

Die IL ist nach eigenen Angaben aus einem nach dem so genannten EU/WWG-Doppelgipfel im Mai/Juni 1999 in Köln gegründeten „Beratungstreffen“ entstanden. Ende Juli 2005 trat die IL, zu der Gruppen des autonomen Lagers und mehrere revolutionär-marxistische Organisationen gehören, im Internet mit dem „Aufruf zu gemeinsamen Aktionen gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm“ zum ersten Mal mit der Bezeichnung „Für eine interventionistische Linke“ auf. In dem Aufruf regt die IL die „Bildung eines breit angelegten Gesamtbündnisses“ an:

„Es geht daher darum schon jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, dass in zwei Jahren gemeinsam kraftvolle Tage des Widerstandes organisiert werden.“

(Schreibweise wie im Original)

Als „Grundkonsens“ wurden „die eindeutige Delegitimierung des G-8, die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen, ein solidarischer, verlässlicher Umgang miteinander (...) und eine klare und offensive Abgrenzung gegenüber (...) rechten Kräften“ vereinbart.

So genannte Aktionskonferenzen im März und November in Rostock (Mecklenburg-Vorpommern), an denen jeweils einige hundert Personen aus dem gesamten linken Spektrum teilgenommen haben, dienten der weiteren Vorbereitung. Verabredet wurde, dass das Gipfeltreffen in Heiligendamm unter anderem durch eine Großdemonstration, einen Gegengipfel, Camps, Blockaden und Kulturveranstaltungen möglichst nachhaltig gestört werden soll.

Anfang 2006 begann die IL, zunehmend Veranstaltungen zur Informationsverbreitung, aber auch zur Beschaffung finanzieller Mittel für die G-8-Kampagne durchzuführen. Hier hat sich aus Schleswig-Holstein insbesondere die auch über Ortsgruppen in Hamburg und Hannover verfügende Gruppierung „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ hervorgetan.

Unter dem Motto „ohne Moos nix los!“ wird in der „G8XTRA - Zeitung für eine Interventionistische Linke“ (Nr. 3) dazu aufgerufen, „zahlreich und großzügig für die G8-Mobilisierung“ zu spenden:

„Treffen & Konferenzen, Demonstrationen & Aktionstage (...), all das und noch viel mehr bereichert unser Leben, macht den Herrschenden hoffentlich Dampf unterm Hintern, zerrt aber auch an unseren Nerven und stürzt uns in den Bankrott.“

Entsprechende Aufrufe blieben nicht ohne Erfolg. So hieß es in einem Internet-Bericht:

„Die an der ‚Interventionistischen Linken‘ (IL) beteiligte Gruppe ‚Avanti - Projekt undogmatische Linke‘ hatte zur Soliparty geladen und die Kasse klingelte.“

Im Februar erschien die erste Ausgabe der „G8XTRA - Zeitung für eine Interventionistische Linke“, die bis Juni 2007 unregelmäßig und kostenlos erstellt werden soll. Sie wird von vier Redaktionen, die Publikationen des linksextremistischen Spektrums produzieren, herausgegeben. Im Berichtszeitraum erschienen zwei Ausgaben. Neben der Mobilisierung zu Protestaktionen soll die Zeitung dazu beitragen, „den großen Bogen zu wagen - die ‚Organisationsfrage‘ der alten, der neuen und der neu-neuen Linken in neuer Form diskutierbar zu machen“.

Ebenfalls zur Unterstützung und Finanzierung der Mobilisierung gegen den G-8-Gipfel ist eine CD mit 20 Liedern von ebenso vielen Musikgruppen mit dem Titel „Make Capitalism History!“ herausgebracht worden. Viele der auf der CD vertretenen Gruppen haben bereits in Schleswig-Holstein gespielt, zwei der Bands kommen aus Schleswig-Holstein. Alle Gruppen werden der linken Szene zugerechnet.

Trotz aller Anstrengungen konnte das von der IL angestrebte breite Bündnis allerdings bis Ende des Berichtsjahres noch nicht erreicht werden.

2.2.2 „Dissent!“

Der deutschsprachige Ableger des maßgeblich von militant ausgerichteten britischen Globalisierungskritikern zur Vorbereitung von Protesten gegen das G-8-Treffen im Juli 2005 in Schottland initiierten Netzwerkes „Dissent!“ hatte schon frühzeitig angekündigt, die Erfahrungen aus Schottland in die Vorbereitung der Proteste gegen das G-8-Treffen 2007 in Heiligendamm einfließen zu lassen:

„Der G8-Gipfel in Deutschland ist also eine gute Möglichkeit der ‚Gruppe der acht‘ zu zeigen für wen sie NICHT spricht. Zudem bietet der Gipfel viele Ansatzpunkte konkreter gesellschaftlicher Intervention. Nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern gibt es viele ‚Teilbereichsbewegungen‘, deren Arbeitsfelder auch mit der Politik der G8 zu tun haben: Gentechnik, Atom- und Energiepolitik, Privatisierung, Migrationspolitik, Rassismus, Militarisierung, Patriarchat etc.“
(Schreibweise wie im Original)

„Dissent!“ setzt sich fast ausschließlich aus linksextremistischen Gruppen zusammen. „Die Mobilisierung zum G8-Gipfel ist eine Chance für Vernetzung und intensiven Austausch von Ideen und Praxen“. Die Systemüberwindung könne nur durch linksextremistische Gruppen vollzogen werden.

Um globalisierungskritische Gruppen zur Aufnahme eigener, aber in das „Dissent!“-Konzept eingebundener Mobilisierungsaktivitäten zu ermuntern, ist seit Jahresbeginn 2006 eine so genannte Infotour durch Deutschland und verschiedene europäische Länder unterwegs.

Im August wurde in Mecklenburg-Vorpommern ein von „Dissent!“ initiiertes Mobilisierungscamp „Camp Inski“ veranstaltet. Verschiedene Gruppen, auch solche, die in der IL organisiert sind, nahmen daran teil. Im Umfeld des Camps verlief eine Vielzahl dezentraler Aktionen weitgehend friedlich. Trotz unterschiedlicher Ausrichtung der beiden Mobilisierungsströmungen wird in der Szene versucht, möglichst viele der geplanten Aktionen zu koordinieren. So will „Dissent!“ im Rahmen eines „Fahrplanes für die Protestwoche gegen den G8-Gipfel“, der im November auf der „Aktionskonferenz“ der IL verabschiedet worden ist, mit eigenen Aktionen teilnehmen.

2.3 Blockadebemühungen

Bereits im August erfolgte ein Aufruf „für massenhafte Blockaden des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm“. Es handelt sich um ein Bündnis verschiedener autonomer und undogmatischer Gruppen, wie z. B. „Avanti“, zu dem aber auch aus dem bürgerlichen Spektrum stammende Gruppierungen gehören:

„Uns geht es nicht darum, dass auf den G8-Gipfeln andere Beschlüsse gefasst werden sollten, (...). Wir sprechen der G8 jede Legitimation ab. (...) Mit Blockaden als Aktionen zivilen Ungehorsams werden wir diesen Gipfel blockieren. (...) Die Kampagne Block G8 organisiert Blockaden (...), an denen sich tausende Menschen unterschiedlicher politischer, sozialer und kultureller Hintergründe gemeinsam beteiligen.“

Ziel der Blockaden soll es sein, den Gipfel von seiner Infrastruktur abzuschneiden. An den Planungen sind auch schleswig-holsteinische Protagonisten beteiligt.

2.4 Beteiligung schleswig-holsteinischer Linksextremisten

Neben den dargestellten Bündnissen zeichneten sich im Berichtszeitraum weitere Mobilisierungsbündnisse ab. So begannen nicht-extremistische Globalisierungskritiker, eine Vielzahl von Gruppen zu bilden, an denen sich Linksextremisten beteiligen. Diese Zusammenschlüsse rechnen sich der „Interventionistischen Linken“ (IL) zu. Gruppen, die zum „Dissent!“-Netzwerk zählen, lehnen dagegen entsprechende Bündnisse ab.

Die IL wird von schleswig-holsteinischen Linksextremisten aus den Ortsgruppen Kiel und Lübeck der Gruppe „Avanti“ unterstützt. Einzelaktivisten sind maßgeblich an der Organisation der Proteste beteiligt.

Im Oktober haben sich globalisierungskritische Aktivisten aus Schleswig-Holstein und Hamburg zu einem Netzwerk „Norden gegen G8“ zusammengeschlossen. In Schleswig-Holstein gibt es Ortsgruppen in Lübeck („Lübecker Initiative gegen die G8“) und Kiel („Kieler Netzwerk gegen den G8-Gipfel“). Das Netzwerk nennt als gemeinsame Basis die auf der „1. Rostocker Aktionskonferenz“ verabschiedeten Eckpunkte. Nach eigenen Angaben gehören dem Netzwerk sowohl Autonome als auch Mitglieder bürgerlicher Gruppen oder Jugendbewegungen an.

Die „NoG8 Gruppe Kiel“ ist im „Dissent!“-Netzwerk organisiert. Die Gruppe sieht das G-8-Treffen als Symbol einer „Politik ausbeuterischer, kriegerischer und umweltzerstörender kapitalistischer Globalisierung und autoritärer Umstrukturierung, bei gleichzeitigem Abbau von Sozial- und Freiheitsrechten in der ganzen Welt“.

Weil es ohne Gerechtigkeit keinen Frieden geben könne, rufe man unter der Überschrift „Den G8-Gipfel wegpusten!“ dazu auf, den „G8-Gipfel zum Desaster zu machen!“.

2.5 Internationale Mobilisierung

Die Kontakte deutscher Linksextremisten erstrecken sich, sieht man einmal von den Parteien ab, schwerpunktmäßig auf europäische Nachbarländer, insbesondere Italien, Spanien und die Schweiz. Vereinzelt reichen sie aber auch bis nach Lateinamerika.

Osteuropäische Länder, die bislang im linksextremistischen Spektrum wenig Beachtung fanden, erhielten durch die Mobilisierungsbemühungen deutscher Linksextremisten gegen das Gipfeltreffen vom 15. bis 17. Juli in St. Petersburg (Russland) einen bislang nur anlassbezogenen Stellenwert. Die internationale Mobilisierung, aber auch die Mobilisierung deutscher Linksextremisten gegen den Gipfel in St. Petersburg, war allerdings nicht besonders ausgeprägt. Eine Teilnahme an Demonstrationen vor Ort konnte von vielen Aktivisten nicht realisiert werden. Einzelne Teilnehmer, die die Proteste gegen das Gipfeltreffen in Russland dort unterstützt haben, sind durch russische Behörden ausgewiesen oder festgenommen worden.

An Vorbereitungstreffen gegen den Gipfel in Heiligendamm, wie den zwei „internationalen Konferenzen“ der IL in Rostock im März und November, nahmen demgegenüber Aktivisten aus verschiedenen europäischen Ländern teil. Das G-8-Camp „Camp Inski“ im August in Steinhagen (Mecklenburg-Vorpommern) fand ebenfalls unter internationaler globalisierungskritischer Beteiligung statt. Die im Januar begonnene „Infotour“ von Aktivisten des „Dissent!“-Netzwerkes zur Mobilisierung führte unter anderem durch Skandinavien, Deutschland, Italien, Niederlande, Österreich, Polen sowie die Schweiz. Weitere Stationen sind geplant.

Die von Linksextremisten angestrebte europaweite Ausdehnung der Anti-G-8-Mobilisierung wurde zwar zügig vorangetrieben, zeigte jedoch bis Ende des Jahres 2006 keine nennenswerte Resonanz.

2.6 „Warm-up“-Phase

Der Zeitraum bis zum Gipfeltreffen soll nach den Vorstellungen von Linksextremisten als „Warm up“ zur Mobilisierung genutzt werden. Nicht nur die Demonstrationen gegen den Castor-Transport im November, sondern auch weitere internationale Konferenzen, die unter anderem im Zusammenhang mit der EU-Präsidentschaft Deutschlands durchgeführt werden, sollten bzw. sollen für öffentlichkeitswirksame Aktionen genutzt werden. Zehn Tage vor Beginn des Gipfeltreffens sollen dann die vorgesehenen Camps bezogen werden, die erste größere Aktion soll - so der Aktionsfahrplan - gut eine Woche vorher stattfinden.

2.7 Gewaltbereitschaft und Militanz

In dem besonderen Maße, wie der G-8-Gipfel die linksextremistische Szene mobilisierte, kam auch der Diskussion um die Anwendung von Gewalt ein besonderer Stellenwert zu.

Dieses war unter anderem an der „Militanz-Debatte“ festzustellen, die auch im Berichtsjahr weitergeführt wurde. Wichtigstes Forum war wiederum das bundesweit bedeutsame Berliner Szene-Blatt „INTERIM“. Die verschiedenen Beiträge haben gezeigt, dass die Frage der Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung extremistischer Ziele nach wie vor im weiten Spektrum verschiedener linksextremistischer Gruppierungen thematisiert und begrüßt wird. Auch die konspirativ hergestellte und unter anderem in Schleswig-Holstein vertriebene Szene-Zeitschrift „radikal“ hat sich 2006 in ihren beiden Ausgaben mit dem Thema „Militanz“ im Hinblick auf den G-8-Gipfel in Heiligendamm befasst.

Die überwiegende Zahl der im Zusammenhang mit dem G-8-Gipfel 2007 geplanten Aktionsformen ist zwar friedlich angelegt, doch wird durch verschiedene Erklärungen einzelner Bündnisse deutlich, dass man auch gewalttätige Proteste nicht ablehnen wird.

So wird das Konzept der IL zwar gewaltfrei propagiert, jedoch werden verklausuliert auch gewalttätige Aktionen anderer akzeptiert und in das eigene Konzept einbezogen.

Um so deutlicher propagiert „Dissent!“ Militanz als Teil des Protestspektrums:

„Zu unseren Aktionsformen gehört auch die Anwendung politischer Gewalt. Sie ist uns ein notwendiges, aber nicht hinreichendes Mittel im politischen Kampf. Solange die revolutionären Kräfte schwach sind, ist politische Gewalt ein symbolisches Mittel der Propaganda und kann keine Machtfrage stellen. Sie ist kein Selbstzweck, sondern taktisches Mittel. (...) Die Anwendung politischer Gewalt bedeutet daher die Übernahme einer hohen Verantwortung für sich selbst wie für andere. Sie darf nie terroristisch, d. h. gegen Unbeteiligte gerichtet sein. Unbeteiligte sind für uns aber nicht diejenigen, die das Herrschaftssystem gewaltsam verteidigen, also Polizisten, Politiker oder Militärangehörige; ebenso wenig diejenigen, die die Herrschaftsstrukturen noch verschärfen wollen, als Faschisten, Rassisten, Sexisten; und letztlich auch nicht die ‚oberen Zehntausend‘, die Menschheit und Natur in ihrem Privatbesitz wähen.“

Ausgangspunkt der militanten Kampagne linksextremistischer Gegner gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm war im Sommer 2005 ein Brandanschlag auf das Auto des Vorstandsvorsitzenden der Norddeutschen Affinerie AG in Hollenstedt (Niedersachsen). Die seitdem bundesweit im Begründungszusammenhang mit G-8 verübten Brandanschläge und Sachbeschädigungen, zumeist Farbanschläge und Steinwürfe, verdeutlichen, welches Gefahren- und Gewaltpotenzial in der linksextremistischen Szene vorhanden ist. Die Schwerpunkte der verübten Anschläge liegen in Berlin und Hamburg.

Auch in Schleswig-Holstein wurden 2006 zwei Anschläge verübt. So setzten unbekannte Täter mehrere Fahrzeuge einer Firma in Bad Oldesloe in Brand. In einer Taterklärung bezichtigten sich „Internationalistische Zellen“ des Brandanschlages und reihten sich mit ihrer Tat „in die laufende Kampagne gegen den G 8 in Heiligendamm“ ein. Einen zweiten Anschlag verübten unbekannte Täter auf das Auto und das Wohnhaus des Direktors des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts in Reinbek. Auch in diesem Fall hat sich in einer Taterklärung eine Gruppe „fight for revolution crews“ zu der Tat bekannt und ausdrücklich einen Bezug zum G-8-Gipfel in Heiligendamm hergestellt.

Mit gleich gelagerten Straftaten und insbesondere objektbezogenen Anschlägen ist als Beitrag der linksextremistischen Szene zur Mobilisierungskampagne auch weiterhin zu rechnen. Dabei kommen nicht nur mehr oder weniger spontane Taten lokaler Täterstrukturen, insbesondere in den Regionen Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein sowie Berlin/Brandenburg in Betracht. Vielmehr sind auch weitere Anschläge bereits länger bestehender Gruppierungen, wie etwa der „militanten gruppe (mg)“, nicht auszuschließen.

Als Ziele dürften insbesondere Einrichtungen und Objekte von Firmen oder Institutionen ausgewählt werden, die im Themenzusammenhang G-8 bzw. Globalisierung stehen und einen erhöhten Symbolcharakter aufweisen. Dazu können auch Objekte einzelner ausgewählter Personen gehören, die für Linksextremisten als „Verantwortliche“ gelten.

3 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums

3.1 Undogmatischer Linksextremismus

3.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte

Dem gewaltbereiten undogmatisch-linksextremistischen Spektrum, im Wesentlichen autonome Gruppierungen, sind weiterhin bundesweit rund 5.000 Personen zuzurechnen. Ihm können fast alle Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund zugeordnet werden. Dazu gehören Brandanschläge und Körperverletzungen ebenso wie auch gefährliche Eingriffe in den Straßen- und Schienenverkehr. Gruppen existieren in nahezu allen größeren Städten, insbesondere in den Ballungszentren Berlin, Hamburg sowie im Rhein-Main-Gebiet.

In Schleswig-Holstein liegt die Anzahl undogmatischer Linksextremisten wie in den Vorjahren bei rund 320 Personen. Weiterhin wird vielfach in themenbezogenen Personenzusammenschlüssen gearbeitet. Dabei kann es bei der personellen Zusammensetzung zu fließenden Übergängen zwischen dem extremistischen und dem nicht-extremistischen Spektrum kommen, so dass die Zuordnung von Einzelpersonen häufig schwierig ist. Daraus ergibt sich eine gewisse Unschärfe bei der Genauigkeit der genannten Zahl.

Nachdem bereits im Verfassungsschutzbericht 2004 festgestellt wurde, dass sich der Trend zur Auflösung von festen Gruppenstrukturen zugunsten unverbindlicherer themen- oder anlassbezogener, häufig auch zeitlich begrenzter Zusammenschlüsse, nicht fortsetzte, kann jetzt sogar der Ansatz zu einer gegenläufigen Tendenz beobachtet werden. Mehrere Neugründungen von Gruppen bilden für die Mitglieder einen verlässlicheren Rahmen und die Möglichkeit, in temporären Zusammenschlüssen vernachlässigte Grundsatzdiskussionen voranzutreiben.

Unverändert liegen die örtlichen Schwerpunkte der undogmatisch-linksextremistischen Szene in den großen Städten des Landes.

3.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt

Die undogmatisch-linksextremistische Szene ist nicht homogen. Sie besteht aus eher kleineren, mehr oder weniger gefestigten und eigenständigen Gruppierungen. Es gibt kein einheitliches ideologisches Konzept. Führungsstrukturen oder Hierarchien sind der Szene fremd. Ihr Selbstverständnis ist grundsätzlich geprägt von antikapitalistischen, antifaschistischen und antisexistischen Einstellungen. Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente („Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Imperialismus“) bilden den Rahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten, die letztlich auf die Überwindung des „herrschenden Systems“ abzielen.

Insgesamt ist das undogmatisch-linksextremistische Lager in den vergangenen Jahren vielschichtiger geworden. So streben verschiedene Gruppen trotz grundsätzlicher Organisierungs- und Hierarchiefeindlichkeit wieder eine stärkere Strukturierung und Vernetzung sowohl regional als auch überregional an. In Schleswig-Holstein gilt dies bereits seit Jahren für „Avanti - Projekt undogmatische Linke“. Diese Gruppierung verfügt mittlerweile neben den Ortsgruppen in Schleswig-Holstein (Kiel, Lübeck, Flensburg, Norderstedt) auch über solche in Hamburg und Hannover.

Neben „offenen“ Formen politischer Betätigung wie Agitation in Flugblättern, Plakaten, Internet-Aufrufen und Szene-Publikationen praktiziert das undogmatisch-linksextremistische Spektrum militante Aktionsformen. Dabei kommt es je nach Situation immer wieder zu Straftaten wie zu Sachbeschädigungen unterschiedlicher Art und

Intensität, Brandanschlägen, gefährlichen Eingriffen in den Straßen- und Schienenverkehr sowie Körperverletzungen, insbesondere gegen Polizisten und Rechtsextremisten.

Eine Sonderrolle im Spektrum des autonomen Linksextremismus nehmen die „Antideutschen“ ein. Seit Anfang der 1990er-Jahre bildete sich aus verschiedenen linksextremistischen Lagern eine neue Strömung: die „Antideutschen“ oder „Antinationalen“. Ihre Ideologie basiert im Wesentlichen auf den Theorien der neomarxistischen „Frankfurter Schule“ um Max Horkheimer und Theodor Adorno. Der bedeutendste Punkt antideutscher Ideologie ist der Kampf gegen Antisemitismus. Die Judenvernichtung im Dritten Reich ist für diese linksextremistische Strömung der vorläufige Höhepunkt antisemitischer Intentionen. Mit dem Slogan „Nie wieder Deutschland!“ haben sie eine These aus den 1960er-Jahren aufgenommen, wonach der Hass der Nationalsozialisten auf das jüdische Volk nichts weiter sei als die ungeschminkte Variante einer tief verwurzelten Neigung, die sich aus dem deutschen Kulturgut zwangsläufig ergebe. Daher dürfe kein deutscher Staat existieren, die Bundesrepublik müsse aufgelöst werden. Israel gelte dagegen solange als Idealstaat, bis durch den weltweit verwirklichten Kommunismus sämtliche Staatsgebilde gegenstandslos wären.

So bekundet beispielsweise die schleswig-holsteinische Gruppe „Verteidigt Israel“ aus Kiel auf ihrer Internet-Seite:

„Das Massaker vom 11. Sept. 2001 war für einige von uns Anlass, aktiv zu werden. Wir wussten, dieser Anschlag richtete sich nicht nur gegen Amerika, sondern gegen Israel und alle Juden.“

Mit ihren Thesen haben die „Antideutschen“ in den vergangenen Jahren bundesweit zu einer deutlichen Polarisierung innerhalb der linksextremistischen Szene beigetragen, die teilweise zu hasserfüllten Auseinandersetzungen geführt hat. Von der Kieler Gruppe gehen demgegenüber kaum wahrnehmbare Aktivitäten aus.

3.1.3 Autonome Strukturen mit terroristischen Ansätzen

Einzelne autonome Zusammenhänge überschreiten mit ihren Anschlagsaktivitäten die Grenze zu terroristischem Gewalthandeln. So verübt die „militante gruppe (mg)“ seit 2001 vornehmlich in der Hauptstadtregion Brandanschläge auf Fahrzeuge und Gebäude.

Die „militante gruppe (mg)“ hatte sich erstmals 2005 mit einem Brandanschlag an der militanten Kampagne gegen den G-8-Gipfel 2007 beteiligt. Auch im Berichtsjahr verübte sie neben anderen Anschlägen einen Brandanschlag auf Dienstfahrzeuge der Bundespolizei, der ausdrücklich in den G-8-Zusammenhang gestellt wurde.

Vergleichbare autonome Zusammenhänge sind in Schleswig-Holstein nicht bekannt. Jedoch wurden 2006 im Kreis Stormarn zwei Brandanschläge auf den Fuhrpark einer Firma und auf ein privates Objekt verübt und in der Taterklärung mit dem G-8-Gipfel 2007 in Zusammenhang gebracht (siehe dazu unter Nr. III 2.7).

3.2 Dogmatischer Linksextremismus

Die 1968 gegründete „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) galt bis zur Wende im Jahr 1989 als ein Instrument der DDR zur Einflussnahme in der Bundesrepublik Deutschland. In der Folgezeit hat die in ideologischer und finanzieller Hinsicht seinerzeit von der SED abhängige Partei stark an Bedeutung und Mitgliedern verloren. Trotz Mitglieder-Werbekampagnen konnten die Überalterung der Partei nicht überwunden, der Mitgliederschwund nicht aufgehalten werden. Die finanziellen Grundlagen der Partei blieben unverändert schwach.

Nach sechsjähriger Diskussion über Inhalte hat die DKP auf der 2. Tagung des 17. Parteitages am 8. April in Duisburg-Rheinhausen das neue Parteiprogramm verabschiedet. Die Formulierungen im aktuellen Programm ermöglichen den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der DKP Raum zu eigenen Interpretationen.

Die DKP versteht sich in ihrem neuen Parteiprogramm nach wie vor in der Rolle der „Partei der Arbeiterklasse“, als

„revolutionäre Partei, (...) die auf die Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft sowie die Entfaltung ihres Klassenkampfes und die Entwicklung des Klassenbewusstseins orientiert; (...) die dafür wirkt, die verschiedenen Kräfte des Widerstandes im Kampf gegen die neoliberale Politik zu stärken und zusammen zu führen;
(...) die den grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen und den Sozialismus anstrebt.“
(Schreibweise wie im Original)

Mit eigenen Aktionen ist der schleswig-holsteinische Landesverband der DKP in den letzten Jahren wie auch im Berichtszeitraum selten in Erscheinung getreten. Allerdings zeigt die DKP in Schleswig-Holstein weiterhin keine Berührungspunkte, sich bei Informations- oder Protestaktionen anderer - auch autonomer - Gruppierungen zu beteiligen. Themenschwerpunkte waren „Anti-Faschismus“ und die Protestbewegung gegen „Sozialabbau“.

In Schleswig-Holstein gehören rund 200 Personen der Partei an.

Zahlreiche Mitglieder der DKP sind nach wie vor in Führungsgremien der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) vertreten. Diese wurde 1947 auf Initiative der 1956 verbotenen KPD gegründet. Die VVN-BdA ist die bedeutendste Organisation im Umfeld der DKP.

Professor Heinrich Fink, einer der beiden Bundesvorsitzenden der VVN-BdA, erklärte im Januar in einem Interview in der „Jungen Welt“:

„Den Vorwurf, wir seien in welcher Art und Weise auch immer staatstragend, möchte ich deutlich zurückweisen. Das Gegenteil ist der Fall.“

Der Mitgliederbestand beläuft sich bundesweit auf rund 6.000 Mitglieder, in Schleswig-Holstein auf rund 200. Trotz ihrer ständigen Bemühungen, sich mit Aktionen unter dem Motto „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ jungen Antifaschisten und Autonomen zu öffnen, gingen von ihr in Schleswig-Holstein wegen Überalterung nur geringfügige politische Aktivitäten aus.

Zu den dogmatischen Splittergruppen im Lande gehört die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland“ (MLPD). Sie entstand 1982 aus dem „Kommunistischen Arbei-

terbund“ und ist maoistisch-stalinistisch orientiert. Seit Mitte August 2004 organisiert die MLPD wöchentlich eine Kundgebung „Weg mit Hartz IV“ in Lübeck. Die Veranstaltungen verlaufen friedlich.

Weiterhin zählen zu diesem Spektrum die aus dem ehemaligen „Bund Westdeutscher Kommunisten“ hervorgegangene „Arbeitsgemeinschaft Kommunistische Politik von unten in und bei der PDS“, die trotzkistischen Organisationen „Sozialistische Alternative VORAN“ und „Linksruck“ sowie traditionell anarchistische Gruppen der „Graswurzelbewegung“, wie die in der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ organisierten Anarcho-Syndikalisten. Ihre Bedeutung ist marginal.

3.3 „Rote Hilfe e. V.“

Die „Rote Hilfe e. V.“ definiert sich selbst auf einer Seite im Internet als „Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt. Sie konzentriert sich auf politisch Verfolgte aus der BRD, bezieht aber auch nach Kräften Verfolgte aus anderen Ländern ein.“

Ihr gehören bundesweit rund 4.000 Mitglieder an, die sich aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum rekrutieren. War sie nach ihrer Gründung im Jahr 1975 in der Tradition ihrer KPD-orientierten Vorgängerin in der Weimarer Zeit noch weitgehend orthodox-kommunistisch ausgerichtet, so sind heute mehrheitlich Angehörige der autonomen Szene vertreten. Auf einer Internet-Seite sagt die „Rote Hilfe“ über sich:

„Der Roten Hilfe gehören nur Einzelpersonen als Mitglieder an. Es gibt keine kollektive Mitgliedschaft von Gruppen oder Organisationen - wenn auch oft Mitglieder anderer Organisationen gleichzeitig Mitglieder der Roten Hilfe sind.“

Die „Rote Hilfe“ organisiert sich nach eigenen Angaben auf zwei Ebenen: zum einen bundesweit, zum anderen in Ortsgruppen. Sie verfügt über einen gut funktionierenden Informations- und Kommunikationsapparat mit engen Kontakten in die gesamte linksextremistische Szene.

In einer Internet-Veröffentlichung der „G8XTRA - Zeitung für eine Interventionistische Linke“ beschreibt die „Rote Hilfe“ ihre Möglichkeiten der Unterstützung der Proteste gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007:

„Außer der unmittelbaren Unterstützung für Betroffene sieht die Rote Hilfe ihre Aufgabe auch darin, sich im allgemeinen Sinn an der Abwehr politischer Verfolgung zu beteiligen. Sie wirkt z. B. schon im Vorfeld von Demonstrationen darauf hin, dass die Teilnehmer sich selbst und andere möglichst effektiv vor Verletzungen und Festnahmen durch die Staatsgewalt schützen.“

In Schleswig-Holstein gehören der „Rote Hilfe“ rund 180 Mitglieder an, von denen nur geringe, dem Verein zuzurechnende öffentliche Aktivitäten im Berichtszeitraum ausgingen.

4 Aktionsfelder

4.1 „Anti-Globalisierung“

Internationale Konferenzen sind für Linksextremisten schon seit langem Anlass für Agitation und zum Teil gewalttätige Proteste. Seit Mitte der 1990er-Jahre hat sich eine über dieses Spektrum hinausgehende Protestbewegung formiert, die internationale Konferenzen begleitet. Es handelt sich um eine weltweite, weitgehend nicht-extremistische globalisierungskritische Bewegung. Neben Umweltschutz-, Dritte-Welt-, Migrations-, gewerkschaftlich, feministisch und sozial engagierten Gruppen fühlen sich aber auch Linksextremisten zur Mitwirkung aufgerufen. Sie treten zum Teil in steuernder Funktion auf und agieren dabei in Teilen äußerst militant.

Das Thema „Globalisierung“ bedient klassische politische Feindbilder, wie etwa das Bild imperialistischer Industriestaaten. Obwohl sich inzwischen nahezu das gesamte linksextremistische Spektrum mit dem Themenfeld „Globalisierung“ befasst, haben sich dabei bislang die Szene verbindende Strukturen nicht herausbilden können. Die von ihrem Grundverständnis her ohnehin internationalistisch denkenden Linken stellen vor allem die ihrer Auffassung nach besonders negativen Begleitaspekte der Globalisierung wie „Abbau sozialer Rechte“ oder „Aufrüstung der Überwachungsgesellschaft“ heraus.

Ziel der Globalisierungsgegner ist es, Gipfeltreffen zu delegitimieren und wirksam zu stören. So heißt es in einer aktuellen Veröffentlichung gegen den G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm:

„Es gibt mehr als genug gute Gründe, den G8-Gipfel zum Anlass zu nehmen, um gegen die Politik der herrschenden Klasse, deren weltweit mächtigste politische Vertreter sich dort treffen, zu demonstrieren und auf unterschiedliche Art Protest und Widerstand gegen das Treffen auf die Straße zu tragen.“

Je nach aktueller politischer Lage und dem Standort eines Gipfeltreffens, z. B. der EU, der G-8-Staaten, der Welthandelsorganisation (WTO) oder des Weltwirtschaftsforums, werden die Treffen von weitgehend friedlichen Protesten bis zu schweren militanten Ausschreitungen begleitet. Im Verlauf solcher Protestveranstaltungen werden militante wie gewaltfreie Aktionsformen gleichzeitig durchgeführt. Organisiert werden sie von verschiedenen, oft selbständigen Organisatoren, die sich weitgehend gegenseitig tolerieren. Herausragende Beispiele für äußerst militante Aktionen waren das WTO-Treffen 1999 in Seattle (USA) oder der Weltwirtschaftsgipfel 2001 in Genua (Italien). Das WTO-Treffen 2005 in Hongkong (China) oder das G-8-Treffen 2006 in St. Petersburg (Russland) wurden lediglich durch einige dezentrale Aktionen in Deutschland begleitet.

Linksextremisten aller Strömungen haben mit dem Thema „Globalisierung“ ein die breite Öffentlichkeit interessierendes Thema gefunden, das ihnen aus ihrer seit längerem beklagten Stagnation und Isolierung heraushelfen soll und Entfaltungsmöglichkeiten außerhalb des eigenen Spektrums bietet. Die Vielzahl von Konferenzen, Tagungen und Gipfeltreffen, die weltweit stattfinden und für die jeweils mobilisiert werden soll, könnte auf Dauer den zeitlichen und finanziellen Rahmen linksextremistischer Globalisierungsgegner überfordern. Dezentrale Protestaktionen, die zeitgleich zu den Gipfeltreffen in Asien oder Amerika stattfanden, wurden in der Regel nur halbherzig durchgeführt. Das erklärte Ziel, eine solche Konferenz zu verhindern, wurde nie erreicht.

Dessen ungeachtet war das Thema „Anti-Globalisierung“ im Berichtsjahr wegen des geplanten G-8-Gipfels in Heiligendamm das Hauptaktionsfeld auch schleswig-holsteinischer Linksextremisten (siehe dazu unter Nr. III 2).

4.2 „Anti-Faschismus“

Der „Anti-Faschismus“, das traditionelle Aktionsfeld linksextremistischer Zusammenschlüsse, zielt nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen. Eigentliche Stoßrichtung ist letztlich die freiheitlich verfasste demokratische Gesellschaftsordnung als „kapitalistisches System“, in dem der Faschismus angeblich seine Wurzeln hat. Dementsprechend erklärten Szene-Angehörige im Internet:

„Konsequenter Antifaschismus muss sich also notwendig in Gegnerschaft zu dieser Gesellschaft und ihrem Staat begeben, wenn er die faschistischen Tendenzen konsequent bekämpfen will. Das heißt, dass ernst gemeinter Antifaschismus revolutionär, also auf die grundlegende Überwindung der bestehenden Verhältnisse gerichtet sein muss. (...) Mit revolutionären AntifaschistInnen ist also aus gutem Grund kein Staat zu machen.“

Ein Schwerpunkt des „antifaschistischen Kampfes“ war im Berichtsjahr bundesweit wiederum die Bekämpfung rechtsextremistischer Veranstaltungen, insbesondere die Verhinderung oder massive Behinderung von Demonstrationen und Aufmärschen von Rechtsextremisten. Die in diesem Zusammenhang nicht selten angewendete Gewalt wird im linksextremistischen Lager durchaus als legitim und auch als geeignetes Mittel angesehen. So kam es z. B. am 14. Oktober in Hamburg zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen eine Kundgebung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), die unter dem Motto „Nationale Arbeitsplätze statt internationaler Profite“ durchgeführt wurde. Dabei versuchten gewaltbereite Linksextremisten - auch aus Schleswig-Holstein - , in Kleingruppen polizeiliche Absperrungen zu durchbrechen, um zu den Teilnehmern der rechtsextremistischen Veranstaltung zu gelangen. Im weiteren Verlauf wurden Kleinf Feuer gelegt, Müll- und Glascontainer umgeworfen und Einsatzkräfte der Polizei mit Steinen und Flaschen beworfen.

Teil des „antifaschistischen Kampfes“ war auch wieder die so genannte Recherchearbeit. Ihr Ziel ist es, Aktivitäten von Rechtsextremisten bzw. vermeintlichen Rechtsextremisten aufzudecken sowie Strukturen und Einzelpersonen öffentlich zu machen

und zu bekämpfen. Dabei werden Informationen über Funktionäre, Schulungseinrichtungen, Trefflokale und andere logistische Einrichtungen gesammelt und dann in Szene-Zeitschriften veröffentlicht bzw. in das Internet eingestellt. Letztlich soll die „Recherchearbeit“ auch der Vorbereitung militanter Aktionen dienen. Dies wird durch folgende Aussage im Hamburger Autonomen-Blatt „Zeck“ vom Mai/Juni (Nr. 132) deutlich:

„Außerdem kann es so oder so nicht schaden, die Schweine zu kennen, nicht zuletzt um direkt aktiv gegen sie vorgehen zu können.“

Während 2005 insbesondere die Beteiligung der NPD an der schleswig-holsteinischen Landtagswahl im Februar verstärkende Wirkung im Aktionsfeld „Anti-Faschismus“ zur Folge hatte, gab es im Berichtsjahr entsprechend herausragende Ereignisse nicht. Erwähnenswert für Schleswig-Holstein sind daher lediglich Vorkommnisse am 1. April in Lübeck. Hier fand anlässlich des von Rechtsextremisten angemeldeten Aufzugs mit dem Thema „Bomben für den Frieden? Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ eine Gegendemonstration unter dem Motto „Wir können sie stoppen! Kein Naziaufmarsch in Lübeck!“ statt.

Im Vorfeld hatte sich eine vielschichtige Unterstützerplattform gebildet, die sich im Wesentlichen aus dem bürgerlichen und kirchlichen Bereich zusammensetzte, in der jedoch auch linksextremistische Gruppierungen vertreten waren. Schließlich beteiligten sich mehrere hundert Linksextremisten an der überregional von der Szene über das Internet und verschiedene Informationsveranstaltungen beworbenen Gegendemonstration. Insgesamt nahmen bis zu 3.000 Personen an ihr teil. Etwa 1.000 erzwangen aufgrund einer durchgeführten Straßenblockade die Umleitung des Demonstrationzuges der Rechtsextremisten. Hinzu kamen massive Störungen durch gewaltbereite Autonome. Nachdem es ihnen nicht gelang, mittels Kleingruppen den „Nazi-Aufzug“ zu verhindern, entlud sich im Anschluss die vorhandene Gewaltbereitschaft in der Innenstadt. Es gab Übergriffe auf die Polizei, unter anderem durch Steinwürfe, und vereinzelt Sachbeschädigungen. Zwei Papiercontainer wurden angezündet, ein Bauzaun und mehrere Kraftfahrzeuge beschädigt.

4.3 „Anti-Atomkraft“

Die schon seit Jahren geringer werdende Mobilisierungsbereitschaft der in der Anti-Atom-Bewegung engagierten Atomkraftgegner ist weiter rückläufig. Der Widerstand wird weitgehend in nicht-extremistischen Bürgerinitiativen organisiert. Ähnlich haben sich auch die Unterstützungsaktivitäten linksextremistischer Akteure zurückentwickelt. Gegen den Castor-Transport vom 10. bis 13. November aus dem französischen La Hague nach Gorleben (Niedersachsen) haben rund 3.500 Atomkraftgegner, davon 150 Linksextremisten, überwiegend friedlich demonstriert. Lediglich vereinzelt kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Ein Polizist wurde dabei verletzt, Einsatzwagen durch Steinwürfe und der Stromabnehmer einer Güterlokomotive durch Hakenkrallen beschädigt. Die Polizei löste eine Sitzblockade mit 800 Personen auf, entfernte über die Gleise gespannte Seile und beendete Anketten-Aktionen. Die Protestaktionen bewegten sich in etwa auf dem Niveau der Vorjahre.

Aktivisten der zeitgleich in Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) stattfindenden „Vorbereitungskonferenz“ gegen den G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm nahmen an den Protesten gegen den Castor-Transport ebenfalls teil. Sie waren allerdings kaum wahrnehmbar.

In Schleswig-Holstein ist das Thema „Kernenergie“ für Linksextremisten und Castor-Gegner kaum noch von Bedeutung.

4.4 „Anti-Militarismus“

Nach den militärischen Maßnahmen gegen Afghanistan 2001 und dem Truppeneinmarsch in den Irak 2003 hatte sich für das linksextremistische Spektrum ein neues Aktionsfeld geöffnet. Mit der Beteiligung an den Demonstrationen in den Jahren 2003 bis 2006 erhofften sich Extremisten, erneut Einfluss auf die bürgerlich geprägte Friedensbewegung nehmen zu können. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden.

Demonstrationen von Gruppen der Friedensbewegung gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten am 22./23. Februar 2005 in München und Mainz sowie am 14. Juli 2006 in Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern) verliefen friedlich. Die beteiligten Gruppen gehörten auch hier mehrheitlich dem bürgerlichen Spektrum an. Die

Teilnehmerzahlen zeitgleicher Demonstrationen in Schleswig-Holstein blieben mit 30 bis 40 Teilnehmern weit hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück.

Das „Antikriegsbündnis Kiel“ wird von orthodoxen und autonomen Linksextremisten beeinflusst. Ein Agitationsschwerpunkt - unter dem Motto „Gegen Militärschau und Waffenproduktion aktiv werden“ - ist die jährlich stattfindende „Kieler Woche“ mit den unter anderem zahlreichen militärischen Besuchen. Die Aktionen fanden bislang kaum Resonanz in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung.

4.5 Alternative/autonome Zentren

In den vergangenen Jahren hatte es in Schleswig-Holstein wiederholt Probleme mit den Nutzern einiger alternativ/autonomer Zentren gegeben. Zwischenzeitlich kam es zu folgenden Entwicklungen:

- Die Nutzer des so genannten politischen Kommunikations- und Kulturzentrums „Alte Meierei“ in Kiel rangen sich im Verlauf des Jahres 2006 dazu durch, den Katalog mit den von der Stadt Kiel geforderten Sicherheitsauflagen abzuarbeiten. Defizite, insbesondere beim Brandschutz, hatten in den vergangenen Jahren einen Konflikt heraufbeschworen, der eine erforderliche Schließung des Objektes möglich erscheinen ließ. Nachdem wesentliche Punkte erfüllt waren, konnte auch der Konzertbetrieb wieder aufgenommen werden. Im Gegensatz zu den Vorjahren konzentrierten sich die Nutzer in ihren Veröffentlichungen auf sachliche, den Konflikt mit der Stadt bezogene Inhalte. Linksextremistische Positionen wurden dabei nicht wiederholt.
- Die jahrelangen Auseinandersetzungen um den künftigen Standort des selbst verwalteten Lübecker Jugend- und Kulturzentrums „alternative“ (auch „walli“ genannt) hatten bereits 2005 ein vorläufiges Ende gefunden. Im Sommer 2005 stimmte die Lübecker Bürgerschaft einer Vertragsverlängerung für mindestens vier Jahre am jetzigen Standort zu. Damit ist durch lange Kündigungsfristen die vorläufige Existenz der „alternative“ bis zum 30. Juni 2010 gesichert. Aufgrund dieser Entwicklung wurde das Thema in der linksextremistischen Szene im Berichtsjahr nicht weiter behandelt. Die „walli“ fungiert weiterhin als zentraler Treffpunkt für

linksalternative und linksextremistische Personenkreise.

- Nach dem Abriss des „Sozialen Zentrums“ in Norderstedt im Dezember 2005 besteht der Verein „Soziales Zentrum e. V.“ auch weiterhin. Ein neues Gebäude wurde allerdings noch nicht gefunden, so dass die bisherigen Nutzer, darunter auch die Ortsgruppe Norderstedt von „Avanti - Projekt Undogmatische Linke“, sich mit provisorischen Treffpunkten begnügten.

Im öffentlich zugänglichen Hamburger Schanzenparkgelände wird seit Januar 2005 ein ehemaliger Wasserturm zu einem Hotel umgebaut. Der Widerstand gegen dieses Projekt hatte von Beginn an vorwiegend in Hamburg, aber auch in Schleswig-Holstein, zu massiven Protesten geführt. Dabei wurden in Hamburg und Schleswig-Holstein auch Farb- und Brandanschläge verübt. Anders als 2005 wurden im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein jedoch keine entsprechenden Aktionen festgestellt.

Vermehrte Aktivitäten von Szene-Angehörigen hat es hingegen zum Ende des Berichtsjahres im Rahmen einer bundesweiten Solidaritätskampagne für das von einer Räumung bedrohte autonome Jugendzentrum „Ungdomshuset“ in Kopenhagen (Dänemark) gegeben. In diesem Zusammenhang kam es im September und Dezember zu gewalttätigen Demonstrationen in Kopenhagen, an denen auch etliche Personen aus Schleswig-Holstein teilnahmen. Darüber hinaus fanden im Dezember Solidaritätskundgebungen, unter anderem vor den dänischen Konsulaten in Kiel und Flensburg, statt. Die Unterstützungskampagne durch hiesige Szene-Angehörige hat sich 2007 - zum Teil gewalttätig - fortgesetzt.

Die Geschehnisse um das Jugendzentrum in Kopenhagen zeigen, dass der Kampf um den Erhalt autonomer Zentren für Teile des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums nach wie vor einen hohen Stellenwert hat. Dabei ist erneut deutlich geworden, wie die entsprechende Szene in kurzer Zeit - nicht zuletzt dank moderner Kommunikationsmittel - überregional und grenzüberschreitend mobilisiert werden kann.

4.6 Sozialproteste

Zur Kapitalismuskritik gehört nach marxistischer Auffassung die soziale Frage. Linksextremisten benennen angebliche gesellschaftliche Widersprüche und versuchen auf diese Weise, Teile der Bevölkerung dafür zu gewinnen, eine die Gesellschaft verändernde Kraft aufzubauen.

Ansätze hierfür schienen sich im Sommer 2004 für kurze Zeit durch die „Montags-Demonstrationen“ gegen „Sozialabbau“ und „Hartz IV“ und im Juli 2005 im Zusammenhang mit dem in Erfurt (Thüringen) veranstalteten „Sozialforum“ zu ergeben. Eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationen und linksextremistischer Gruppen - auch aus Schleswig-Holstein - traf sich, um „Kampfstrategien“ gegen die gravierenden Veränderungen im Sozialbereich zu diskutieren.

Im Berichtsjahr fand am 3. Juni in Berlin eine Demonstration des „Aktionsbündnis Sozialproteste“ unter dem Motto „Gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg“ statt. An der Veranstaltung, für die im Vorfeld bundesweit mobilisiert worden war, nahmen rund 4.000 Personen, davon etwa 450 Linksextremisten, teil. An einer weiteren Demonstration am 21. Oktober unter dem Motto „Das geht besser - aber nicht allein! Für eine soziale Erneuerung Deutschlands“ nahmen in Berlin rund 60.000 Personen teil, davon allerdings lediglich rund 300 Linksextremisten. Die Hoffnung nicht nur der schleswig-holsteinischen Szene, mit dem Thema „Sozialabbau“ das nicht-extremistische Lager gewinnen zu können, wurde nicht erfüllt, die Protestbewegung gegen den „Sozialabbau“ kaum beeinflusst.

In Lübeck findet seit Mitte August 2004 wöchentlich eine Kundgebung in der Innenstadt „Gegen Hartz IV“ statt. Sie wird von der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ organisiert. Die Veranstaltungen verlaufen friedlich. Die Anzahl teilnehmender Personen ist gering, aber konstant.

**5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen
und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung
im Bundesgebiet 2004 bis 2006**

	2004	2005	2006
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	500	500	500
Gewaltbereite undogmatische Linksextremisten	320	320	320
Gesamt Land	820	820	820
Gesamt Bund	30.800	30.600	30.700

IV. Extremistische Bestrebungen von Ausländern

1 Übersicht

Unter Berücksichtigung der weiterhin Besorgnis erregenden Gesamtlage im Bereich des islamistischen Terrorismus haben die gescheiterten Kofferbomben-Anschläge auf zwei Regionalzüge in Nordrhein-Westfalen die Warnungen der Sicherheitsbehörden hinsichtlich der in Deutschland bestehenden Anschlagrisiken drastisch bestätigt. Auch die Ereignisse in Großbritannien, wo im August eine in großem Maßstab geplante Attentatswelle auf Transatlantikflüge vereitelt werden konnte, werfen ein deutliches Licht auf die Dimension der andauernden Gefahr. Hätten die britischen Sicherheitsbehörden diese Planungen nicht rechtzeitig erkannt und wären die Attentäter an ihr Ziel gelangt, so hätten die verheerenden Ausmaße dieser Anschläge in den Opferzahlen, in der Schockwirkung auf die Bevölkerung und in den wirtschaftlichen Auswirkungen den Terrorakten vom 11. September 2001 gleich kommen können.

Die Entwicklungen im Jahr 2006 sind in vielfacher Hinsicht geeignet, dem gewaltbereiten islamistischen Spektrum weiteren Zulauf zu verschaffen. Vorrangig zu nennen sind immer noch der Irak-Konflikt, dem der insbesondere von „Al-Qaida“-nahen islamistischen Terroristen bewusst herbeigeführte Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten nicht erspart zu bleiben scheint, weiterhin das Erstarken der Taliban und die zunehmenden militärischen Auseinandersetzungen in Afghanistan sowie der Anfang 2006 eskalierende Streit um die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in Europa und schließlich der Libanon-Krieg im Sommer 2006.

Wesentliche Bedingungsfaktoren dieser unruhigen Gesamtlage sind weitgehend konstant geblieben: Bin Laden und seine „Al-Qaida“ sind nach wie vor zentrale Inspirationsquelle für den weltweiten *Jihad*, der von weitgehend autonom agierenden Netzwerken, Kleingruppen oder sogar Einzelpersonen getragen wird. „Al-Qaida“ wird dabei wie ein Markenzeichen genutzt; die Organisation selbst ist ihrer operativen Möglichkeiten unverändert weitgehend beraubt. Als Brennpunkt des *Jihad* tritt neben dem Irak wieder Afghanistan stärker in den Vordergrund, wofür exemplarisch die weiterhin zunehmende Zahl der Selbstmord-Attentate steht. Diese Entwicklung verdeut-

licht auch, dass dieser erschreckendste Anschlagmodus zu einem selbstverständlichen Kampfmittel der *Jihadisten* geworden ist.

Es sind jedoch auch neue Faktoren hinzugetreten, wie insbesondere der zunehmende Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten, der über die bereits erwähnten bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen im Irak hinaus Frontlinien und Bündnisse bestimmt.

Die Entwicklungen im Bereich des islamistischen Terrorismus wirken sich - nicht zuletzt wegen des zunehmenden und stärker wahrgenommenen Engagements der Bundesrepublik im Kampf gegen diese Bedrohung - immer unmittelbarer auf Deutschland und deutsche Interessen aus. Erstmals war auch Schleswig-Holstein in besonderer Weise betroffen. Nicht nur die gescheiterten Kofferbomben-Anschläge weisen Verbindungen nach Kiel auf; unabhängig davon war bereits einige Wochen zuvor die Festnahme eines Terrorverdächtigen aus Kiel erfolgt. Gleichwohl deuten derzeit keine Anhaltspunkte auf islamistisch-terroristische Strukturen in Schleswig-Holstein hin. Vielmehr fügen sich die Festgenommenen, obwohl diese zuvor den Sicherheitsbehörden nicht aufgefallen waren, in das Bild einer Anzahl von Einzelpersonen ein, die Kontakte in das gewaltbereite Spektrum unterhalten und deshalb höchste Aufmerksamkeit erfordern.

Karikaturen-Streit und Libanon-Krieg, mit Abstrichen auch die Regensburger Papstrede, haben zu einer hochgradigen Emotionalisierung geführt, die auch den Bereich des nicht gewaltbereiten Islamismus erfasste und von den aus diesem Spektrum in Deutschland verbreiteten Medien angeheizt wurde. Im Rahmen ihrer Strategie, Reputation als Gesprächspartner für die Integration der Muslime zu erlangen, rief die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als größte islamistische Organisation in Deutschland zur Mäßigung auf. Die IGMG befindet sich in einer anhaltenden Stagnationsphase; in Schleswig-Holstein ist sie unverändert nur wenig verankert.

Als größter Unsicherheitsfaktor im säkularen Extremismus ist nach wie vor der als Nachfolgeorganisation der verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) anzusehende „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL) einzuschätzen. Die Organisation sah sich in den zurückliegenden Monaten verstärkten militärischen Operationen der türki-

schen Armee ausgesetzt. Im Frühjahr 2007 läuft der von dem inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan verkündete Waffenstillstand aus. Da sich eine friedliche Lösung des Kurdenkonfliktes weiterhin nicht abzeichnet und darüber hinaus nicht auszuschließen ist, dass der militärische Druck sich nicht nur in der Türkei, sondern auch in den Rückzugsräumen der PKK-Guerilla im Nord-Irak verstärken wird, könnte der bewaffnete Kampf im vollen Umfang wieder aufflammen. In diesem Fall wären erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu befürchten.

Das Gesamtpotenzial der Anhänger extremistischer Bestrebungen ist in Schleswig-Holstein wie auch auf Bundesebene weitgehend gleich geblieben. Unverändert betätigt sich auch nur ein sehr geringer Teil der ausländischen Wohnbevölkerung in extremistischen Organisationen.

2 Islamismus

Leitlinie der Verfassungsschutzbehörden ist die strikte Unterscheidung zwischen dem Islam als Religion und dessen Umformung als politisches Herrschaftskonzept, das als Islamismus bezeichnet wird. Letzterer ist eine Erscheinungsform des Extremismus; nur insoweit (und keinesfalls hinsichtlich der friedlichen Religionsausübung der weit überwiegenden Mehrheit der Muslime) ist ein Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes gegeben. Dies beruht auf folgenden Feststellungen:

Zum unabdingbaren Bestand einer freiheitlichen Verfassungsordnung gehört, dass die Religion eine für Dritte folgenlose Privatsache eines jeden Individuums darstellt. Die durch Artikel 4 Grundgesetz gewährte Religionsfreiheit differenziert nicht zwischen einzelnen Religionen und räumt auch Nicht-Gläubigen denselben Achtungsanspruch ein. Eine solche Toleranz gegenüber anderen Lebensplänen ist dem Islamismus fremd. Er verfolgt einen kollektivistischen Ansatz, instrumentalisiert die Religion für politische Machtansprüche und stellt damit eine Ideologie dar. Endziel ist entweder die umfassende, gewaltsame theokratische Umgestaltung der jeweiligen Herkunftsländer und/oder die langfristig angelegte Durchsetzung seiner politisch-religiösen Vorstellungen auch in westlichen Verfassungsstaaten und freiheitlichen Gesellschaftsordnungen. Diese extremistischen Zielsetzungen werden allerdings im

öffentlichen Diskurs häufig verschleiert. So sind vordergründige Bekenntnisse zu Pluralismus, demokratischen Prozessen und Minderheitenschutz nicht selten, die im Kontext jedoch erkennen lassen, dass sie nur solange gelten, wie man sich selbst in der Minderheit befindet.

Von den über 3 Millionen in Deutschland lebenden Muslimen hängt nur eine Minderheit islamistischen Strömungen an. Nur diese unterliegt der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Dabei darf der Fokus nicht auf militante oder gar terroristische Durchsetzungsstrategien verengt werden. Manche islamistische Organisationen lehnen in ihren Verlautbarungen überzeugend Gewalt ab. Äußerungen zur Gewaltfrage sind allerdings nur ein - durchaus wesentlicher - Teilaspekt. Ausschlaggebend ist, dass islamistische Vorstellungen nicht nur punktuell mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kollidieren, sondern die Geltung dieser Grundordnung allenfalls vordergründig akzeptieren, letztlich ihrer eigenen Werteordnung aber den Vorrang einräumen und sie in einer „Parallelgesellschaft“ verankern wollen mit dem Fernziel, ihr ausschließliche politische Geltung zu verschaffen. So fordert der Pakistaner Al-Maududi, einer der Vordenker des Islamismus, in seinem Buch „Als Muslim leben“:

„Wo ihr euch auch befindet, in welchem Land auch immer ihr lebt, müsst ihr euch bemühen, die falsche Grundlage der Regierung zu korrigieren und die Macht denen abzunehmen, die keine Gottesfurcht haben, um selbst zu regieren und Gesetze zu erlassen. Ebenso seid ihr verpflichtet, den aufrichtigen Dienern Gottes zu Führungspositionen zu verhelfen (...).“

Diese Publikation ist in der im Berichtsjahr über einige Moscheen verbreiteten Broschüre einer international agierenden muslimischen Jugendorganisation zur Lektüre empfohlen worden. In ähnlicher Weise fördern auch andere nicht-terroristische Organisationen durch die Verbreitung antiwestlicher Zerrbilder, die Relativierung terroristischer Gewalt oder - wie in der Maududi-Publikation - die Agitation für die unter Umständen gewaltsame Verbreitung des Islams Radikalisierungsprozesse gerade bei jüngeren Muslimen. Sie schaffen damit den Nährboden, aus dem gewaltbereite Gruppierungen ihren Nachwuchs rekrutieren können. Al-Maududi verlangt auf der Linie der kämpferischen Mission von gläubigen Muslimen nämlich auch, der unbedingten Pflicht ihrer Religion folgend,

„(...) eure ganze Kraft einzusetzen, um sie [die Religion] auf Erden vorzuherrschen zu lassen. Entweder schafft ihr dies, oder ihr opfert euer Leben in diesem Kampf.“

Der seit Dezember 2001 in Deutschland verbotene islamistische „Kalifatsstaat“, dessen ausländische Teilstrukturen von dieser Maßnahme unberührt geblieben sind, verbreitet noch immer Schriften, in denen es z. B. heißt:

„Unsere Mission: Der Islam soll das Leben beherrschen. Das heißt, der Koran ist die Verfassung, die *Schari'a* sind die Gesetze und der Islam ist der Staat. (...) Es gibt keine Einigung oder Zugeständnisse mit gottlosen und ungläubigen Regimen.“

Von zunehmender Bedeutung für die islamistische Agitation ist das Internet. Nahezu alle islamistischen Strömungen nutzen dieses Medium, um aktuell und zum Teil mit drastischen Bildern unterlegt ihre Sichtweise weltweit zu verbreiten. Veröffentlichungen im Internet weisen im Allgemeinen radikalere Inhalte auf als Printmedien. Um den Zugriff der Sicherheitsbehörden zu erschweren, werden für die Verbreitung von islamistischer Propaganda über das Internet nicht nur ausländische Provider genutzt, sondern bei terroristischen Bezügen auch die Internet-Adressen häufig gewechselt. In diesem Bereich konnte auch das unautorisierte Einstellen eigener Inhalte in fremde (nicht-extremistische) Internet-Seiten beobachtet werden. Die Auffindbarkeit wird durch interne Weitergabe der Internet-Adresse sichergestellt. Auch passwortgeschützte Chatrooms spielen eine Rolle; der Zugang setzt eine Überprüfung unter Umständen unter Beteiligung von Referenzpersonen voraus.

2.1 Wesensmerkmale des Islamismus

Prägende Merkmale der von Islamisten angestrebten „islamischen Ordnung“ sind

- ein kollektivistischer Gesellschaftsansatz, der den Gemeinschaftsbezug in den Vordergrund rückt und damit Individualität und Pluralität eine Absage erteilt,
- die absolute Geltung der islamischen Quellen für jedermann als unmittelbare Grundlage der staatlichen Ordnung,

- damit auch die Einheit von Staat und Religion,
- daraus hergeleitet die Auffassung, die gesamte Rechtsordnung sei ein von Gott gegebenes, vom Menschen nicht abänderbares System (*Shari'a*).

Diese Vorstellungen sind unvereinbar mit wesentlichen Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Insbesondere stehen sie im fundamentalen Gegensatz zur Volkssouveränität, zur Gewaltenteilung, zum Rechtsstaatsprinzip, zum Mehrparteiensystem einschließlich der Ausübung der parlamentarischen Opposition, des Minderheitenschutzes und der Menschenrechte.

Das für freiheitliche Demokratien existenzielle Merkmal der Volkssouveränität wird kategorisch abgelehnt, weil sie die Gott zustehende Macht dem Volk übertrage. Diese Einstellung prägt auch die Video-Botschaft des stellvertretenden „Al-Qaida“-Führers Al-Zawahiri vom 20. Dezember, der Wahlen innerhalb eines Mehrparteiensystems für unislamisch hält und deshalb die palästinensische HAMAS tadelt: „Sind sie denn nicht eine islamische Bewegung?“ Auf diese Weise würden der *Jihad* für die Befreiung Palästinas erstickt und die *Mujahidin* erdrosselt; Palästina könne aber nicht durch Wahlen, sondern nur durch den *Jihad* befreit werden.

Eine derartige Ablehnung ist aber keinesfalls auf das gewaltbereite islamistische Spektrum beschränkt, sie wird aber unter Umständen nur verklausuliert zum Ausdruck gebracht. Schließlich ist - wie für andere Ideologien auch - für den Islamismus ein simplifizierendes, plakatives Freund-Feind-Denken kennzeichnend.

2.1.1 Antisemitismus

Islamisten aller Couleur sind sich einig in ihrem Hass auf die Juden und auf den Staat Israel. Diese islamistische Judenfeindlichkeit ist im Kern ein Produkt der Moderne und findet ihre Anknüpfungspunkte im europäischen Antisemitismus. Als „Geburtshelfer“ des islamistischen Antisemitismus ist der 1966 in Ägypten hingerichtete Ideologe der „Muslimbruderschaft“ Sayyid Qutb insbesondere mit seinem vor über 50 Jahren erschienenen Pamphlet „Unser Kampf gegen die Juden“ zu sehen. Wenn gleich dem islamistischen Antisemitismus das rassistische Herrenmenschendenken

europäischer Provenienz fehlt, besteht im Ergebnis in der kollektiven Dämonisierung „der Juden“ als Verkörperung der zersetzenden und nach Weltherrschaft strebenden Macht kein Unterschied.

Als Beispiel seien hier die wiederholten israelfeindlichen und antisemitischen Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten genannt, die in islamistischen Kreisen Zustimmung finden. So unterstützte der Führer der ägyptischen „Muslimbrüder“ Mohammed Akef die in diesem Kontext geäußerte Meinung, der Holocaust sei nur ein Mythos. Dies entspricht einem gängigen Agitationsmuster des internationalen Rechtsextremismus („Auschwitz-Lüge“), das als Revisionismus bekannt geworden ist. Insofern kommt es hier zu einer sehr begrenzten Interessenüberschneidung von Rechtsextremisten und Islamisten. Folglich waren zu der im Dezember in Teheran (Iran) durchgeführten „Holocaust-Konferenz“ von iranischer Seite auch bekannte Revisionisten aus dem deutschsprachigen Raum eingeladen worden, deren Teilnahme insbesondere durch passbeschränkende Maßnahmen verhindert werden konnte. Antisemitische Motive wurden auch sichtbar, als im August eine „Holocaust-Karikaturen-Ausstellung“ in Teheran als Reaktion auf die in westlichen Zeitungen abgedruckten Mohammed-Karikaturen veranstaltet wurde.

2.1.2 *Antiwestliche Zerrbilder*

Wenn die westlichen Verfassungsordnungen von Islamisten pauschal abgelehnt werden, so gilt dies erst recht für das darauf beruhende gesellschaftliche Zusammenleben, das durch die individuellen Freiheitsrechte, wie z. B. Entfaltung der Persönlichkeit, Meinungs-, Vereinigungs- und Religionsfreiheit sowie Gleichberechtigung der Frau, bestimmt ist. Damit sind die wesentlichen Konfliktpunkte vorgezeichnet. Deshalb sind Islamisten bestrebt, die westlichen Gesellschaftsordnungen als verabscheuungswürdigen Gegensatz zu den eigenen Gesellschaftsmodellen darzustellen. Nach islamistischem Verständnis richten sich die Grundlagen westlicher Gesellschaftsordnungen gegen das „göttliche Gesetz“; die Menschenrechte nach westlichem Verständnis führen demnach zu sozialer Auflösung und Dekadenz, die freie Entfaltung des Individuums mündet in moralische Verkommenheit. Als angebliche Belege für die Richtigkeit dieser Auffassung werden einzelne Fehlentwicklungen in den pluralistischen westlichen Gesellschaften überzogen als Ausdruck einer generell

„krankhaften Gesellschaft“ dargestellt und jede Abweichung von dem eigenen geschlossenen Gesellschaftsmodell als Perversion verunglimpft. Die desintegrative Wirkung einer derartigen Vorgehensweise liegt auf der Hand. Vorrangiges Ziel der antiwestlichen Propaganda sind die USA als Symbol des Westens. Auffällig ist, dass in diesem Zusammenhang politische Auseinandersetzungen zunehmend religiös aufgeladen und als „Krieg der Religionen“ dargestellt werden, wodurch offenbar auch die in Europa lebenden Muslime in einen Loyalitätskonflikt gebracht werden sollen. Entsprechende islamistische Verlautbarungen legen es aus einer vollständig einseitigen Perspektive heraus auf demagogische Verzerrungen, Vertiefung von Gegensätzen und die Festigung von Feindbildern an. Dies ist ein durchgängiges Muster islamistischer Rhetorik. Die in Deutschland verbotene islamistische „Hizb ut-Tahrir“ („Islamische Befreiungspartei“) verbreitet im Internet im Zusammenhang mit der Regensburger Rede von Papst Benedikt XVI. eine Stellungnahme, die die inkriminierte Passage über die Kritik eines mittelalterlichen Kaisers an der gewaltsamen Verbreitung des Islams sogar zu bestätigen scheint:

„Ob der Papst es gewagt hätte, den Islam und seine Glaubensüberzeugung zu leugnen und den *Jihad*, seine Speerspitze, anzugreifen, wenn das Kalifat der Muslime existieren würde? (...) Der ungläubige, kolonialistische Westen sprüht nach wie vor seine Gifte aus, in blindem Hass auf den Islam und die Muslime.“

Einen breiten Raum nehmen Verschwörungstheorien immer gleicher Zielrichtung ein, deren bizarre Varianten in ihrer Durchsichtigkeit dem Außenstehenden eher zur Verwunderung Anlass geben könnten. So scheint unter Islamisten weitgehende Einigkeit darin zu bestehen, dass insbesondere die Anschläge auf das World Trade Center vom 11. September 2001 von entsprechenden Kräften im Westen selbst inszeniert worden sind, um diese Verbrechen den Muslimen zu Unrecht anlasten zu können. Aber auch das andauernde Blutvergießen im Irak ist nach diesen Auffassungen nicht inneren Auseinandersetzungen zuzuschreiben; vielmehr behauptet z. B. die türkisch-islamistische Tageszeitung „Milli Gazete“ (Ausgabe vom 25./26. Februar) Folgendes:

„Die Agenten fremder Mächte im Irak verkleiden sich als Einheimische und sorgen für ein Blutbad unter der irakischen Bevölkerung. Das Ziel dieser globalen Bande, die die islamische Welt in ein Meer aus Blut verwandelt hat, ist es, dafür zu sorgen, dass die Muslime sich gegenseitig abmeucheln. Als Einheimische verkleidete Agenten bombardieren schiitische und sunnitische Moscheen und wollen so einen Bürgerkrieg vom Zaun brechen.“

2.2 Islamistischer Terrorismus

2.2.1 Internationale Entwicklung im Jahr 2006

Das Ausbleiben verheerender Großanschläge in westlichen Ländern im Jahr 2006 rechtfertigt nicht einmal vorsichtige Entwarnungssignale. Das belegen schon die möglicherweise von den britischen Sicherheitsbehörden nur knapp vereitelten Sprengstoffanschläge auf mehrere Verkehrsflugzeuge. Unbeschadet der äußerst restriktiven Informationspolitik der dortigen Behörden, die Besonderheiten des britischen Strafprozessrechts geschuldet ist, die andererseits aber einer umfangreichen spekulativen Medienberichterstattung Auftrieb gegeben hat, steht im Kern Folgendes fest:

Am 9./10. August wurden in Großbritannien etwa 20 Personen festgenommen, die im Verdacht stehen, Sprengstoffanschläge auf mehrere auf der Nordatlantikroute in der Luft befindliche Flugzeuge geplant zu haben. Die Anschläge sollten von Selbstmord-Attentätern mittels Flüssigsprengstoff verübt werden, wobei die Grundsubstanzen in unverdächtigen Getränkeflaschen im Handgepäck an Bord gebracht und erst während des Fluges gemischt werden sollten. Bei den Festgenommenen handelte es sich überwiegend um Briten pakistanischer Abstammung.

Für Deutschland manifestierte sich die allgemein hohe Gefahrenlage durch die versuchten Kofferbomben-Anschläge im Juli, wobei der Studienort (Kiel) eines der mutmaßlichen Täter Schleswig-Holstein besonders in das Blickfeld rückte (siehe dazu unter Nr. IV 2.2.2). Weitere aus dem internationalen Raum sich auf die Sicherheitslage in Deutschland unmittelbar auswirkende Vorgänge waren der Karikaturen-Streit (siehe dazu unter Nr. IV 2.2.3) und der Libanon-Krieg (siehe dazu unter Nr. IV 2.2.4).

Der Rahmen und die vermeintliche Legitimationsbasis des internationalen islamistischen Terrorismus wurden weiterhin durch die „Al-Qaida“-Führung bestimmt, die ihre

Propagandaoffensive unvermindert fortsetzte und sich als Autorität des globalen *Jihad* behauptete. Da jedoch die Beschränkung auf verbale Beiträge das Risiko des Glaubwürdigkeitsverlustes birgt, war „Al-Qaida“ bestrebt, ihre aktive Teilnahme an konkreten Anschlagplanungen öffentlich zu machen. Der Anschluss der algerischen „Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf“ (GSPC) an die „Al-Qaida“ belegt, dass diese noch immer als strategische Schaltzentrale des *Jihad* gilt und regionale Terrororganisationen sich durch eine Einbindung in diese über Regional- und Partikularinteressen hinausreichende Strategie aufgewertet sehen. Unter diesen Vorzeichen erscheinen folgende chronologisch wiedergegebene Ereignisse des Berichtsjahres aussagekräftig:

In einer Anfang März bekannt gewordenen Botschaft stellt der stellvertretende „Al-Qaida“-Führer Al-Zawahiri klar, dass die Organisation einen politischen Weg zur Konfliktbewältigung wegen der damit verbundenen Kompromisse kategorisch ablehnt und ausschließlich auf den Sieg des Islam insbesondere im *Jihad* setzt. Ziel sei die Gründung eines auf göttlichem Recht beruhenden islamischen Staates. Er leitet dies mit einer rhetorischen Frage ein und führt aus:

„Was schadet es, wenn man politische Erfolge erzielt, und seien sie klein und lediglich Teilerfolge. Die Antwort ist: Gewarnt wird nicht vor diesen kleinen Erfolgen, sondern vor dem hohen Preis, den man dafür bezahlt. Die Alternative dazu ist der Weg der *Da'wa* [Mission] und des *Jihad* bis zur Befreiung des Bodens und zur Errichtung des Kalifats. Gott hat den Muslimen befohlen, den *Jihad* fortzusetzen, bis das Wort Gottes die höchste Instanz sein wird. Koran Sure 2 Vers 193: ‚Und kämpft gegen sie, bis niemand [mehr] versucht, [Gläubige zum Abfall vom Islam] zu verführen, und bis nur noch Gott verehrt wird!‘“

Mit einer am 13. April veröffentlichten Erklärung setzt Al-Zawahiri diese Argumentationslinie fort, indem er die Iraker ermahnt:

„Ich warne euch vor allen, die den *Jihad* gegen die Besatzer verbieten. Sie verraten damit den Propheten.“

In einer am 23. April verbreiteten Audio-Botschaft verdeutlicht Bin Laden die Dimension des *Jihad*, den er seinen Anhängern als einen bis zum Jüngsten Tag dauernden Kampf zwischen Gut und Böse erklärt.

Unmittelbar vor dem Tod des „Al-Qaida“-Führers im Irak Al-Zarqawi wurde in einschlägig bekannten Internet-Foren am 1. Juni eine umfangreiche Audio-Botschaft dieser Symbolfigur des *Jihad* veröffentlicht. Al-Zarqawi wurde bei einer amerikanischen Militäroperation am 7. Juni getötet, weshalb die mehrstündige Botschaft als eine Art „Testament“ interpretiert worden ist. Im Kern geht es darin um eine Kampf-ansage an die Schiiten, die er ausführlich geschichtlich und religiös zu begründen sucht. Unter Hinweis auf angebliche Prophetenworte bezeichnet Al-Zarqawi die Schiiten als eine vom Islam abgefallene Gruppe, die mit allen Mitteln zu bekämpfen sei. Die Schiiten hätten schon in geschichtlicher Zeit immer wieder Verrat geübt und Morde begangen, um die *Umma* - die Gemeinschaft der Muslime - zu schwächen. Diese Muster setzten sich bis in die Gegenwart fort und seien in der Politik des Iran nachweisbar. Schiiten seien nicht nur Glaubensabtrünnige, sondern in besonderer Weise moralisch verkommen. Er kommt zu der Schlussfolgerung, der Krieg gegen die Schiiten habe hohe Priorität. Bevor ein Krieg gegen die Ungläubigen gewonnen werden könne, müsse der Krieg gegen die Schiiten gewonnen werden.

Damit hat Al-Zarqawi kurz vor seinem Tod die seit langem erkennbare Strategie der „Al-Qaida im Irak“ explizit bestätigt, das Land zielstrebig in einen Bürgerkrieg zwischen den Hauptkonfessionen Schiiten, die die Bevölkerungsmehrheit stellen, und Sunniten, die unter dem früheren Saddam-Regime Privilegien genossen, stürzen zu wollen.

Das fundamentale Unwerturteil Al-Zarqawis über die Schiiten kann nicht als Einzelmeinung abgetan werden, nachdem auch saudi-arabische religiöse Autoritäten die Schiiten als „Ungläubige“ aus der *Umma* ausgestoßen haben. Konfessionelle Spannungen entlang der Bruchlinie *Sunna/Schia* werden auch durch die Profilsuche des Iran als (schiitischer) regionaler Machtfaktor angeheizt und wirken sich an vielen Konfliktherden (insbesondere im Libanon-Krieg) zunehmend aus, was die Bürgerkriegsstrategie des irakischen „Al-Qaida“-Zweiges begünstigt.

Der Tod Al-Zarqawis schwächte die terroristischen Kräfte im Irak nicht spürbar. Die Reaktionen auf diesen Vorgang eröffneten jedoch Einblicke in die Gedankenwelt der *Jihadisten*. In Internet-Erklärungen verschiedener *Mujahidin*-Gruppierungen wurde

der *Umma* kondoliert und die Hoffnung geäußert, dass Gott Al-Zarqawi als Märtyrer annehmen werde. Artikuliert wurde auch Freude darüber, dass Al-Zarqawi das ersehnte Ziel des Märtyrertodes erreicht habe. Auch auf einer deutschsprachigen Internet-Seite wurden derartige Nachrufe umfangreich eingestellt. Bemerkenswert ist die in mehreren Erklärungen festzustellende Überhöhung Al-Zarqawis bis hin zu Vergleichen mit dem Tod des Propheten Mohammed. Dies legt den Lesern nahe, in ihm einen auch im spirituellen Sinn Auserwählten zu sehen.

Anfang Juli bemühte sich die „Al-Qaida“-Führung in einer neuerlichen Video-Botschaft zu verdeutlichen, dass sie den *Jihad* nicht nur verbal fördert und unterstützt, sondern auch aktiv eingebunden ist. Dieses insbesondere im Internet verbreitete Video enthält einen Zusammenschnitt von Redebeiträgen Bin Ladens und Al-Zawahiris, unter anderem mit dem „Vermächtnis“ von Shahzad Tanweer, einem der Täter der ersten Anschlagsserie in London im Juli 2005. Enthalten sind Filmsequenzen, die im Stil einer Dokumentation, inhaltlich jedoch *jihadistisch* geprägt, über die Anschläge von London und New York berichten. Al-Zawahiri behauptet in seinem Beitrag, neben Tanweer habe eine andere als Haupttäter geltende Person eine Ausbildung in Trainingslagern der „Al-Qaida“ erhalten. Beide hätten nach ihrer Rückkehr nach Großbritannien ihr Wissen an ihre „Brüder“ weitergegeben und dann die Anschläge durchgeführt. Tanweer hingegen, der in seiner Abschiedsrede den göttlichen Segen für Bin Laden und Al-Zarqawi erbittet, erwähnt weder Al-Zawahiri noch „Al-Qaida“ noch Ausbildungslager. Insofern, aber auch im Hinblick auf die Zeitverzögerung bei der Veröffentlichung und die Art des Zusammenschnitts des Materials bestehen Zweifel, ob die Bezüge der Londoner Attentäter vom Juli 2005 zu „Al-Qaida“ tatsächlich über eine ideologische Verbundenheit hinausgehen. Gleichwohl hatten die Attentäter wahrscheinlich bei ihren Pakistan-Reisen Verbindungen zu *Mujahidin* geknüpft, die mindestens die Weiterleitung des Tanweer-Videomaterials an die Kern-„Al-Qaida“ sicherstellen konnten. Die sehr späte Veröffentlichung des vorher unbekanntes Tanweer-Materials in Form einer *jihadistisch* gefärbten „Dokumentation“ lässt den Schluss zu, dass die „Al-Qaida“-Führung zum Jahrestag der ersten, verheerenden Anschlagsserie in London beweisen wollte, die Attentäter nicht nur inspiriert, sondern auch ausgebildet und gelenkt zu haben.

In der zweiten Jahreshälfte konkretisierten sich die Hinweise darauf, dass eine eher unbedeutende gewaltbereite Gruppe aus Ägypten sowie insbesondere die islamistisch-algerische GSPC sich der „Al-Qaida“ angeschlossen haben. Mitte September verbreitete die GSPC eine mit „Mitteilung und Frohbotschaft zum Beitritt und Treueeid der GSPC“ betitelte Erklärung im Internet, in der es heißt, „Soldaten und Führung der Gruppe hätten den ‚Scheich Mujahid und frommen Mann Usama Bin Laden‘ den Treueeid geleistet“. Eine Umbenennung der GSPC in „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (nach dem Vorbild der irakischen „Al-Qaida“) hat im Januar 2007 stattgefunden. Beide Organisationen versprechen sich Vorteile von ihrem Zusammengehen: Die Kern-„Al-Qaida“ wirkt dem Eindruck entgegen, eine „kopflastige“ Gruppierung ohne handlungsfähige Organe zu sein; die GSPC hebt den bisher regional ausgetragenen Konflikt in den Kontext des globalen *Jihad* und verbessert damit ihre Wirkungsmöglichkeiten (Propaganda, Rekrutierung, Motivation).

An den objektiven Bedingungen beider Organisationen wird sich allerdings kurzfristig nichts ändern. Perspektivisch könnte sich der Terror der GSPC stärker international ausrichten. Aufgrund der historischen Verbindungen bzw. der geografischen Nähe verfügt die GSPC in Frankreich und in Spanien über ein nennenswertes Sympathisanten-Potenzial. Welche mittelfristigen Auswirkungen sich aus dieser Entwicklung auf Europa ergeben, ist noch nicht absehbar. Gerade Spanien könnte aus dieser neuen Konstellation heraus mit besonderen Gefährdungsmomenten konfrontiert werden. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass nicht nur radikale Islamisten fordern, das auf der iberischen Halbinsel im Mittelalter zeitweilig muslimisch beherrschte Territorium (*Al-Andalus*) in das Gebiet des Islam (*Dar al-Islam*) rückzuführen. Auch Al-Zawahiri hat *Al-Andalus* in diesem Kontext in früheren Erklärungen thematisiert, so dass „Al-Qaida“-assoziierte Kräfte noch stärker versuchen könnten, sich in Europa Aktionsbasen zu schaffen.

2.2.2 Festnahme von Terrorverdächtigen in Schleswig-Holstein

Im Bereich des islamistischen Terrorismus wiesen zwei Ereignisse im Jahr 2006 besondere Schleswig-Holstein-Bezüge auf:

Zunächst konnte unter Mitwirkung verschiedener nationaler wie internationaler Sicherheitsbehörden eine Person in Kiel lokalisiert werden, bei der Anhaltspunkte für

die Unterstützung des internationalen *Jihads* vorlagen. Intensive Ermittlungen und operative Maßnahmen führten letztendlich zu einem Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft, die am 6. Juli den 36-jährigen deutschen Staatsangehörigen marokkanischer Herkunft Redouane E. H. aus Kiel als mutmaßlichen Unterstützer der Terrororganisation „Al-Qaida“ festnehmen ließ. Redouane E. H. wird von der Bundesanwaltschaft verdächtigt, die „Al-Qaida“ durch Rekrutierung von potenziellen Selbstmord-Attentätern für einen Einsatz im Irak und durch Geldzahlungen unterstützt zu haben. Nach Auskunft der Bundesanwaltschaft soll Redouane E. H. neben seinen zahlreichen Kontakten zum internationalen Netzwerk gewaltbereiter *Jihadisten* in mehreren arabischen Ländern im November 2005 in Algerien in einem Lager einer dort operierenden terroristischen Vereinigung einen Sprengstofflehrgang absolviert haben. Der Verdacht der Bundesanwaltschaft stützt sich insbesondere auf überwachte Internet-Chats des Beschuldigten. Vor allem seine vermutete Funktion als Nachrichtenmittler für das flüchtige mutmaßliche „Al-Qaida“-Mitglied Said Bahaji und dessen in Hamburg wohnende Ehefrau belegt seine Einbindung in das weltweit agierende Logistiknetzwerk der „Al-Qaida“. Said Bahaji ist verdächtig, Mitglied der Hamburger Zelle um Mohamed Atta gewesen zu sein, die die Terroranschläge des 11. September 2001 in den USA mit vorbereitet und ausgeführt hat. Said Bahaji befindet sich seit dem 3. September 2001 auf der Flucht.

Die Ermittlungen des Bundeskriminalamtes dauern noch an. Soweit derzeit erkennbar, bestehen keine Verbindungen zu dem im Folgenden dargestellten Sachverhalt.

Das zweite Ereignis, das Schleswig-Holstein in den Fokus der Ermittlungen mit Bezug zum islamistischen Terrorismus brachte, waren die versuchten Kofferbomben-Attentate auf Regionalbahnen der Deutschen Bahn am 31. Juli, an denen unter anderem eine Person aus Kiel beteiligt gewesen sein soll. Die Bundesanwaltschaft ermittelt in diesem Zusammenhang gegen den zur Tatzeit 21 Jahre alten libanesischen Staatsangehörigen Youssef Mohamad E. H. aus Kiel, den 20 Jahre alten libanesischen Staatsangehörigen Jihad H., den 23 Jahre alten syrischen Staatsangehörigen Fadi A. S. sowie weitere unbekannte Personen wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, des versuchten Mordes in einer Vielzahl von Fällen und des versuchten Herbeiführens von Sprengstoffexplosionen. Die Beschuldigten sind verdächtig, zusammen mit weiteren bislang unbekanntem Mitgliedern einer terroristischen Vereinigung versucht zu haben, am 31. Juli zwei zeitlich aufeinander

abgestimmte Sprengstoffanschläge auf den Regionalzug RE 10121 von Aachen nach Hamm und den Regionalzug RE 12519 von Mönchengladbach nach Koblenz zu verüben, um eine Vielzahl von Menschen zu töten. Am Tattag trafen Youssef Mohamad E. H. und Jihad H. gegen 12:15 Uhr im Kölner Hauptbahnhof zusammen. Beide führten so genannte Koffertrolleys mit sich, die nahezu baugleiche unkonventionelle Bombenkonstruktionen enthielten; diese sollten in beiden Fällen mittels eines zeitgesteuerten Zündmechanismus gegen 14:30 Uhr zur Detonation gebracht werden. Der Beschuldigte Youssef Mohamad E. H. bestieg den Regionalzug RE 12519, der den Hauptbahnhof um 13:03 Uhr verließ. Nachdem er das präparierte Gepäckstück deponiert hatte, verließ er unbemerkt an einer Haltestelle den Zug. Der Beschuldigte Jihad H. deponierte den „Bombentrolley“ im Regionalzug RE 10121, der den Hauptbahnhof Köln um 12:51 Uhr verlassen hatte. Beide flogen im unmittelbaren Anschluss an die Tat von Köln/Bonn über Istanbul nach Damaskus und reisten weiter in den Libanon.

Trotz Zündauslösung detonierten die Bombenvorrichtungen aufgrund eines „handwerklichen“ Fehlers nicht. Eine Detonation hätte in beiden Fällen eine erhebliche Wirkung gehabt. Die Trolleys wurden am gleichen Tag sichergestellt.

Aufgrund von Videoaufzeichnungen verschiedener Überwachungskameras im Hauptbahnhof Köln, die das Zusammentreffen der Beschuldigten dokumentieren, hatten Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt am 18. August die Öffentlichkeitsfahndung nach zwei Beschuldigten veranlasst. Die daraufhin eingehenden Hinweise führten zunächst zur Festnahme des Youssef Mohamad E. H. am 19. August am Hauptbahnhof in Kiel, als er im Begriff war, sich abzusetzen. Im Zuge der weiteren Ermittlungen konnte Jihad H. identifiziert und die Fahndung nach ihm intensiviert werden. Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs hat am 20. August Haftbefehl gegen Youssef Mohamad E. H. und am 23. August gegen Jihad H. erlassen. Jihad H. hat sich am 24. August im Libanon der Polizei selbst gestellt und befindet sich seitdem dort in Haft.

Der Beschuldigte Fadi A. S. steht aufgrund von Angaben des im Libanon festgenommenen Mitbeschuldigten Jihad H. im Verdacht, zusammen mit Youssef Mohamad E. H. im Vorfeld der Anschlagversuche nach Bombenbauanleitungen re-

cherchiert zu haben. Nach diesen Anleitungen wurden die bei den missglückten Anschlägen verwendeten Bomben zusammengebaut. Der am 26. August gegen A. S. erlassene Haftbefehl ist auf Antrag der Bundesanwaltschaft am 14. September durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs aufgehoben worden. Der Verdacht hat sich insbesondere nach der im Libanon durchgeführten richterlichen Vernehmung des Mitbeschuldigten Jihad H. nicht in einer Weise erhärten lassen, die die weitere Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft gegen A. S. rechtfertigte.

Auch hier dauern die Ermittlungen, mit denen das Bundeskriminalamt betraut ist, noch an.

Der in Kiel wohnhafte Youssef Mohamad E. H. war den Verfassungsschutzbehörden im Vorfeld der Anschlagversuche nicht bekannt geworden. Er hielt sich seit September 2004 im Bundesgebiet auf, um ein technisches Studium zu absolvieren. Zu diesem Zweck besuchte er das Studienkolleg der Fachhochschule Kiel. Aufgrund hoher Fehlzeiten wurde er Ende 2005 zunächst aus dem Kolleg ausgeschlossen und zur Ausreise aufgefordert. Aufgrund ärztlicher Bescheinigungen, die als Grund dieser Fehlzeiten gesundheitliche Gründe attestierten, konnte E. H. seinen Unterricht am Studienkolleg fortsetzen.

Zwar wurde im Nachhinein bekannt, dass sich E. H. im Februar an einer Demonstration in Kiel gegen die so genannten Mohammed-Karikaturen beteiligte. Diese wies allerdings keine Anhaltspunkte in Richtung islamistischer Aktivitäten auf. Die Teilnehmer einer solchen Demonstration unterliegen keinesfalls einem Generalverdacht, islamistische Bestrebungen zu unterstützen. Die Beteiligung von E. H. an dieser Demonstration stellte deshalb zum damaligen Zeitpunkt kein Indiz für irgendwelche damit im Zusammenhang stehenden Verdachtsmomente dar. Dieser Fall verdeutlicht exemplarisch die für die Sicherheitsbehörden bestehenden Probleme, die gefährliche Radikalisierung einer Person zu erkennen, die sich erst kurze Zeit im Bundesgebiet aufhält, eher zurückgezogen und unauffällig lebt und es vermeidet, Kontakte zu bekannten islamistischen Zusammenhängen aufzunehmen. Rückblickend bestätigt insbesondere das versuchte Kofferbomben-Attentat modellhaft den im schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2005 erhobenen Befund. Diesbezüglich wird ausgeführt:

„Die *Jihad*-Ideologie ist auch der inspirierende Gedanke, unter dem sich gewaltbereite Islamisten zu Kleingruppen zusammenfinden, deren Ziel nicht kontinuierliche terroristische Aktivitäten, sondern die Durchführung eines konkreten Anschlags ist. Der *Jihad* fasziniert auch einfach strukturierte Personen, die wegen Identitätsunsicherheiten infolge Migration und tatsächlicher oder vermeintlicher Benachteiligung in westlichen Gesellschaften mit ihrer Entscheidung zum Kampf für eine vermeintlich brüderliche islamische Gesellschaftsordnung aus der Passivität heraustreten können. Diese Gruppen weisen unterschiedliche Merkmale bezüglich ethnischer Herkunft, Struktur, Radikalisierungsprozessen, Tatvorbereitungen etc. auf. Feste Verdachtskriterien sind daraus nicht abzuleiten, was die rechtzeitige Erkennung solcher lokalen Netzwerke für die Sicherheitsbehörden erschwert.“

Auch unter Berücksichtigung dieser beiden Ermittlungsverfahren gilt unverändert die Feststellung, dass in Schleswig-Holstein keine Strukturen islamistischer Terror-Netzwerke erkennbar sind, sowie darüber hinaus, dass auch hier zumindest mit Einzelpersonen zu rechnen ist, die sich von der Ideologie des internationalen *Jihads* gegen die so genannten Kreuzzügler angesprochen fühlen.

Ein besonderes Augenmerk verlangt aktuell die Beobachtung von Islamisten, die im Kontakt zu den so genannten Widerstandskräften im Irak stehen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die dortige Terrorgruppe „Ansar al-Islam“ bzw. „Ansar al-Sunna“ (AAI) zu nennen. Diese Gruppierung, die im kurdischen Teil des Iraks einen so genannten Gottesstaat - vergleichbar mit dem ehemaligen Taliban-Regime in Afghanistan - errichten will, ist stark in die terroristische Widerstandsbewegung im Irak eingebunden. Sie verfügt auch in Schleswig-Holstein über ein gewisses Anhängerpotenzial. Deshalb gilt es, diese Personen und deren Anlaufstellen zu identifizieren, um eine mögliche logistische Unterstützung der AAI durch diesen Personenkreis - wohl insbesondere in finanzieller Hinsicht - aufzudecken und zu unterbinden. Eine besondere Gefahr geht daneben auch von Personen aus, die sich im Irak an terroristischen Aktivitäten beteiligt haben und später in europäische Länder einreisen, um dort einen dauerhaften Aufenthalt zu begründen. Diese kampferfahrenen Personen könnten ein gravierendes terroristisches Potenzial bilden. Auch hier besteht ein Aufklärungsschwerpunkt der Verfassungsschutzbehörden.

2.2.3 Mohammed-Karikaturen provozieren Islamisten

Bereits am 30. September 2005 waren in der dänischen Tageszeitung „Jyllands Posten“ erstmals zwölf islamkritische Karikaturen veröffentlicht worden, in denen entgegen dem islamischen Verbot der bildlichen Darstellung des Propheten Mohammed dieser zeichnerisch-satirisch dargestellt worden war. Dieser Erstabdruck blieb weitgehend unbeachtet. Nachdem eine Delegation dänischer Muslime mehrere arabische Länder besucht und dabei nach Medienberichten dort auch andere besonders abfällige, aber nicht in diesen Kontext einzuordnende Bilder präsentiert hatte, erhob sich in der islamischen Welt im Januar/Februar ein Proteststurm. In der Zuspitzung Meinungsfreiheit versus Religionsfreiheit manifestierte sich ein den Islamisten hochwillkommener scheinbar unüberwindbarer Kulturkonflikt, der in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens auch mit lokalen Interessen aufgeladen wurde. Doch nicht nur islamistische Kreise heizten die Stimmung weiterhin auf. Bei Demonstrationen in islamischen Ländern kam es auch zu massiven Ausschreitungen gegen dänische und andere westliche Einrichtungen, wobei auch Demonstranten getötet wurden. Ferner wurde zum Boykott dänischer Firmen und Produkte aufgerufen, der für die Länder Geltung haben sollte, in denen Zeitungen die Karikaturen nachgedruckt hatten (z. B. Deutschland). Darüber hinaus war eine Vielzahl von Drohungen in Richtung dieser Adressaten zu verzeichnen. Eine im Internet verbreitete, wahrscheinlich authentische Botschaft einer militanten irakischen Gruppe forderte, Dänen gefangen zu nehmen und „in so viele Stücke zu schneiden, wie Exemplare der jeweiligen Zeitungen verbreitet wurden“. Entsprechendes gelte für Bürger anderer Staaten, in denen die Karikaturen nachgedruckt worden seien. Der „Al-Qaida“-Führer Bin Laden äußerte sich in einer am 23. April veröffentlichten Erklärung zu der Thematik. Aus seiner Sicht verdeutlichen die Karikaturen das Ausmaß der Feindseligkeit des Westens gegen die islamische Welt. Er ruft die Muslime zur Tötung der Zeichner und derjenigen auf, die den Abdruck der Karikaturen veranlasst oder verteidigt hätten.

In islamischen und islamistischen Internet-Foren war die Auseinandersetzung um die Karikaturen dominierendes Thema, das auch in Deutschland große Resonanz fand. Bundesweit wurde insbesondere im Februar eine Reihe anlassbezogener Demon-

strationen durchgeführt. Nachdem Vertreter islamischer Verbände zur Mäßigung aufgerufen hatten, verliefen die Kundgebungen in Deutschland friedlich.

Letzteres gilt auch für eine in Schleswig-Holstein durchgeführte Demonstration. Am 10. Februar nahmen in Kiel etwa 200 Personen an einem Aufzug teil, der von einem nicht der Beobachtung durch den Verfassungsschutz unterliegenden Verein angemeldet worden war. Weder die mitgeführten Transparente (mit Aufschriften wie „Pressefreiheit ja - Blasphemie nein!“ oder „Islam = Frieden“), die skandierten Parolen noch das bei diesem Anlass verteilte Flugblatt wiesen islamistische Aussagen auf. Insofern begründete die Teilnahme an dieser angemeldeten, friedlich verlaufenden und sich nicht islamistisch artikulierenden Demonstration keine frühzeitigen Verdachtsmomente gegen einen der mutmaßlichen Kofferbomben-Attentäter (siehe dazu unter Nr. IV 2.2.2), der in Fernsehaufzeichnungen nachträglich unter den Teilnehmern festgestellt werden konnte.

In Rendsburg und Büdelsdorf kam es im Zeitraum nach dem 20. Februar mehrfach zu Sachbeschädigungen an einer Schule bzw. einem Freizeithaus. Unbekannte zerstörten in mehreren Nächten Scheiben durch Steinwürfe. Im Hinblick auf den Tatzeitraum und den Umstand, dass es sich hier um von der dänischen Minderheit genutzte Objekte handelt, ist ein Zusammenhang mit den Protesten gegen die Mohammed-Karikaturen anzunehmen.

Die Reaktionen auf einen Vortrag, den Papst Benedikt XVI. anlässlich seines Deutschland-Besuches Anfang September in Regensburg gehalten hatte, ließen für kurze Zeit eine erneute Protestwelle befürchten. Nach Klarstellungen und Treffen des Papstes mit Muslimen, auch dank deeskalierender Äußerungen islamischer Autoritäten, flauten die Proteste relativ schnell wieder ab. Gleichwohl waren auch hier insbesondere im Spektrum der islamistischen Publizistik Äußerungen festzustellen, die erkennbar von dem Bestreben geleitet waren, die Empörung zu schüren und erneut einen Grundkonflikt zwischen islamischer und christlicher/westlicher Welt zu konstruieren.

2.2.4 Auswirkungen des Libanon-Krieges

Abgesehen von den die islamische Welt bewegenden Dauerthemen (Irak, Afghanistan, Palästina) war der Libanon-Krieg nach dem Karikaturen-Streit der zweite Anlass für einen massiven Emotionalisierungsschub innerhalb weniger Monate. Nach dem Beschuss des israelischen Grenzgebietes mit Katjuscharaketen und der Entführung zweier israelischer Soldaten am 12. Juli reagierte Israel mit einer gegen die libanesischen „Hizb Allah“ gerichteten Militäroperation, die sich schnell zu einem Krieg ausweitete. Die „Hizb Allah“ intensivierte daraufhin den Raketenbeschuss Israels auch mit neuen weit reichenden Projektilen. Das massive Vorgehen der israelischen Armee im Süd-Libanon und die harten Luftschläge gegen Ziele in Beirut und anderen libanesischen Städten wurden im Hinblick auf den Kriegs Anlass und die Opferzahlen nicht nur in der arabischen Welt als unverhältnismäßig kritisiert.

Islamisten bot das Kriegsgeschehen erneut eine Gelegenheit, vorhandene Stimmungen für sich zu nutzen und medial zu verstärken. Auf der Internet-Seite des tunesischen Zweiges der islamistischen „Muslimbruderschaft“ lobte deren geistliches Oberhaupt Mohammed Akef den „kämpferischen Islam“ und rief zum *Jihad* auf:

„Der Sieg wird nicht nur durch Armeen erreicht werden, sondern durch die Widerstandskämpfer, die an Gott glauben und als Märtyrer sterben wollen. Aus diesem Grund rufen wir auf, die Jugendlichen in allen arabischen und islamischen Ländern auszubilden, die an dem *Jihad* teilnehmen wollen, damit sie Vorhut oder Reservisten der Armeen für die Befreiungsschlacht bilden.“

Der besonders bei jungen Muslimen populäre ägyptische Fernsehprediger Amr Khaled, der in Deutschland mehrfach bei Veranstaltungen von Organisationen aufgetreten ist, die von der „Muslimbruderschaft“ beeinflusst sind, sprach sich für eine Ausweitung des Krieges aus:

„Wir haben erwartet, dass wir die arabischen Armeen und die arabischen Kampfflugzeuge und die arabischen Raketen sehen würden, wie diese der Aggression gegen ein arabisches Land die Stirn bieten.“

In Zeitungen und im Internet verbreitete Fotos ziviler Opfer im Süd-Libanon, darunter insbesondere auch Kinder, vermittelten eine ausschließlich einseitige Sichtweise des

Konfliktes und verteufelten Israel. Auch in Deutschland gab es entsprechende Veröffentlichungen. Eine von einem offensichtlich arabischstämmigen Aktivisten aus Baden-Württemberg im Juli in das Internet eingestellte deutschsprachige Seite zeigte, wie weit dabei die Sympathien für die „Hizb Allah“ reichten. Deren Logo tauchte mehrfach auf diesen Seiten auf. Gezeigt wurden unter anderem die Fotos toter oder schwer verletzter libanesischer Kinder ganz offensichtlich in der Absicht, für Protestaktionen gegen Israel und für die „Hizb Allah“ zu mobilisieren. So wurden auch zahlreiche Aufnahmen von Demonstrationen - darunter in Lübeck - und Vorschläge für Sprechchöre eingestellt, wie z. B. „Libanon durch den Krieg/Hisbollah für uns zum Sieg“ oder „Israel und USA haben Angst vor Hisbollah“ (Schreibweise wie im Original). Im „Gästebuch“ der Seite fanden sich Kommentare wie „An alle Muslime - Machen wir die Juden fertig ... Allah hat sie sowieso verdammt“, oder ebenfalls mit Bezug auf Juden: „Ich wünsche den Parasiten den Tod. Ob klein oder groß, alle gehören ausgerottet, so wie es Hitler vor hatte.“ (Rechtschreibfehler nicht übernommen).

Auch die im Spektrum der islamistischen „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) verbreitete türkischsprachige Zeitung „Milli Gazete“ griff die Thematik unter anderem mit der Behauptung auf, dass Europa und besonders die USA über das israelische Vorgehen sehr erfreut seien, da Israel das tue, was dem Westen nicht gelinge, nämlich Muslime zu töten (Ausgabe vom 2. August). Es sei an der Zeit, [dem „Hizb-Allah“-Führer] Nasrallah in den Abwehrkampf zu folgen (Ausgabe vom 20. Juli). Vergleichbare Äußerungen fanden sich in islamistischen Internet-Foren.

Entgegen dieser Tonlage rief die IGMG-Führung - ebenso wie andere Stimmen aus dem Islam in Europa - zur Mäßigung auf. Auch die Veranstalter der bundesweit zahlreichen Demonstrationen waren bemüht, trotz einer vielfach spürbaren hochgradigen Emotionalisierung der Teilnehmer auf einen friedlichen Verlauf und auf den Verzicht auf massive „Hizb-Allah“-Sympathiebekundungen hinzuwirken. Drei in Schleswig-Holstein veranstaltete Demonstrationen verliefen friedlich. Die höchste Beteiligung verzeichnete die Demonstration am 29. Juli in Kiel mit etwa 400 Teilnehmern, während die Teilnehmerzahlen bei den Demonstrationen am 5. August wiederum in Kiel sowie in Lübeck bereits darunter lagen.

Wenn der Emotionalisierungsschub durch den Libanon-Krieg nach dessen Ende sehr schnell abebbte, könnte dies eine Facette des zunehmenden Gegensatzes zwischen Sunniten und Schiiten sein. Auf arabischer Seite war Kriegspartei die „Hizb Allah“, die eine schiitische, primär vom schiitischen Iran alimentierte Organisation ist. Der konfessionelle Gegensatz wurde nur durch das gemeinsame Feindbild Israel vorübergehend überdeckt. Eine am 27. Juli bekannt gewordene Erklärung des „Al-Qaida“-Vizes Al-Zawahiri, die an die „Schwachen und Unterdrückten der Welt“ adressiert ist, veranschaulicht dies. Mit Bezug auf den Libanon-Krieg erinnert er die Muslime an ihre Pflicht zum *Jihad* und ruft sie auf, den Märtyrertod zu suchen, um den „Kreuzzüglern und Zionisten“ Schaden zuzufügen. Die gegenwärtigen Ereignisse zeigten die Bedeutung der beiden Fronten des *Jihad* im Irak und in Afghanistan. Wenngleich Al-Zawahiri hier erwartungsgemäß die Eskalation im Nahen Osten propagandistisch für die Ziele der „Al-Qaida“ auszunutzen versucht, äußert er sich doch in bezeichnender Weise distanziert. Auffällig ist z. B., dass Al-Zawahiri zu einer Koalition der „Unterdrückten der Welt“ gegen den Westen aufruft. Während er ansonsten eine scharfe Trennung zwischen Gläubigen und Ungläubigen vornimmt (eines der fundamentalen Prinzipien der „Al-Qaida“-Ideologie), unterscheidet er hier zwischen „Unterdrückern“ und „Unterdrückten“. Diese ungewöhnliche Begrifflichkeit spiegelt das Dilemma der konfessionellen Spaltung der idealisierten *Umma* - die Gemeinschaft der Muslime - wider, die Al-Zawahiri zwingt, eine ausdrückliche Parteinahme für schiitische Kräfte zu vermeiden. Insofern vermittelt die Botschaft den Eindruck einer wenig inspirierten propagandistischen Pflichtübung.

2.3 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht gewaltbereite islamistische Organisation

Die IGMG hat ihre Stagnation nicht überwinden können. Weder Mitgliederzahlen, Veranstaltungen noch die öffentliche Wahrnehmbarkeit deuten auf eine vitale Entwicklung hin. Die IGMG ist unverändert lähmenden Einwirkungen aus der türkischen Politik ausgeliefert.

Das Mitgliederpotenzial der IGMG - nach Eigenangabe im Internet 87.000, nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden jedoch nur 26.500 Personen - ist unverändert geblieben. Auch in der öffentlichen Wahrnehmung hat die Organisation

keinen Bodengewinn erzielen können. Ihren Anspruch, die in Deutschland wohnhaften Muslime zu repräsentieren, verfehlt sie weiterhin. Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen hat die IGMG nur in geringem Umfang durchgeführt. Nennenswert ist insoweit lediglich eine europaweite Großveranstaltung, die unter dem Motto „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ am 4. Juni in Hasselt (Belgien) durchgeführt wurde und die immerhin über 25.000 Teilnehmer anzog. Auch bei dieser Gelegenheit wurden der Ursprung der IGMG aus der von Necmettin Erbakan gegründeten „Milli-Görüs“-Bewegung und ihre fortdauernde Einbindung in das türkische islamistische Spektrum mit einer Live-TV-Schaltung zu Erbakan sowie der Teilnahme des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden der türkischen „Saadet-Partisi“ (SP) belegt.

Diese historisch und ideologisch begründete enge Verbindung mit dem traditionellen islamistischen Spektrum der Türkei erweist sich für die IGMG in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, mehr und mehr als Fessel. Erbakan hat seine Anhängerschaft so nachhaltig auf sich als „Führer“ und „*Hodja*“ (Ehrentitel für einen Lehrer) eingeschworen, dass seine Verehrung personenkultartige Züge zeigt. So zitiert die der „Milli-Görüs“-Bewegung als Sprachrohr dienende Tageszeitung „Milli Gazete“ einen IGMG-Funktionär, der sich bei einer Rede in der Türkei über das Zusammenwirken türkischer und europäischer Islamisten und die Rolle Erbakans wie folgt äußerte:

„Um Milli Görüs wieder an die Macht zu bringen, müssen wir von Europa und ihr von der Türkei aus mit aller Kraft arbeiten. Denn die Rettung der islamischen Welt, die heute vielleicht die dunkelsten Tage ihrer Geschichte erlebt, ist nur durch die Türkei möglich. Wir als in Europa befindliche Auswanderer unterstehen dem Befehl unseres *Hodja* Erbakan.“
(„Milli Gazete“ vom 29. Mai)

In dem von mutmaßlichen IGMG-Anhängern gestalteten Internet-Forum „Milli-Görüs-Forum“ war auf der Eingangsseite eine Huldigung Erbakans eingestellt; diese lautete:

„Auf dem Thron soll Erbakan Platz nehmen/
auch wenn es den Verrätern nicht gefällt -/
mein Führer ist der Ordensmeister aller Führer/
wir lieben dich, Verteidiger.“ (Ehrentitel sowie
Titel einer Erbakan-Biografie)

Diese devote Ergebenheit eines Großteils ihrer Anhängerschaft muss die IGMG-Führung, die auch Anlass hat, den mindestens patriarchalisch-autoritären Führungsstil Erbakans zu fürchten, in Rechnung stellen. Insofern ist der Bewegungsspielraum eng bemessen; ihre organisatorischen und ideologischen Wurzeln kann sie unter den gegebenen Bedingungen nicht kappen. Diese „Erblast“ der IGMG lässt sich wie folgt beschreiben: Mehrere von Erbakan gegründete Parteien sind in der Türkei verboten worden, weil sie die Beseitigung der laizistischen türkischen Staatsordnung anstrebten. Zentrale Kernelemente der „Milli-Görüs“-Ideologie sind zum einen ein großtürkischer Nationalismus, zum anderen der postulierte Dualismus zwischen religiös versus säkular begründeten Gesellschaftsordnungen, die Erbakan bis Anfang der 1990er-Jahre in seinem Werk „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“) formuliert hat. Demnach ringen von Anbeginn zwei Zivilisationen miteinander um die Vorherrschaft, von denen eine auf den Offenbarungen beruht, die die Propheten von Gott erhalten haben, während die andere auf Stärke und Gewalt gegründet ist. Während die ethisch-religiös fundierte Ordnung eine umfassende Gerechtigkeit hervorbringt, leben die Menschen in der „Zivilisation der Stärke“ nach eigenen Regeln und Gesetzen mit der Folge von Unrecht, Ausbeutung und Unterdrückung. Als aktuelle Erscheinungsform einer solchen Zivilisation nennt Erbakan „den Westen“; ihr Merkmal sei die Demokratie. Diese Zivilisation wird, da sie einer ethisch-religiösen Grundlage entbehrt, in den türkischen Ausgaben von „Adil Düzen“ als „Batil Düzen“ („Ordnung des Aberglaubens/ungültige Ordnung“) bezeichnet, wobei der Begriff „Batil“ ausdrückt, dass diese Ordnung nichtig, das heißt ohne jede Existenzberechtigung ist. Die „Milli-Görüs“-Bewegung unter Einschluss der IGMG wird diesen Kampf nach Auffassung Erbakans entscheiden.

Dass es hierbei um weit mehr als die Türkei geht, ist evident. Wie ein Mantra wiederholt Erbakan in seiner Rede aus Anlass des fünften Jahrestages der Gründung der SP (abgedruckt in der „Milli Gazete“ zwischen dem 10. und 14. August), die „Milli Görüs“ sei die Rettung für die gesamte Menschheit. Er äußert in vielfachen Variationen unter anderem Folgendes:

„Inzwischen kennt nicht nur unsere Türkei, sondern die ganze Welt Milli Görüs, und Milli Görüs ist nicht nur die Rettungsoperation für die

Türkei, sondern steht für die Rettung der gesamten Menschheit und für die Begründung einer neuen Welt.“

Integraler Bestandteil dieser islamistischen Bewegung als dessen europäischer, insbesondere deutscher Zweig ist die IGMG. Diese verschleiert ihre organisatorisch-ideologische Herkunft und Verknüpfung und versucht, ihre Außenwahrnehmung in ihrem Sinne zu steuern. Sie trägt seit längerem organisationsintern auf allen Ebenen Sorge dafür, dass problematische Bekundungen der engen Verbundenheit mit dem islamistischen Spektrum der Türkei, offene Hinweise auf die „Adil-Düzen“-Ideologie mit ihrem antiwestlichen und antidemokratischen Kern und verbale Ausfälle der in diesem Spektrum verbreiteten Tonart unterbleiben. Nach außen bekennt sich die IGMG auch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zum gesellschaftlichen Dialog. Vor diesem Hintergrund polemisiert sie gegen ihre Aufnahme in die Verfassungsschutzberichte als islamistische Organisation. Nicht nur in diesem Zusammenhang zeigt sich die IGMG sehr prozessfreudig. Erfolge, die die Organisation in Gerichtsverfahren punktuell erzielt, betreffen Einzelaspekte. Gleichwohl werden diese, mit entsprechenden Kommentaren versehen, publik gemacht, während Gerichtsentscheidungen, die in grundsätzlicher Hinsicht immer wieder die verfassungsfeindliche Ausrichtung der IGMG klarstellen, aus nahe liegenden Gründen verschwiegen werden.

Auf der Internet-Seite der IGMG fällt das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung kurz und formelhaft aus. Es leitet auch lediglich zu Forderungen über, die den Muslimen eine Sonderrolle in der Gesellschaft zuweisen, etwa im Zusammenhang mit der Befreiung von Mädchen vom Sportunterricht, mit dem Schächten oder mit dem Kopftuch. Zu Letzterem wird z. B. behauptet:

„Das Tragen eines Kopftuchs ist ein Teil dieses Gebotes des Islams, dem es zu folgen gilt.“

Diese apodiktische Feststellung lässt den Vorbehalt, letztlich die Frau entscheiden lassen zu wollen, als Schutzbehauptung erscheinen. So weist insgesamt das geschönte Bild, mit dem die IGMG jedenfalls in Deutschland über ihre islamistischen Züge hinwegtäuschen will, Unstimmigkeiten auf, die das dahinter liegende Gedankengut erkennen lassen. Die IGMG pflegt ein rigoroses Islamverständnis, das die

Integration in eine moderne westliche Gesellschaft erschwert und die Grundlage dafür bietet, einen eigenen Integrationsbeitrag als vermeintliche Assimilation ablehnen zu können.

Schleswig-Holstein zählt unverändert nicht zu den Organisationsschwerpunkten der IGMG. Allerdings sind erste Anzeichen für den Versuch erkennbar, die Strukturen zu straffen und eine stärkere Einbindung der IGMG-orientierten Vereine in Schleswig-Holstein zu erreichen. Diese Vereine, die in Kiel, Lübeck, Neumünster, Rendsburg sowie im Hamburger Umland ansässig sind und knapp 500 Mitglieder zählen, waren öffentlich kaum wahrnehmbar.

3 „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

3.1 KONGRA-GEL in schwieriger Lage

Für den aus der früheren „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) hervorgegangenen KONGRA-GEL haben sich die inneren und äußeren Bedingungen verschlechtert. Initiativen wie der von dem inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan verkündete Waffenstillstand haben den KONGRA-GEL auf der Ebene politischer Akzeptanz und gleichberechtigter Einbindung als Verhandlungspartner der türkischen Regierung oder europäischer Gremien in einem Friedensprozess für die Kurden nicht vorangebracht. Die anhaltenden militärischen Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und den KONGRA-GEL-„Volksverteidigungskräften“ (HPG), die sich nach der ohnehin wenig spürbaren Winterpause im laufenden türkischen Wahljahr vermutlich noch weiter intensivieren werden, und die unsichere Situation im HPG-Rückzugsraum im Nord-Irak könnten die Lage für den KONGRA-GEL erheblich zuspitzen. Unter dem Eindruck dieser heraufziehenden Gefahr ist der organisationsinterne Aktionismus, der sich in Umbenennungen, Neugründungen und ideologischen Schwenks niederschlug, zurückgegangen.

3.2 Öcalans Waffenstillstandsangebot bleibt ohne Resonanz

Schon der Jahresbeginn stand mit einer insbesondere von kurdischen Jugendlichen auch gewaltsam geführten Kampagne gegen die Haftbedingungen Öcalans unter ungünstigen Vorzeichen, die zunehmend das erste Halbjahr 2006 mit einer Vielzahl von Bombenanschlägen in der West-Türkei und zahlreichen Militäraktionen in den

Kurdengebieten bestimmten. Daraufhin kam es dort auch zu inneren Unruhen, bei denen im Verlauf von Straßenschlachten zwischen Sicherheitskräften und vorwiegend kurdischen Jugendlichen mehrere Menschen getötet worden sind. Im Spätsommer führte eine Attentatsserie, die mit schweren Bombenanschlägen auch türkische Urlaubsregionen betraf (z. B. Bombenanschlag in Antalya am 28. August mit vier Toten und mehr als 70 Verletzten) und als deren Urheber kurdische Extremisten gelten, zu einer unerwarteten Eskalation. In der kurdischen Metropole Diyarbakir starben am 12. September bei einer Bombenexplosion zehn Menschen, davon sieben Kinder. Zu dem Anschlag bekannte sich in einer Internet-Erklärung eine „Türkische Rachebrigade“, die diese Erklärung mit folgender Drohung verband:

„Wir als türkische Rachebrigade schwören bei unserer Flagge, die aus dem Blut der Märtyrer hervorgegangen ist, dass wir für jeden Türken, den die PKK im Westen [der Türkei] zum Märtyrer macht, in Diyarbakir zehn Kurden umbringen werden.“

Diese zunehmend angespannte Situation mit hohem Eskalationspotenzial nutzte Öcalan in seinem bekannten Bestreben, sich als Schlüsselfigur für die friedliche Lösung des Kurdenproblems zu positionieren. In kurdischen Medien ließ er verbreiten, [nur] er sei in der Lage, zu einem Waffenstillstand aufzurufen. Dies geschah mit einer über seine Anwälte veröffentlichten Erklärung vom 28. September, der zufolge ab dem 1. Oktober eine einseitige Waffenruhe herrschen solle. Die HPG erklärten, sich daran halten zu wollen und auf Angriffe zu verzichten, falls die türkische Armee keine „Vernichtungsoperationen“ beginne. Nach Angaben der HPG kam es jedoch schon am 2. Oktober erneut zu Gefechten. Die militärischen Zusammenstöße - obwohl durch die dann einsetzenden winterlichen Bedingungen abgeschwächt - rissen auch in der Folgezeit nicht ab.

Auch die terroristisch agierenden „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK), die sich zu zahlreichen Anschlägen in der Türkei bekannt hatten, äußerten am 7. Oktober ihre Bereitschaft, sich der Waffenruhe anzuschließen. Die Vermutungen über insgeheim bestehende Verbindungen der TAK zum KONGRA-GEL haben sich in diesem Zusammenhang weiter erhärtet. Zum Jahresende gingen die TAK jedoch schon wieder zu Drohungen über. Unter Bezugnahme auf die Erklärung vom 7. Oktober heißt es in

der am 5. Dezember von einer kurdischen Nachrichtenagentur verbreiteten Mitteilung:

„Wie wir in der Erklärung dargelegt haben, haben wir diesen Aufruf [zur Waffenruhe] deshalb aufmerksam und wachsam verfolgt und befolgt, weil er vom Vorsitzenden Apo (liebevoll-familiäre Anrede Öcalans) stammt (...). Es gibt keine Macht, die uns bindet, falls diese aggressiven Haltungen [der türkischen Sicherheitsbehörden], die sich darauf richten, die Bemühungen des Vorsitzenden Apo zu vereiteln, anhalten. Falls wir zur Aktionsphase schreiten, erklären wir bereits jetzt, dass neben Racheaktionen auch überraschende und nicht rückgängig zu machende Folgen entstehen werden (...). Die Türkei wird zu einem zweiten Irak werden, in dem Schrecken und Chaos herrschen.“

Öcalan selbst hat in einer KONGRA-GEL-nahen Zeitung verlautbaren lassen, dass er sich höchstens sechs Monate für die Einhaltung des Waffenstillstands einsetzen könne („Yeni Özgür Politika“ vom 30. Oktober). Als Fristende soll er nunmehr konkretisierend die zweite Mai-Woche genannt haben, „sofern bis dahin keine Schritte im Hinblick auf eine [beiderseitige] Waffenruhe gemacht worden sind“ („Yeni Özgür Politika“ vom 23. Dezember). Obwohl Öcalan in der Vergangenheit mehrfach eine verbale Schaukelpolitik zwischen Friedenssignalen und Kriegsdrohungen betrieben hat, ohne letztlich den grundsätzlichen „Friedenskurs“ des KONGRA-GEL aufzukündigen, ist nunmehr eine Lageverschärfung wahrscheinlicher geworden. Dafür sprechen die sogar in den Wintermonaten fortgesetzten Kampfhandlungen, deren Intensivierung vor dem Hintergrund zunehmenden innenpolitischen Drucks im Vorfeld der in der Türkei anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu befürchten ist, und die unsichere Lage auch im Nord-Irak. Hier könnte aufgrund türkischen Drucks oder sogar direkten militärischen Eingreifens dem KONGRA-GEL und seinen HPG ein existenziell wichtiger Rückzugsraum genommen und damit die Organisation in einen Überlebenskampf mit Auswirkungen auf Europa und europäische Interessen verwickelt werden. Derartige Auswirkungen ergeben sich schon aus früheren Bedrohungsszenarien der TAK. Als deutlicher Beleg hierfür kann eine deutschsprachige E-Mail zitiert werden, die Mitte April - also noch vor der Verkündung des Waffenstillstands - deutsche Reiseveranstalter (Programmschwerpunkt Türkei-Reisen) erreichte und die mit der Anschlagsserie im Sommer sich sicherlich nicht erledigt hat:

„Überall in der Türkei werden Bomben explodieren, Anschläge und Attentate verübt werden. Wir werden keine Regel berücksichtigen. Wir werden unsere Aktionen mit dem Willen zur Rache verüben (...). Wir richten folgende Aufrufe an in- und ausländische Touristen: Unsere Angriffe werden sich vor allem im touristischen Bereich konzentrieren. Denn beim Tourismus handelt es sich um einen der Hauptbereiche, welche den schmutzigen Krieg [gegen die Kurden] nähren und finanzieren. Wir warnen inländische und ausländische Touristen davor, sich in touristische Gebiete zu begeben. Wir werden die Verantwortung nicht tragen, wenn sie bei Angriffen in diesen Gebieten ihr Leben verlieren.“

3.3 Organisatorische und ideologische Entwicklungen

Der KONGRA-GEL ist im November 2003 über die Zwischenstation des kurzzeitig existierenden „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ aus der terroristischen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) hervorgegangen. Zweifelsfrei steht der KONGRA-GEL in der Kontinuität der früheren PKK, was am deutlichsten in der auch seine Inhaftierung überdauernden Führungsfunktion Öcalans zum Ausdruck kommt. Dieser hat dem KONGRA-GEL eine mehr politisch akzentuierte Rolle verordnet, während die Guerillakämpfer unter der euphemistischen Bezeichnung „Volksverteidigungskräfte“, die sich auf die „legitime Selbstverteidigung“ beschränken sollen, vorgeblich organisatorisch verselbständigt worden sind.

Neuere Impulse - wie die Wiederbegründung der PKK am Geburtstag Öcalans (!) am 4. April 2005 - und das Konzept des „Demokratischen Konföderalismus Kurdistans“ (KKK) haben in der praktischen Umsetzung wenig bewirkt. Die „neue“ PKK ist kaum in Erscheinung getreten. In welcher Weise sie - ebenso wie das KKK-Konzept - die „Demokratisierung des Nahen Ostens“ voranbringen soll, blieb weitgehend unklar. Auch insoweit scheint es Öcalan um eine kosmetische Verschönerung zu gehen: Der KONGRA-GEL und seine Nebenorganisationen sollen - anders als die frühere PKK - nicht als eine auf überholten marxistisch-leninistischen Vorstellungen beruhende Kaderpartei wahrgenommen werden. Da die Führungs- und Entscheidungsstrukturen weitgehend unverändert geblieben sind, handelt es sich insoweit nur um Imagepflege. Öcalan selbst bringt die Beliebigkeit solcher Neuerungen deutlich zum Ausdruck. In einem Gespräch mit seinen Anwälten hat er der „Yeni Özgür Politika“ (Ausgabe vom 25. September) zufolge ausgeführt, die Schließung kurdischer Einrichtungen im Nord-Irak und die Aufnahme der PKK in die EU-Terrorliste seien nicht weiter wichtig, weil anstelle verbotener Strukturen jederzeit neue aufgebaut werden könnten.

3.4 Entwicklung in Deutschland

Die konzeptionellen Vorstellungen Öcalans zu einer vorgeblichen Demokratisierung des Organisationsgeflechts sind auch in Deutschland nur zögerlich realisiert worden. Dabei wird eine „basisdemokratische“ Ausrichtung durch Bildung von „Volksräten“ auf verschiedenen Ebenen angestrebt. Dieses Modell ist nur zu einem kleinen Teil - unter anderem im norddeutschen Raum - umgesetzt worden. In der realistischen Erwartung, dass sich an den letztlich entscheidenden Kaderstrukturen ohnehin nichts ändern wird, reagiert die Anhängerschaft, ermüdet durch die ständigen Organisationsänderungen, abwartend.

Diese Haltung kennzeichnet auch grundsätzlich die Einstellung der KONGRA-GEL-Anhänger, deren Zahl auf Bundesebene mit 11.500 unverändert geblieben ist, im Land hingegen weiterhin eine leicht rückläufige Tendenz (650) aufweist. Zu bestimmten Anlässen gelingt es jedoch, Kurden auch über die eigene Anhängerschaft hinaus in großer Zahl zur Teilnahme an Veranstaltungen zu mobilisieren. Dazu zählt das kurdische Neujahrsfest („Newroz“), das als Symbol des Freiheitskampfes gefeiert wird. Neben örtlichen Veranstaltungen - so in Kiel mit 200 Teilnehmern - wurde in diesem Jahr am 18. März wieder eine zentrale „Newroz“-Feier in Frankfurt/Main durchgeführt, zu der sich 15.000 Teilnehmer einfanden. Dabei wurde auch eine Grußbotschaft Öcalans von einem seiner Anwälte verlesen. Bereits im Februar hatte eine Demonstration zur Erinnerung an die Festnahme Öcalans (am 15. Februar 1999 in Kenia) 12.000 Teilnehmer in Straßburg (Frankreich) zusammengebracht, darunter mehrere tausend aus Deutschland. In einer Rede betonte der KONGRA-GEL-Vorsitzende Aydar, das kurdische Volk stehe weiter hinter seinem „Vorsitzenden“; Öcalan sei die „Brücke des Friedens“, die nicht zerstört werden dürfe. Das traditionell stark besuchte, allerdings auch mehr kulturell geprägte „Kurdistan-Kulturfestival“ am 2. September in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) konnte sogar etwa 45.000 Besucher anlocken. Im Verlauf der Veranstaltung wurden Botschaften Öcalans und des KKK-Exekutivrat-Vorsitzenden verlesen. Die Veranstaltung verlief friedlich; es wurden allerdings mehrfach Symbole verbotener Organisationen gezeigt.

Abseits dieser Großveranstaltungen organisiert der KONGRA-GEL in Deutschland seine Anhängerschaft in Vereinen, die häufig ihre offizielle Zugehörigkeit zum Dachverband des KONGRA-GEL-orientierten Vereins YEK-KOM („Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“) angeben, jedoch aufgrund ihrer Einbindung in interne KONGRA-GEL-Aktivitäten als inoffizielle Vereine der „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK), dem politischen Arm des KONGRA-GEL, anzusehen sind. Die nach bekanntem Muster durch Umbenennung aus einer Vorläuferorganisation hervorgegangene CDK steht in der Nachfolge der 1993 gemeinsam mit der PKK verbotenen Frontorganisation „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“. Wie ihre Vorgängerinnen soll die CDK die Politik der Mutterorganisation an die Basis tragen und die „kurdischen Massen“ in die hierarchischen Strukturen einbinden.

Zentrale Anlaufstelle für KONGRA-GEL-Anhänger in Schleswig-Holstein ist unverändert die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ (DKG) in Kiel. Der Verein ist Gründungsmitglied der YEK-KOM, die als Reaktion auf das 1993 erfolgte Verbot des seinerzeitigen Dachverbandes FEYKA-Kurdistan ins Leben gerufen wurde. Von der DKG gehen nahezu alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik im Lande aus, wobei diese überwiegend Teil bundes-, wenn nicht gar europaweiter Kampagnen des KONGRA-GEL sind. In der organisationsnahen Tageszeitung wurde über die Aktivitäten des Kieler Vereins regelmäßig berichtet.

3.5 Medien

Der KONGRA-GEL kann über eine Reihe organisationsnaher Medien unmittelbaren Einfluss auf seine Anhängerschaft nehmen. Der Versuch des Bundesministers des Innern, das Erscheinen der türkischsprachigen Tageszeitung „Özgür Politika“ (ÖP; „Freie Politik“), die in den zurückliegenden Jahren Propaganda auf der Linie des KONGRA-GEL und seiner Vorläuferorganisationen verbreitet hatte, durch das Verbot des im hessischen Neu-Isenburg ansässigen Herausgeberverlags der ÖP zu unterbinden, scheiterte bereits am 20. Dezember 2005 vor dem Bundesverwaltungsgericht. Seit dem 16. Januar erscheint die Zeitung „Yeni Özgür Politika“ („Neue Freie Politik“) in demselben Verlag. Die minimale Umbenennung hat an der inhaltlichen Ausrichtung nichts geändert.

Das Internet wird - neben der üblichen Form der Selbstdarstellung und Nachrichtenübermittlung von Organisationen aus dem Spektrum des KONGRA-GEL - möglicherweise auch für eine neue Protestform von Aktivisten genutzt. Ende August wurde eine Gruppierung „Digital Kurdish Hackers/ColdHackers“ bekannt, die durch Hacking in zahlreiche deutsche Internet-Seiten Öcalan-Solidaritätserklärungen und HPG-Propaganda einstellen konnte. Wer sich hinter der Gruppe verbirgt und ob die Akteure aus Deutschland kommen, ist derzeit nicht bekannt. Nach einer Meldung einer organisationsnahen Nachrichtenagentur vom 15. Februar haben die Aktivisten am Jahrestag der Entführung von Öcalan der türkischen Regierung den „Cyber-Krieg“ erklärt.

3.6 Exekutivmaßnahmen und Strafverfahren

Im August erfolgten in Deutschland zwei Festnahmen von führenden Funktionären des CDK. In beiden Fällen wurden Haftbefehle wegen des Verdachts der Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 Strafgesetzbuch) erlassen. Eine weitere Festnahme eines hochrangigen Kaders erfolgte in den Niederlanden. Der KONGRA-GEL und ihm nahe stehende Organisationen kritisierten in Stellungnahmen die Verhaftungen und forderten die Freilassung der Funktionäre. Ferner mobilisierten sie zu demonstrativen Aktionen. Bundesweit kam es zu Hungerstreiks, Demonstrationen und Protesten, die friedlich verliefen. Auch in Kiel fand am 26. August eine Demonstration mit 70 Teilnehmern statt, die auf die angebliche politische Verfolgung des kurdischen Volkes auch durch die Bundesrepublik aufmerksam machen sollte. Aus Protest gegen die „Kriminalisierung und politische Verfolgung der Kurden in Deutschland“ wurden auf Weisung der YEK-KOM vorübergehend alle 65 ihr angeschlossenen Vereine geschlossen, so auch die DKG in Kiel.

Auch im Berichtsjahr wurden einschlägige Strafprozesse durchgeführt. Mehrere zum Teil hochrangige Führungsfunktionäre aus dem Bereich des KONGRA-GEL wurden im Zusammenhang mit bis in die 1990er-Jahre zurückreichenden Aktivitäten für die PKK als terroristische Organisation zu Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren verurteilt.

**4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerzahlen der extremistischen
Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und
Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2004 bis 2006**

	2004	2005	2006
Türkische Organisationen			
• linksextremistische Gruppen	50	50	50
• islamistische Gruppen	500	500	480
• extrem-nationalistische Gruppen	450	450	450
Kurdische Organisationen	750	700	650
Iranische Organisationen	30	30	30
Arabische Organisationen sowie nicht eindeutig zuzuordnende Einzelpersonen aus dem Spektrum arabischer Islamisten	75	75	80
Gesamt Land	1.855	1.805	1.740
Gesamt Bund	57.300	57.500	57.400